



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 27 – 7. Juli 2012

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Gutes Geschäft
Werden Organe nur aus finanziellen Gründen entnommen? **2**

Preußen / Berlin

Millionenspende für Garnisonkirche
Kontrahenten kommen sich näher **3**

Hintergrund

Mord im Namen der Religion
Konflikt zwischen Moslems und Buddhisten in Asien **4**

Deutschland

Schäuble setzt auf »Prinzip Hoffnung«
Minister zeigt keinen Willen zum Sparen **5**

Ausland

Miss France 2012
Elsässerin spricht medienwirksam Heimatidiom **6**

Kultur

Verzweifelt gesucht
Schwerin wirbt um Investoren in Herrenhäuser **9**

Geschichte

»Ein großer Mann, den man Katharina nennt«
Zarin aus Deutschland **10**



Rumänien will zurückgeben

Präsident Basescu für Wiedergutmachung an Siebenbürger Sachsen

Das Jahrhundert-Unrecht der Vertreibung und Enteignung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsräumen in Mittel- und Osteuropa bleibt eine schwärende Wunde an der vielbeschworenen europäischen Wertegemeinschaft. Abgesehen von der menschlichen Tragödie wurden Dörfer und Städte entvölkert, verging Wirtschaftskraft und fielen ganze Landstriche wüst – die Folgen kann man noch heute im böhmisch-mährischen Grenzgebiet zu Deutschland wahrnehmen.

Während Polen und Tschechen als Haupttäter und Nutznießer der Vertreibung beharrlich die den Raub deutschen Eigentums legitimierenden Bierut- und Benesch-Dekrete

verteidigen, schlug jüngst der rumänische Staatspräsident Traian Basescu ungewohnte Töne an, die aufmerken lassen. Anlässlich des Heimattages der Siebenbürger Sachsen

Geschichte ist immer offen

sen im fränkischen Dinkelsbühl bedauerte Basescu in einer schriftlichen Botschaft den Fortzug der Rumäniendeutschen als „großen Verlust“ für sein Land und sprach sich für eine Wiedergutmachung des ihnen „durch willkürliche Maßnahmen“ zugefügten „großen Leids“ aus. Zugleich stellte er in Aussicht, dass

Rumänien das im Kommunismus enteignete Eigentum gemäß dem Prinzip „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand“ zurückgeben werde. „Ich bin zuversichtlich, dass Lösungen gefunden werden, die es den Betroffenen ermöglichen, wieder in den Besitz ihres früheren Eigentums, sei es in natura oder in einer anderen Form, zu gelangen.“

Damit hat der Präsident die Messlatte hochgehängt, überdies aber gezeigt, dass Geschichte immer offen ist. Unrechts- und Willkürakte werden nicht deswegen legal, nur weil die Zeit vergeht. Serbien übrigens hat bereits ein Restitutionsgesetz geschaffen, das die Rückgabe beschlagnahmten Vermögens der Donauschwaben möglich macht. CR



Triumphierend: Italiens Ministerpräsident Mario Monti hat sich gegen die Bundeskanzlerin durchgesetzt

Bild: mauritius

In der Räuberhöhle

EU-Gipfel zeigte die ganze Hemmungslosigkeit der südeuropäischen Euro-Partner

Angela Merkel steht vor dem Trümmerhaufen ihrer eigenen Versprechungen: Eiskalt wurde sie von Mario Monti erpresst, und die deutsche Opposition half dabei auch noch.

„Geiselnahme“ nennt es Dänemarks Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt, andernorts ist von „Epressung“ die Rede. Atemlos mussten die Deutschen mit ansehen, wohin sie mit ihrem „Vertrauen auf die Solidarität unserer Partner im Euro“ geraten sind: in eine Räuberhöhle.

Mit der Abgebrühtheit eines Unterwelt-Advokaten spielte der italienische Regierungschef Mario Monti Berlins Kompromissbereitschaft eiskalt gegen die deutsche Kanzlerin aus: Er erpresste Angela Merkel damit, den von ihm selbst geforderten „Wachstumspakt“ zu blockieren, falls sie das Tor zur eu-

ropäischen Schuldenunion nicht noch weiter aufstoße. Dabei assistierte ihm die deutsche Opposition. Rot-Grün macht aus seiner Freude über den Sieg gegen Merkel keinen Hehl. Bezahlen werden diesen Sieg die deutschen Sparer, Steuerzahler und Versicherten, deren Geld im scharzen Loch südeuropäischer Schuldensümpfe versenkt wird, wo es die internationale Finanzwelt abfischen kann.

Die Kanzlerin ist, ebenso wie Union und FDP, ihrerseits dem Fluch der bösen Tat zum Opfer gefallen, die nur Böses kann gebären. Spätestens mit ihren (seit 2010 mehrfach wiederholten) Festlegungen „Niemand wird fallengelassen“, „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ und „Wir wer-

den alles tun, um den Euro zu erhalten“, hat sie sich und Deutschland zur Geisel jener Südländer gemacht, deren ganze Hemmungslosigkeit nun allen offenbar wurde.

Kenner der Kanzlerin wundern sich nicht schlecht, als sie kurz vor dem EU-Gipfel mit dem martialischen Spruch aufwartete: „Eine gesamtschuldnerische Haftung wird es nicht geben, solange ich lebe.“ Für Merkel, die sich

sonst stets ein Türchen offenhält, eine ungewöhnliche Sprache. Voreilig hielten dies einige für den Ausdruck von Stärke und Entschlossenheit. In Wahrheit war es ein Aufschrei der Hilflosigkeit, eine Beschwörung von längst nicht vorhandener Kampfkraft. Nun liegen die letzten Hoffnungen auf

dem Bundesverfassungsgericht. Werden die Karlsruher Richter endlich jene rote Linie ziehen, an der die etablierten Parteien in Berlin so jammervoll gescheitert sind?

Die bisherigen Erfahrungen lassen wenig Raum für übermäßigen Optimismus. Bislang beließen es die roten Roben dabei, selbst die fragwürdigsten Beschlüsse der Politik durchzuwinken, lediglich garniert mit ein paar papiernen Ermahnungen.

Die andere Hoffnung, dass die Deutschen alsbald per Volksabstimmung den Weg in den Schuld-turm und den Abschied vom demokratischen Nationalstaat abwenden können, scheint vor dem Hintergrund der Vergangenheit ebenfalls trügerisch. Noch hat die Politik jede Mitbestimmung des Volkes abgeblockt. Es spricht nicht viel dafür, dass sie dies auf einmal ändern wollte. Hans Heckel

Monti agiert mit der Abgebrühtheit eines Unterwelt-Advokaten

Der braune Schein

Die »Neonazis« vom Verfassungsschutz: Was wusste die Politik?

Selbst der „Spiegel“ mochte nach den jüngsten Enthüllungen über die Umtriebe im Verfassungsschutz (VS) nicht mehr den Gutgläubigen spielen: „Was bislang wie eine Verschwörungstheorie klang, erscheint nun möglich“, schrieb das Blatt, nachdem herausgekommen war, dass Akten vernichtet, manipuliert oder absichtlich unvollständig geführt wurden, die Aufschluss geben könnten über die Verstrickung des Geheimdienstes in die rechtsextreme Szene.

Leser der PAZ waren da schon seit Monaten weiter: Am 19. November 2011 äußerte diese Zeitung (Titel: „Die Nazi-Macher“) einen Verdacht, der sich nun zur Gewiss-

heit verdichtet: Dass der VS die NS-Szene systematisch peppelt. In der NS-Truppe „Thüringer Heimatschutz“, wo das Zwickauer Trio seinen braunen Feinschliff erhielt,

Sogar der »Spiegel« wird misstrauisch

wimmelte es von Geheimdienstlern. Der langjährige Chef des Bundesverfassungsschutzes, Heinz Fromm, behauptet dennoch, dass keiner seiner Leute zur Führung des „Heimatschutzes“ gehört habe.

Dabei ist längst belegt, dass Tino Brandt, Gründer und Anführer der Gruppe, vom VS mit 200 000 Mark

entlohnt worden ist. Mehr noch: Die Annahme, dass der Dienst Geld gibt und Leute engagiert, ohne Einfluss, erscheint illusionär. Der Verstand gebietet es, stattdessen davon auszugehen, dass er die Aktivitäten der Neonazis aktiv mitbestimmt. Offen ist, ob er dies auf eigene Faust tut oder von der Politik dazu angewiesen wurde. Wie leicht lässt sich selbst eine legitime politische Position verteuflern, sobald sie auch von „bekenennenden Neonazis“ gekapert wurde? So kann man manch unbequeme Frage vom Tisch fegen.

Wusste die Politik also wirklich gar nichts? Nach den jüngsten Enthüllungen sollte nicht mehr ausgeschlossen werden, dass auch sie ein falsches Spiel treibt. H.H.

JAN HEITMANN:

Vernebelt

Es muss schon ein ganz merkwürdiges Zeug sein, das die Vertreter der sogenannten Dänenampel bei ihren Koalitionsverhandlungen rauchen. Denn anders als mit geistiger Vernebelung ist die zukünftige schleswig-holsteinische Drogenpolitik nicht zu erklären. Laut Koalitionsvertrag soll der Grenzwert, ab dem der Besitz von Cannabis strafbar ist, von bisher sechs auf 15 Gramm angehoben werden. Damit sollen die Konsumenten weicher Drogen entkriminalisiert werden und seltener vor Gericht landen. Außerdem ist die Einführung eines Drogen-TÜV vorgesehen. Damit sind mobile Laborstellen gemeint, die vor Diskotheken oder bei Konzerten einen kostenlosen Qualitätstest für Drogen anbieten. Darauf ist Lydia Rudow, die Landeschefin der Grünen Jugend, auf deren Initiative die „fortschrittliche Drogenpolitik“ zurückgeht, besonders stolz. Denn so könnten Todesfälle durch gestreckte oder gepanschte Drogen vermieden werden.

Das hat nichts mit einer zeitgemäßen und sinnvollen Drogen- und Suchtpolitik zu tun, sondern ist ein vollkommen überflüssiger und ungerechtfertigter Rückfall in die Blütenessen der Hippies der 68er-Ära. Statt dafür zu sorgen, dass Jugendliche Drogen aller Art gar nicht erst in die Hand bekommen, trägt die Kieler Landesregierung dazu bei, Cannabis als Einstiegsdroge zu bagatellisieren, und leistet selbst beim Konsum harter Drogen Hilfe. So macht sie gefährliche Suchtmittel quasi durch die Hintertür gesellschaftsfähig. Das ist verantwortungslos gegenüber den Drogenabhängigen und ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die sich in Suchtambulanzen und Beratungsstellen abmühen, die Süchtigen von dem gefährlichen Stoff wegzubringen.

Zwischenruf

Die Kleinen zahlen die Zeche

Die Ärzte- und Apothekerbank, kurz Apo-Bank genannt, ist eine genossenschaftliche Bank, die überwiegend von Ärzten und Apothekern getragen wird. Unstrittig, dass diese Gruppe der Berufstätigen in Deutschland zu den Besserdienenden gehört. Als Genossenschaftsbank gehört die Apo-Bank dem Sicherungsverband der Volks- und Raiffeisenbanken an. Die Volksbankengruppe ist bisher fast ungeschoren durch die Schuldenkrise gekommen. Zwar gilt dies generell auch für den Sparkassensektor, doch die Führungsbanken der Sparkassenorganisation, die Landesbanken, haben durch verantwortungsloses Zocken die Sparkassen unter Druck gebracht (West LB, Sachsen LB, Bayern LB, HSH Nordbank). Nun, so hört man, soll auch die Apo-Bank in der Bredouille sein. Insider vermuten, dass die Bank ausfallgefährdete Kredite in Höhe von bis zu einer halben Milliarde Euro hält, vermutlich handelt es sich um Papiere der Pleitestaaten. Der Vorstandsvorsitzende der Apo-Bank versucht, die aufkommende Unruhe seiner Mitglieder mit dem Hinweis auf die Mitgliedschaft der Bank im Sicherungsverband der Volks- und Raiffeisenbanken zu dämpfen.

Also wie gehabt: Die Kleinverdiener, die Mitglieder und Kunden der zahlreichen Volksbanken, werden die Zeche bezahlen müssen, die ein verantwortungsloses Management der Apo-Bank angerichtet hat. Das führt zu der Frage, ob die Genossen Ärzte und Apotheker an die gewählten Damen und Herren der Aufsichtsgremien bestimmte Renditeerwartungen gestellt haben. Waren die Aufsichtsräte der Apo-Bank durch Boni am Gewinn beteiligt? Aufklärung tut not, damit das genossenschaftliche Prinzip nicht Schaden nimmt. Im Übrigen: Wo war die Bankenaufsicht für die Apo-Bank? Sie hat versagt wie auch schon bei der IKB Bank und der Hypo Real Estate vor einigen Jahren. Eine nun beschlossene europäische Bankenaufsicht wird ebenso versagen.

Die Schulden-Uhr: Gewachsene Defizite

Trotz gestiegener Steuereinnahmen haben die Bundesländer in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit 6,5 Milliarden Euro ein um fast 200 Millionen Euro höheres Defizit erwirtschaftet als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die höchsten Pro-Kopf-Defizite gab es in Bremen, gefolgt vom Saarland und Rheinland-Pfalz mit 584, 549 beziehungsweise 288 Euro. Überschüsse wurden nur in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen erzielt. Am besten steht Mecklenburg-Vorpommern da mit 102 Euro, gefolgt von Niedersachsen mit 41 Euro und Bayern mit 35 Euro.

2.042.337.084.755 €

Vorwoche: 2.041.541.070.302 €
Verschuldung pro Kopf: 24.967 €
Vorwoche: 24.958 €

(Dienstag, 3. Juli 2012,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gutes Geschäft mit Transplantationen

Kritiker fürchten, Organe könnten nur aus finanziellen Gründen entnommen werden

Die Zahl der gespendeten Organe müsse dringend erhöht werden, fordern Ärzte und Politiker gleichermaßen. Was im Interesse der notleidenden Kranken logisch und erstrebenswert erscheint, wird für die beteiligten Kliniken und Organisationen zu einem großen Geschäft. Kritiker befürchten, dass hier falsche Anreize gesetzt werden

Nach der am 25. Mai beschlossenen Novelle des Transplantationsgesetzes (TPG) sollen die Deutschen von ihrer Krankenkasse alle fünf Jahre befragt werden, ob sie zu einer „postmortalen Organentnahme“ bereit seien. Hinter dieser Formel verbergen sich jedoch einige Ungeheimtheiten, wie erst jetzt bekannt wurde. Zum einen ist nach wie vor unklar, was eigentlich „postmortal“ heißen soll. So hat die Gesellschaft für Gesundheitsberatung (GGB) aus Lahnstein Bundespräsident Joachim Gauck kürzlich gebeten, das Transplantationsgesetz nicht zu unterschreiben, weil es auf einer „Täuschung“ beruhe. Es sei unklar, was mit der „Entnahme von Organen bei verstorbenen Spendern“ gemeint sei. Vielmehr handele es sich um „Sterbende“, die durch die Organentnahme „getötet“ würden. Die GGB beruft sich dabei auf Studien der Harvard-Medical-School (1968) sowie einer neurologischen (2008) und bioethischen Kommission (2010) in den USA, die allesamt feststellten, dass der Hirntod eines Menschen nicht mit dessen tatsächlichem Tod gleichgesetzt werden dürfe.

Eine zweite, bisher verschwiegene Problematik ist die finanzielle Handhabung bei der Entnahme und Übertragung von menschen-

lichen Organen. Spender beziehungsweise deren Angehörige erhalten, da Organhandel hierzulande verboten ist, keinerlei Vergütung für die bereitgestellten Organe. Hier wird gemeinhin an die wohlthätige Gesinnung im Interesse der kranken Empfänger appelliert. Doch die beteiligten Krankenhäuser und die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) erhalten teilweise Millionenbeträge für die durchgeführten Operationen, wie Recherchen der „Tagespost“ ergaben. Danach trifft die DSO mit dem Spitzenverband der Gesetz-

tierten Organen ausgegangen. Die „Organisationspauschale“ für die „Bereitstellung eines postmortal gespendeten Organs“ beträgt dem-

Kliniken, Ärzte und die DSO erhalten Millionenbeträge

nach 8043 Euro. Hochgerechnet auf das Jahr erhält die DSO also rund 33 Millionen Euro. Damit soll diese private Stiftung alle Kosten



Nicht ausreichend geklärt: Der richtige Umgang mit Organspenden

lichen Krankenkassen, der Bundesärztekammer und der Deutschen Krankenhausgesellschaft jedes Jahr eine Vereinbarung über den „Aufwendungersatz nach Paragraph 8 Absatz 1 des Vertrags nach Paragraph 11 Absatz 1 Transplantationsgesetz“. Für dieses Jahr wird dort von 4100 transplan-

tiert mit „Ausnahme der Aufwandsersatzungen für Spenderkrankenhäuser und die Flugtransportkosten“ abdecken. Die Spenderkrankenhäuser erhalten von den Krankenkassen (über den Umweg der DSO) für eine „Einorganentnahme“ 2907 Euro und für eine Entnahme mehrerer Organe 3879

Euro. Lehnen die Angehörigen eine Entnahme der Organe ab, so bekommen die Krankenhäuser während der Intensivstationsphase eines Sterbenden nur 259 Euro. Muss eine genehmigte Organentnahme im Operationssaal aus medizinischen Gründen abgebrochen werden, erhalten die Krankenhäuser den vollen Satz von 2907 Euro und damit genausoviel, wie wenn ein Organ erfolgreich entnommen worden wäre.

Bei der derzeit relativ geringen Zahl von jährlich 4100 Transplantationen summieren sich die Be-

mal 20 000 oder 30 000 Organentnahmen jährlich vorgenommen werden, vergrößert sich der Umsatz für die DSO, Kliniken und Ärzte auf einige hundert Millionen Euro.

Schon jetzt weisen Kritiker auf die hohe Zahl der medizinisch nicht indizierten Kaiserschnitte bei Geburten hin, bei denen die Kliniken rund das doppelte Honorar einer natürlichen Geburt kassieren dürfen. Auch bei der stark steigenden Zahl der Entnahmen von Gallenblasen oder der Einsetzung von künstlichen Hüftgelenken würden finanzielle Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, die nur dem Ziel dienen würden, den Umsatz der Kliniken zu erhöhen. Diese Argumente, die naturgemäß von den betroffenen Verbänden, Krankenhäusern und Ärzteorganisationen zurückgewiesen werden, entbehren nicht einer gewissen Logik. Welcher junge Arzt, den zudem das interessante und hochspezialisierte Feld der Organtransplantation reizt, gibt nicht dem Druck von kommerziellen Klinikbetreibern nach, die mit dem Wegfall der eigenen Stelle drohen, sollten nicht mehr Organentnahmen vorgenommen werden?

Die GGB kritisiert in diesem Zusammenhang in ihrem Schreiben an den Bundespräsidenten, dass potenzielle Spender bereits in den „Entnahmekrankenhäusern identifiziert“ und an die DSO gemeldet werden sollen. Damit würden sowohl die ärztliche Schweigepflicht als auch der Datenschutz „ad absurdum“ geführt. Fragwürdig sei auch, die gesamte Organisation der Organ Spenden einer privaten Stiftung zu übertragen.

Bild: pa

Hinrich E. Bues

Teures Brot dank Biogas

Zunehmender Anbau von Energiepflanzen macht Getreideeinfuhr nötig

Agarexperten fordern ein Umdenken bei der Biomasseproduktion. Der Maisanbau steigt, mit der Folge, dass Getreide vernachlässigt wird und die Lebensmittelpreise steigen werden. Biomasse aus Mais ist als Treibstoff gefragt und die Zahl der Biogasanlagen nimmt stetig zu. Doch zu viel Maisanbau und Wildwuchs bei anderen erneuerbaren Energien stellen Landwirtschaft und ländlichen Raum vor große Probleme. Das zeigte sich auf dem jüngsten 2. Energietag der Industrie- und Handelskammern Sachsen-Anhalts in Magdeburg. Neben dem Genehmigungswirrwarr für Anlagen beklagten Vertreter dort vor allem, dass der Anbau von Mais in einigen Regionen die unter Fachleuten als kritisch eingestufte Grenze von gut einem Fünftel der Gesamtanbaufläche überschreite. Allein in der Altmark vergrößerte sich diese Anbaufläche binnen fünf Jahren von 23 000 Hektar auf rund 40 000 Hektar (Stand 2010). Auch bei den anderen erneuerbaren Energien sind das Wachstum und damit der Flächenverbrauch groß. Auf dem Energietag machten sich die Experten daher Sorgen über fehlende Rückbaukonzepte. So deckte die Windkraft „allein bereits 121,18

Prozent des Energiebedarfs in der Altmark ab“, bilanzierte der Leiter des Bauordnungsamtes des Landkreises Stendal, Dirk Michaelis.

Der Blick ins Lokale zeigt: Es droht bundesweit ein politischer Wildwuchs bei „sauberen“ Energien. Ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik verlangen nun die Chefs der drei agrarwissen-

Verfehlte Förderpolitik macht den Maisanbau künstlich rentabel

schaftlichen Leibniz-Institute Brandenburgs. In einer gemeinsamen Erklärung beklagen sie das Fehlen lokaler Nutzungskonzepte. Hubert Wiggering, Leiter des Leibniz-Instituts für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg, sieht Mängel in der Förderpolitik des Landes. Die aktuelle Entscheidung „von oben“, vermehrt Biomasse, also Mais, anzubauen, sei einseitig. Die Förderung mache den Anbau künstlich gewinnträchtig, sodass „man drumherum alles andere vergisst“. Als Gegenmaßnahme schlagen die Forscher eine jeweilige lokale Gesamtanalyse von Agrarstandorten vor.

Auch auf den diesjährigen Feldtagen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft standen Alternativen zum Mais bei der Biomasseproduktion ganz oben auf der Tagesordnung. Zwar ist nicht jeder Mais für die Biogasgewinnung optimal geeignet, doch sinkt der Anteil von Getreide an der Anbaufläche, während der von Mais zunimmt. In Niedersachsen dienten 2011 schon zwölf Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche der Erzeugung von Energiepflanzen. Energiemais macht hier mindestens ein Drittel des gesamten Maisanbaus aus. Nach neuesten Schätzungen fällt die Getreideernte in diesem Jahr mit vier Millionen Tonnen um gut ein Zehntel geringer aus als bisher in einem durchschnittlichen Jahr, so Henning Ehlers, Geschäftsführer des Deutschen Raiffeisenverbands. Mit 41,5 Millionen Tonnen Getreide produziert Deutschland damit 2012 gut 300 000 Tonnen weniger, als es der durchschnittliche Bedarf erfordert. Importe sind so erstmals seit 25 Jahren unumgänglich. Sie machen nicht nur die Futtermittel und damit die Nutztiere teurer. Am Ende zahlt auch der Verbraucher doppelt: für teureren Strom und teurere Lebensmittel.

Sverre Gutschmidt

Instrument Polens

EU beschließt Demokratiestiftung

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich auf die Schaffung einer Stiftung zur Unterstützung eines „tiefen und nachhaltigen Wandels in repressiven Gesellschaften“ geeinigt. Dieser Schritt geht auf eine Forderung Polens zurück, das während seiner EU-Ratspräsidentschaft im Juni 2011 einen entsprechenden Vorschlag gemacht hatte. Nach Angaben des polnischen Außenministers Radosław Sikorski soll die neue Einrichtung „schnelle und effektive Hilfe“ in Ländern in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU bieten. Auch ohne dass dies ausdrücklich erwähnt wird, scheint die neue EU-Einrichtung am Vorbild von US-Stiftungen ausgerichtet zu sein, die mit Hilfe einheimischer Aktivistengruppen im Zuge sogenannter „Farbenrevolutionen“ bereits mehrfach die Ablösung von Regierungen betrieben haben.

Mit dieser Ausrichtung scheint die neue Stiftung wie maßgeschneidert, damit Polen Einfluss auf die Entwicklung bei seinen Nachbarn Ukraine und Weißrussland nehmen kann. Vor allem

Ausrichtung nach US-Vorbild

Weißrussland hat die polnische Außenpolitik seit einiger Zeit im Visier, bisher allerdings mitmäßigem Erfolg. Bereits 2011 wurden Hilfgelder, die dem wirtschaftlich angeschlagenen Land von Warschau im Gegenzug für politische Zugeständnisse in Aussicht gestellt wurden, zurückgewiesen. Mittlerweile hat sich der Ton zwischen Warschau und Minsk weiter verschärft: Im Februar dieses Jahres eskalierte der Streit, nachdem die EU ein maßgeblich von Polen initiiertes Einreiseverbot für 21 weißrussische Richter und Polizisten verhängt hatte. Die Aktion hatte unter anderem die Ausweisung des polnischen Botschafters aus Weißrussland zur Folge.

Außerhalb der diplomatischen Kanäle wird die neue EU-Stiftung die Möglichkeit bieten, sogenannte Nicht-Regierungsorganisationen in Weißrussland zu unterstützen und sie gegen die Regierung in Stellung zu bringen. Nach Angaben Sikorskis soll über den künftigen Standort des Hauptquartiers der neuen EU-Organisation bis zum Ende des Jahres entschieden werden.

N.H.

Bürgeraufstand

Von VERA LENGSFELD

Nach einem kalten und regnerischen Siebenschläfer muss Berlin damit rechnen, dass dem zögerlichen Sommeraufakt ein grün angestrichener Winter folgt.

Aber politisch wird es immer heißer in der Hauptstadt. Der rot-schwarze Senat, der bruchlos die verunglückte rot-rote Politik über die Köpfe der Bürger hinweg fortzusetzen gewillt scheint, stößt auf immer breiteren Widerstand. Diese Kolumne kann sich schmeicheln, an der Spitze der Bewegung gestanden zu haben. Nachdem wir uns bereits vor 14 Tagen für die Bürgerinitiative zur Erhaltung der Gaslaternen in Berlin stark gemacht haben, zog der „Tagesspiegel“ letzten Sonntag nach mit einem Kommentar von Harald Martenstein:

„.... Ich finde, dass sich die Berliner politische Führung durch die Idee, ein Wahrzeichen abzureißen, nicht im Jahre 1950, sondern heute, ein noch viel vernichtenderes Zeugnis ausstellt als mit dem Flughafen-desaster. Sie werden in Zukunft mit den Vernichtern des Stadtschlusses in einem Atemzug genannt werden. Sie wollen offenbar Berlin Schritt für Schritt in ein großes Düsseldorf verwandeln ... Es sei denn, ein Bürgeraufstand bricht los. Es sei denn, die Berliner kämpfen dafür, dass ihre Stadt einmalig bleibt, mit Szene, mit Freiräumen, mit Gaslaternen.“

Auch wenn es vielleicht ungerecht erscheinen mag, das brave Düsseldorf, das seine verbleibenden Gaslaternen wie einen Schatz hütet, so zu schmähen: Wann hat eine Hauptstadtzeitung schon mal zum Bürgeraufstand gegen den Senat aufgerufen?

Das müsste Alarmstufe Rot im Senat auslösen, wenn die Arroganz der Mächtigen in Berlin nicht so groß wäre. Als hätte die Stadt keine Geldsorgen, werden immer wieder teure Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen. So soll entgegen den Beschlüssen der örtlichen Volksvertretung am Jagdschloss Glienicke der bereits abgerissene Taut-Erker rekonstruiert werden. Ein persönliches Hobby des Landeskonservators Haspel, der sich mit dem falschen Argument, bei dem 1958 geplanten Erker handele es sich um ein Baudenkmal aus der Zeit des Mauerbaus, für den Wiederaufbau stark macht.

Auf vielbefahrenen Berliner Straßen können die Schlaglöcher der vergangenen Winter nicht ordentlich beseitigt werden, die Berliner Schultoiletten stinken zum Himmel, der Flughafen wird stündlich teurer. All das spielt keine Rolle für die Berliner Politiker, die längst jede Bodenhaftung und jeden Realitätsbezug verloren haben. Wenn es Wähler gab, die auf die CDU gehofft hatten, sehen die sich getäuscht. Die CDU feiert sich für ihre „Erfolge“, aber außer Selbstlob hat sie noch nichts zustande gebracht.

Also: Bürger auf die Barrikaden!

Bewegung bei Garnisonkirche

Wiederaufbau: Siemens-Familie spendet eine Million – Kontrahenten kommen sich näher



Erfolg der Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V., der Vorgängerorganisation der SPKE: Bereits 1991 konnte die Neuankfertigung des Kirch-turm-Glockenspiels an die Stadt Potsdam übergeben werden

Bild: pa

Das Vorhaben, die 1968 gesprengte Potsdamer Garnisonkirche wieder aufzubauen, scheint einen Schritt näher gerückt zu sein: Aus dem Kreis der Familie Siemens kam für die Rekonstruktion der Kirche die bisher größte Einzelspende. Noch entscheidender könnte allerdings eine Personalentscheidung an der Spitze der Fördergesellschaft sein.

Eine Million Euro für den Aufbau der Garnisonkirche – auf Nachrichten wie diese hat man bei der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche (FWG) lange warten müssen. Tatsächlich ist nun aber eine Spende von einer Million Euro von einer Stiftung aus dem Umfeld der Siemens-Familie zugesagt und nach Angabe der Fördergesellschaft auch bereits überwiesen worden.

Der Geldbedarf bleibt dennoch immens: Allein für den Aufbau des barocken Kirchturms, der bis zum 500. Jahrestag der Reformation im Jahr 2017 wiedererstehen soll, werden rund 40 Millionen Euro benötigt. Noch ist nicht einmal genug Geld vorhanden, um wie geplant im Jahr 2013 überhaupt mit dem Bau des Kirchturms beginnen zu können. Die nun eingegangene Großspende scheint aber zumindest die Finanzierung des Bauantrages sicherzustellen, der im Herbst gestellt werden soll.

Der eingegangene Millionenbetrag ist allerdings nicht die einzige Neuigkeit, die den Wiederaufbau der Garni-

sonkirche etwas wahrscheinlicher macht: Noch entscheidender könnte der personelle Neuanfang an der Spitze der Fördergesellschaft sein. Nach sechs Jahren im Amt ist der bisherige Vorsitzende Johann-Peter Bauert aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wiederwahl angetreten. Mit deutlicher Mehrheit ist nun Burkhard Franck zum Vorsitzenden des Fördervereins gewählt worden.

Franck, der zuletzt Standortältester der Bundeswehr in Potsdam war, sieht sich zwar selbst nur als „Übergangslösung“, tatsächlich könnte er allerdings derjenige sein, dem es gelingt, die seit dem Jahr 2005 zersplitterten Bemühungen zum Wiederaufbau erneut zu vereinen. Konkret lässt die Wahl Francks eine Annäherung des Potsdamer Fördervereins an die von Oberstleutnant a.D. Max Klaar initiierte „Stiftung für Preußisches Kulturerbe“ (SPKE) wieder in den Bereich des Möglichen rücken.

Klaar kann mit Fug und Recht als Pionier bei den Bemühungen zum Wiederaufbau der traditionsreichen Garnisonkirche angesehen werden. Bereits 1987 brachte er mit 470 000 Mark an Spendengeldern die Neuanfertigung des Kirchturm-Glockenspiels zustande, das 1991 an die Stadt Potsdam übergeben wurde. Auch bei der Sammlung von Spendengeldern für den Wiederaufbau des Kirchengebäu-

des scheint Klaar bisher sehr viel erfolgreicher gewesen zu sein als der seit 2005 existierende Potsdamer Förderverein. Die von ihm geleitete Stiftung und die Vorgänger-Organisation Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V. haben insgesamt 6,3 Millionen Euro an Spendengeldern eingesammelt. Die Gelder stehen als Projektrücklage für den Wiederaufbau der Garnisonkirche bereit, allerdings hat eine weitgehende Politisierung des Projekts Klaar dazu veranlasst, sich 2005 vom Vorhaben zurückzuziehen.

Seitdem unterstützt die SPKE zahlreiche Projekte beim Denkmalschutz und Sanierungsarbeiten an brandenburgischen Kirchen, die gesammelten Spenden für die Garnisonkirche bleiben angesichts der unübersehbaren politischen Überfrachtung des Projekts zunächst einmal nur als Rücklage. Klaar befürchtet, dass mit dem Wiederaufbau eine „christlich verkleidete polit-historische Propaganda- und Bußstätte“ entsteht.

Was in der Vergangenheit an Details, etwa zu Ausstellungskonzepten, bekannt geworden ist, scheint ihm Recht zu geben. So soll beispielsweise zwar der Widerstandskreise des 20. Juli gedacht werden, die tatsächlich zahlreiche Bezugspunkte zur Garnisonkirche hatten. Fraglich ist aber, was die Darstellung des kommunistischen Wider-

stands bezwecken soll, der mit dem Gotteshaus keinerlei Verbindung hatte.

An sich sind die Voraussetzungen, eine Annäherung zwischen der Fördergesellschaft und der Stiftung für Preußisches Kulturerbe herbeizuführen, günstig: Den neuen Vorsitzenden der Potsdamer Wiederaufbaustiftung Franck verbindet mit Klaar eine gemeinsame Ausbildungszeit bei der Bundeswehr zu Anfang der 1960er Jahre.

Auch scheinen die Ansichten zur Ausrichtung des Wiederaufbauprojekts nicht mehr so unüberbrückbar zu sein wie früher. In einem Interview mit den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ sprach sich Franck unter anderem gegen ein internationales Versöhnungszentrum in dem Sakralbau aus: Eine derartige Einrichtung „wäre zu anspruchsvoll“, so Franck. Die Kirche solle aber ein Ort für eine Friedens- und Versöhnungsarbeit sein, „die für uns naheliegend und erreichbar sein sollte“.

Thematisieren will Franck aber ebenso die Frage um die Aussöhnung mit der deutschen Geschichte. Erwartungsgemäß ließ heftige Kritik an den Äußerungen Francks, etwa der Potsdamer Linken und Grünen, nicht lange auf sich warten. Im festgefahrenen Streit um die Garnisonkirche könnte die Herangehensweise Francks allerdings den entscheidenden Durchbruch bewirken, der den stockenden Wiederaufbau in Gang bringt.

Norman Hanert

Stiftung SPKE will politischen Missbrauch verhindern

Frankfurt/Oder: Politiker verweigern Schule die Umbenennung

Die Stadtverordneten von Frankfurt/Oder haben mit 22 zu 20 Stimmen den Wunsch der Karl-Liebnecht-Schule auf Umbenennung abgelehnt. Die Mehrheit kam zustande, weil die Linkspartei in Fraktionsgemeinschaft mit den Grünen zwei Verordnete der SPD und eine der Liste „Frauen für Frankfurt“ auf ihre Seite ziehen konnte. Die Schule war 1949 nach dem Kommunistenführer benannt worden, der schon 1918 eine bolschewistische Diktatur in Deutschland errichten wollte.

Die Schule selbst hatte eine einjährige Debatte um den Namen geführt. Schließlich sprachen sich elf von 16 Mitgliedern der Schulkonferenz für eine Umbenennung aus. In der Konferenz sitzen die Vertreter der Schüler, Lehrer und Eltern. Schulleiter Torsten Kleefeld mahnte demokratische Mitbestimmung an: „Der Name einer Schule muss aus der Schule selbst kommen.“

Schüler, Lehrer und Eltern wollen den Namen loswerden

Insbesondere die Tatsache, dass an der Schule auch rund 100 polnische Schüler unterrichtet werden, scheint bei der Namensfrage eine Rolle gespielt zu haben, denn die östlichen Nachbarn reagieren auf die Verherrlichung der kommunistischen Vergangenheit in der Regel weitaus sensibler als viele Deutsche. Frankfurts CDU-Vorsitzender Thomas Bleck wirft der Linkspartei Heuchelei vor: „In einem transparenten Verfahren hat sich die Schulkonferenz kontinuierlich mit dem Schulnamen beschäftigt ... Aber wenn die Entscheidung nicht im Sinne der rückwärtsgewandten Linken fällt, sind gesellschaftliche Teilhabe, Mitbestim-

Nichts zu feiern

Zehn Jahre Platzeck: Brandenburgs fahles Jubiläum

Seit zehn Jahren regiert Matthias Platzeck (SPD) Brandenburg. Die Bilanz ist geprägt vom Fiasko um den Großflughafen BER, von Stasi-Mief beim Koalitionspartner und zerplatzten rot-roten Zukunftsträumen wie der CO₂-Speicherung, dem Fördergeld-Durchlauferhitzer Solarbranche sowie den bisher ausnahmslos gescheiterten Energiestrategien.

Im Herbst 2009, begleitet von Stasi-Enthüllungen bei der Linkspartei, nahm Brandenburgs rot-rote Koalition ihre Arbeit auf. Platzeck selbst konnte da bereits auf eine unter Landesvätern ungewöhnlich lange Amtszeit blicken. Spätestens als der einstige Umweltaktivist 1997 nach dem Oderhochwasser zum „Deichgraf“ aufstieg, empfahl er sich für höchste Ämter. Am 26. Juni 2002 wurde der politische Ziehsohn des in Sachen DDR-Vergangenheit schillernden Manfred Stolpe (SPD) Berlin entwickelt sich nach jüngsten Ministerpräsident des Landes,

unterbrochen nicht einmal von der knapp fünf Monate ausgeübten Funktion als Bundesvorsitzender der SPD 2005/2006.

Auf das aktuelle Jubiläum angesprochen, zog Platzeck nun verhalten Bilanz: „Ich habe mit Sicherheit eine Menge Menschen

Politik zwischen Stasi, Stillstand und Rohrkepieern

verärgern müssen.“ Der wegen Baumängeln unvorangekündigt in die ferne Zukunft verschobene Start des Flughafens BER wirkt nach: Der „Flughafen wird der Motor der Region sein“, sagte Platzeck in einem Interview zum Jubiläum. Vor kurzem beschwor er den Zusammenhalt des Landes, denn der Speckgürtel um Berlin entwickelt sich nach jüngsten Daten abgekoppelt vom Rest.

Platzecks Polizei-, Justiz- und Strukturreform stößt allenthalben auf Kritik und fällt im öffentlichen Bewusstsein als staatlicher Rückzug mit der akut steigenden Grenzkriminalität zusammen.

Ein Konzept hat Rot-Rot auch bei der Förderung von Zukunftstechnologie nicht: Die lange mit knappen Landesmitteln geförderte Solarbranche streicht massenhaft Arbeitsplätze, die von Rot-Rot gepriesene Tiefenspeicherung von Kohlendioxid erwies sich politisch als Sackgasse. In der Schulpolitik bekämpft das Land weiter private Träger, während Geld für Bildung fehlt. Wegen Skandalen entlassene Minister zählt die Mark hingegen trotz Sparauflagen allerorten reichlich: Ob krummer Kasernenverkauf oder verschwiegene Stasibelastung, das Kabinett Platzeck zeigt Verschleiß. Platzeck will indes das Kommando noch einige Jahre behalten und zur Landtagswahl 2014 wieder antreten.

SV

Zeitzeugen



Dalai Lama – Der 77-jährige Mönch Tenzin Gyatsho ist die Symbolfigur des Buddhismus in der Welt und der 1950 inthronisierte 14. Dalai Lama der Geschichte. Für seine Anhänger ist er die lebende Inkarnation des Buddha Avalokiteshvara und Schutzherrn Tibets. Von 1959 bis 2011 galt der Tibetaner als Chef der Exilregierung seines von China besetzten Heimatlandes. Seitdem beschränkt er sich auf seine Funktion als geistiges Oberhaupt. Davor allerdings war er weltweit als unermüdlicher Reisender für die Rechte seines Volkes unterwegs, und es gibt kaum einen Regierungschef, dem er nicht seine Aufwartung machte. Für die Machthaber in Peking ist er ein ebenso rotes Tuch, wie das seiner Mönchstracht. Aber er ist nicht, wie vielfach angenommen, das Oberhaupt aller Buddhisten, denn als spiritueller Führer der sogenannten Gelugschule fungiert beispielsweise der weniger bekannte Ganden Thripa, ebenfalls im Exil lebend. Zudem gibt es weitere Schulen mit jeweils anderen Oberhäuptern.



Hossain Mohammad Ershad – Von 1971 an Generalmajor des neugegründeten Staates Bangladesch und von 1977 an Staatspräsident, 1982 zum Obersten Administrator des Kriegsrechts hochgeputscht, trug er die Verantwortung für die Islamisierung des Landes. Als Folge kam es zu Pogromen gegen buddhistische Minderheiten. 1990 wurde er verhaftet und sieben Jahre später gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt. 2000 wanderte er erneut für fünf Jahre wegen Korruption ins Gefängnis.

Buddha-Statuen von Bamiyan – Die Zerstörung der weltweit größten stehenden Buddha-Statuen in Afghanistan im März 2001 durch die Taliban war eine Kampfansage des militanten Islams an den Buddhismus, denn diese Figuren galten als Heilige Stätte des Buddhismus.



Arthur Schopenhauer – Der deutsche Vorzeigephilosoph (1788–1860) trug wesentlich zur Verbreitung des Buddhismus in Deutschland bei. Er sah in dieser fernöstlichen Religion einen Gegenentwurf zur abendländischen Metaphysik und eine Bestätigung des Atheismus. Die Indienbegeisterung damaliger Intellektueller fußte auf seinen Schriften.

Mord im Namen der Religion

Viele asiatische Länder leider unter Konflikten zwischen Moslems und Buddhisten

Nicht nur Christen sehen sich derzeit einer der größten Verfolgungswellen in ihrer Geschichte ausgesetzt. In Asien kommt es vermehrt auch zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen in der westlichen Welt als friedliebend gepriesenen Buddhisten und Moslems. Gewaltbereitschaft gibt es je nach Interessenlage auf beiden Seiten.

Jüngstes Beispiel ist Birma, dessen militärische Machthaber das Land Myanmar nennen. Dort sah sich die ethnische Minderheit der Muslime vom Stamm der Rohingyas in der Provinz Rakhine in diesen Tagen einem blutigen Gemetzel durch buddhistische Angreifer ausgeliefert – eine Bewährungsprobe für die neue Regierung und ihr Streben nach mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Allein im Grenzgebiet von Birma zu Bangladesch sind gegenwärtig bis zu 90 000 Anhänger

des Propheten vor buddhistischen Horden auf der Flucht. Tausende von Häusern fielen Brandschatzungen zum Opfer. Ganze Landstriche ähnelten zeitweise einem Kriegsschauplatz. Anlass war die Vergewaltigung einer buddhistischen Frau.

Die Politik zeigt sich dem Volkszorn gegenüber machtlos, die Regierung von Birma verhängte das Kriegsrecht und ordnete in einigen Regionen eine Ausgangssperre an. Nur zögernd wandern einige Familien zurück, über 100 Boote versuchten Anlandungen im benachbarten Bangladesch und wurden wegen der dort herrschenden Überbevölkerung durch ebenfalls muslimische Glaubensgenossen abgewiesen. In Thailands muslimischem Süden halten sich Flüchtlinge auf. Nobelpreisträgerin Ang San Suu Kyi,

Oppositionsführerin in Birma, bat bei ihren jüngsten Auslandsreisen für die bedrohten Ethnien um Unterstützung der Weltgemeinschaft.

Im benachbarten Bangladesch wiederum bekämpfen die mehrheitlich vertretenen fundamentalistisch orientierten Muslime zusammen mit Militärs seit Jahren buddhistische Volksgruppen, die etwa eine Million Menschen umfassen. Konzentriert leben sie in den Stämmen der

Chakma und Marma in der Region Chittagong. In einem regelrechten Feldzug wurden sie systematisch dezimiert, ihre Dörfer niedergebrannt. Insgesamt sind seit der Staatsgründung 1971 über drei Millionen Angehörige religiöser Minderheiten, darunter auch Hindus und Christen, ermordet worden. Auch in Kambodscha

und Laos kam es in der Vergangenheit zu Pogromen gegen Buddhisten. Die Roten Khmer ermordeten etwa zwei Millionen als „Reaktionäre“ Beschimpfte, darunter viele Mönche. In Laos gingen die Pathet Lao gegen die buddhistischen Shanga vor.

In Thailand kämpfen die im Süden lebenden Muslime gegen die Majorität der Buddhisten und streben eine Spaltung an. In den letzten fünf Jahren kostete dieser Kampf, laut Nachrichtenagentur AFP, fast 4000 Menschen das Leben. Zu den Opfern der Moslems zählen neben Buddhisten, auch viele agnostische „Muslime“, die die Gebote des Islam nicht befolgen.

Auch in Indien kommt es immer wieder zu massiven Ausschreitungen zwischen Moslems, Hindus und Buddhisten. Die Hindus, die über 80 Prozent der über eine Milliarde Einwohner Indiens stellen, fürchten um ihre Vormachtstellung. *Joachim Feyerabend*

Konflikte leben immer wieder auf



Unterstützung durch Glaubensbrüder: Moslems in Malaysia demonstrieren gegen Ausschreitungen in Birma

Bild: Getty

Allah und der Buddhismus

Das diametrale Verhältnis zweier Weltreligionen

Die Gegensätze zwischen Buddhismus und Islam sind weniger religionsphilosophischer Art, obwohl beide Religionen ganz diametral verschiedene ethische und philosophische Anschauungen haben, als machtpolitischer Natur. Im Islam begann schon zu Lebzeiten Mohammeds die Ausbreitung durch gewaltsame Eroberungen, während der Buddhismus wie der Hinduismus jahrhundertlang auf geistige Eroberungen aus war. Das Bild des Islams als Religion des Krieges und des Buddhismus als Religion der Liebe und des Friedens passte allerdings nicht immer. Auch nach seiner Konsolidierung als Weltreligion bedurfte der Islam weiterhin politischer und militärischer Rückendeckung, um als Religionsgebilde zu bestehen. Der Islam als Religion ist dadurch kaum von seiner politischen oder wirtschaftlichen Ausprägung zu unterscheiden. Moscheen im Bereich des Islams werden nicht nach Heiligen benannt, sondern nach großen Feldherren, in der Ukraine heute zuweilen auch nach Mafiabossen und ermordeten Oligarchen. Der Buddhismus als philosophische Lehre hat dagegen die Völker Zen-

trasiens und Indiens auf geistigem Wege erobert und ist anschließend eine geistige Symbiose mit den sich zu ihm bekennenden Völkern und Kulturen eingegangen. Auch an den gesellschaftlichen Entwicklungen dieser Kulturen hat der Buddhismus teilgenommen und sich weiterentwickelt, während der Islam als starres Lehrgebäude in seiner Entstehungszeit

Machtwille contra Glaubensphilosophie

zurückgeblieben ist. So kommt es, dass nach der historischen Begegnung zwischen Christentum und Buddhismus beide Religionen Bereicherungen von der jeweils anderen erfahren haben, während der christlich islamische Dialog bis heute noch nicht weiß, welches Ziel er überhaupt hat.

Zum Aufbau eines ohnehin nur sekundären philosophischen und theologischen Gerüsts hat der Islam Anleihen bei allen anderen bereits vor ihm existierenden Religionen gemacht. Dies waren in erster Linie das Christentum, Judentum und der Zoroastrismus Per-

siens, von denen sich zahlreiche Spuren und Anleihen im Koran finden. Auch mit dem Buddhismus, dessen Einflussgebiet in West Turkestan der Islam schon sehr früh tangiert hat, finden sich Spuren im Koran. So weist der Kaaba Kult in Mekka, der zu den fünf Säulen des Islams gehört, bis hin zur Kleidung der Wallfahrer buddhistische Züge auf.

Lange bevor die Araber den Islam in der Mitte des 7. Jahrhunderts nach Zentralasien brachten, hatte der Buddhismus dort Jahrhunderte lang geblüht. Besonders vorherrschend war er entlang der Seidenstrasse, auf welcher der Handel zwischen Indien und Han-China verlief. Über die Seidenstraße ist der Islam schon früh in urbuddhistisches Gebiet in Zentralasien und Vorderindien vorgestoßen. Erst die Annahme des Islams durch die Türken infolge des Mongolensturms im 13. Jahrhundert und die Mogulherrschaft in Indien führten zur Dominanz des Islams in weiten Teilen Asiens und schließlich zur Ausbreitung des Islams auf wirtschaftlichem Wege bis nach Hinterindien, wo mit Indonesien heute das größte islamische Land der Welt liegt. *Bodo Bost*

Totenruhe in Rakhine

Wir sind voller Sorge, dass solche Unruhen jederzeit wieder passieren können“, sorgte sich Mitte Juni der Buddhist Myat Hla im Kloster Sutaung Pyae am Rand der Stadt Sittwe in Birma. Hier sind rund 2000 Einwohner untergebracht, deren Häuser zerstört wurden, abgeackelt, in die Luft gesprengt in einem blutigen Sturm ethnischer und religiöser Differenzen in der birmesischen Provinz Rakhine.

Dutzende wurden ermordet, Tausende Häuser brannten nieder. Buddhisten gegen Muslime, Muslime gegen Buddhas Anhänger. Als Resultat der Randalen leben 52 000 Menschen in 66 provisorischen Behelfssiedlungen, die Zahl der Betroffenen wird sogar auf über 90 000 geschätzt. Krankheiten, Durchfall breiten sich aus, Epidemien drohen.

Das alles ist die Folge einer menschenverachtenden Politik

Rache folgt auf Rache

der ehemaligen Militärjunta. Sie erklärte die 800 000 Muslime vom Stamm der Rohingya für staatenlos, beschneidet den Zugang zu Erziehung und Gesundheitswesen. Reisen innerhalb des kleinen Provinzgebiets waren für sie genehmigungspflichtig – ein sich immer wieder neu aufbauender Konfliktstoff, Anlass zu Hass, Zündfunke an einem Pulverfass.

Am 8. Juni explodiert es – wieder einmal, wie schon so viele Jahre davor. Junge Muslime vergewaltigten eine Buddhistin, Buddhisten überfielen als Rache einen Bus mit Moslems und töteten zehn Passagiere. Der Brandsturz war gelegt, Häuser gingen in Flammen auf, Dutzende ließen ihr Leben. Aufgebrachte Buddhisten schworen Rache. Die Behörden zwangen die Rohingyas, die Stadt zu verlassen. Eine Rückkehr zur Normalität und einem friedlichen Zusammenleben der dunkelhäutigen Söhne des Propheten und der hellhäutigen Birmesen scheint vielen kaum mehr denkbar. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlit.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird

nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1278**

Schäuble setzt auf »Prinzip Hoffnung«

Bundesfinanzminister zeigt keinen Willen zum Sparen – Bonität Deutschlands heruntergestuft

„Wie kommt man auch als kleine Ratingagentur in die Nachrichten, wenn man nicht irgendwas macht, das vom Mainstream deutlich abweicht?“ Für Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) scheint die erfolgte Herunterstufung der deutschen Bonität durch die Rating-Agentur Egan Jones mit diesem abwertenden Spruch abgetan zu sein. Es hätte Schäuble allerdings gut angestanden, einen genaueren Blick auf die bisherige Arbeit dieser Agentur zu werfen.

Im Gegensatz zu den „Großen Drei“ – Standard & Poors, Moodys und Fitch – haben sich die Urteile von Egan Jones bisher als sehr treffsicher herausgestellt. Tatsächlich wachsen auch bei anderen Zweifel an der deutschen Bonität. Die Allianz-Tochter Pimco als weltgrößter Käufer von Staatsanleihen hat inzwischen angekündigt, Bundesanleihen im eigenen Bestand künftig deutlich unterzugewichten. Die Zweifel sind nicht unbegründet. Deutschland lädt sich immer mehr Lasten zur Rettung des „Projekts Euro“ auf, während es selbst auf einem gewaltigen Schuldenberg sitzt. Die Zwei-Billionen-Euro-Marke bei der Staatsverschuldung wurde inzwischen überschritten. Exakt 2,042 Billionen Euro hatten Bund, Länder und Kommunen im März 2012 an Schulden angehäuft – Verbindlichkeiten kommunaler Zweckverbände und der Sozialversicherungen nicht einmal mitgerechnet.

Geht es nach Finanzminister Schäuble, dann soll allerdings bereits im Jahr 2016 ein ausgeglichener Etat vorliegen, sogar erste Überschüsse sollen dann erzielt werden. Sollte das Vorhaben tatsächlich gelingen, dann käme das

einer Revolution gleich. Zum letzten Mal wurde 1969 im Bundeshaushalt mehr eingenommen als ausgegeben. Einiges spricht dafür, dass zumindest diese Art von Revolution ausbleiben wird. Bereits im Jahr 2010 hatte Schäuble ein Sparpaket angekündigt, bei dem Defizite im Bundeshaushalt um bis zu 26,6 Milliarden Euro pro Jahr reduziert werden sollten. Die Umsetzung des Vorhabens ist inzwischen im Sande verlaufen. Die angekündigten Einsparungen durch den Umbau der Bundeswehr haben sich als Illusion er-

tet allerdings immer mehr auf eine weitere Abkühlung der Weltwirtschaft und damit auf zurückgehende deutsche Steuer-

Schuldenberg auf über zwei Billionen Euro angewachsen

einnahmen hin. Weitere Belastungen sind bereits absehbar: Der am 29. Juni im Bundestag verabschiedete Fiskalpakt verursacht zu-

Francois Hollande geforderten „Wachstumsimpulse“ sind zum großen Teil zwar Luftbuchungen, bei denen Gelder aus bereits bestehenden Töpfen einfach umdeklariert werden, zum Teil wird aber auch tatsächlich frisches Geld fließen: Noch im laufenden Jahr soll so bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) eine Kapitalerhöhung um zehn Milliarden Euro stattfinden. Schäuble wird erneut mit etwa 1,6 Milliarden Euro dabei sein. Die ebenfalls am 29. Juni erfolgte Zustimmung des Bundestages zum Euro-Rettungs-

akts im Bundestag auf eine Gefahr aufmerksam gemacht, die bisher kaum beachtet wird. Deutschland verpflichtet sich nicht nur dazu, künftig einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu haben, sondern auch dazu, Schulden abzubauen. In der Realität sieht das nach Gysi dann so aus: Gemäß den Vorgaben des Vertrages soll Deutschland ab Januar 2013 jährlich 25 Milliarden Euro Schulden abbauen – 20 Jahre lang, insgesamt 500 Milliarden Euro.

Zu Recht stellt Gysi die Frage, wo die Einsparungen konkret erfolgen sollen. Falls keine Kürzungspläne bereits in der Schublade liegen, die angesichts der aktuellen deutschen Milliardenüberweisungen zur Euro-Rettung und dem Wahlkampf im kommenden Jahr zu nächst unter Verschluss gehalten werden, scheint bei Schäuble auch diesmal wieder das Prinzip Hoffnung zu herrschen. Tatsächlich könnte sich der Fiskalpakt, der eigentlich dazu gedacht war, die dauerhaften Defizitsünder in Südeuropa zu disziplinieren, für Deutschland zu einer selbstgestellten Falle entwickeln. Die Entscheidungsmacht darüber, wann Abweichungen von den Sparvorgaben zulässig sind, oder wann Strafzahlungen an die EU bei Verstößen fällig werden, tritt Deutschland mit dem Fiskalpakt an Brüssel ab. Der EU-Gipfel am 29. Juni, der mit einer unverhohlenen Erpressung Merkels durch den italienischen Regierungschef Mario Monti endete, dürfte dann nur ein Vorgeschmack auf künftige Verhandlungsrunden in Brüssel gewesen sein. Das Ausgangsmaterial für weitere Erpressungen liefert Deutschland mit dem Fiskalpakt selbst frei Haus. Norman Hanert

Bild: Getty Images



Weitgehend unbekannt, aber treffsichere Analysen: Sean Egan, Präsident und Mitgründer von Egan Jones

wiesen. Eingeplante Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer oder der Besteuerung von Kernbrennstäben sind ausgeblieben. Ähnliches droht bei dem von Schäuble für 2016 angekündigten ausgeglichenen Haushalt.

Dreh- und Angelpunkt von Schäubles Konzept ist, dass die Steuereinnahmen so weiter sprudeln wie derzeit. Tatsächlich deu-

nächst einmal Kosten statt Einsparungen: Die Zustimmung der Opposition zum Fiskalpakt wurde mit mindestens 1,2 Milliarden Euro jährlich erkaufte, die für Ausgleichsmaßnahmen an die Bundesländer fließen sollen. Diese Kosten waren bisher nicht eingeplant. Gleiches gilt für die erkaufte französische Zustimmung zum Fiskalpakt. Die von Staatspräsident

fonds ESM macht gleich die nächste Überweisung durch den „letzten überzeugten Europäer in der deutschen Regierung“, so die Charakterisierung Schäubles durch den US-Investor George Soros, fällig. Noch im laufenden Jahr sollen 8,7 Milliarden Euro an den ESM fließen – wiederum auf Kredit. Gregor Gysi (Linkspartei) hat vor der Verabschiedung des Fiskalp-

Zufällige Zensur?

Euro-kritische Internetseite abgeschaltet

Zufälle, die gibt es gar nicht, dachten sich die Betreiber des Internetportals „abgeordneten-check.de“, als am Tag zur Abstimmung über ESM und Fiskalpakt ihr Internetseitedienstanbieter ihre Seite vom Netz nahm. Davor hatten 50 000 deutsche Bürger über dieses Portal an die Bundeskanzlerin, Minister und die Fraktionsvorsitzenden, mit Ausnahme der Linkspartei, eine Protestmail geschickt, um gegen ESM und Fiskalpakt zu protestieren.

Der Internetseitedienstanbieter „Strato“, eine Tochter des ehemaligen Staatsunternehmens Deutsche Telekom, begründete die Abschaltung mit dem Befall durch eine Schadsoftware, einen Virus. Da „abgeordneten-check.de“ keinen Virus entdecken konnte, sieht die Vorsitzende des Portals, Beatrix von Storch, in dieser Aktion „einen empörenden und dreisten Angriff auf die Meinungsfreiheit der Bundesbürger“. Von Storch vermutet Sabotage, um zu verhindern, dass Bürger weiterhin gegen das Vorhaben der Regierungskoalition protestieren. Damit jedes Protestschreiben den Empfänger auch

tatsächlich erreicht, plant von Storch, diese im Kanzleramt zu übergeben.

Erst nach intensiven Gesprächen und dem Versprechen der Betreiber von „abgeordneten-check.de“, den angeblichen Virus zu entfernen und den Befall durch andere zu verhindern, hat der Internetseitedienstanbieter die Abschaltung wieder rückgängig gemacht. „Abgeordneten-check.de“ ist eine unabhängige Internetseite, die den Bürgern die Möglichkeit bieten will, öffentlichkeitswirksam und mit breiter Unterstützung auf Politiker einzuwirken. Damit soll die Chance erhalten bleiben, auch zwischen zwei Wahlgängen vom Recht auf Teilhabe an politischen Entscheidungsfindungsprozessen Gebrauch machen zu können. Denn „abgeordneten-check.de“ hat eine Kluft zwischen Bürgern und Parlament ausgemacht. Aus der Mitte der Gesellschaft werden Initiativen zu unterschiedlichen Themenbereichen gestartet, die von jedem unterstützt werden können. Neben der Protestaktion zu ESM und Fiskalpakt wurde unter anderen eine Initiative zum Betreuungsgeld gestartet. S.G.

»Dreister Angriff auf die Meinungsfreiheit«

»Zu geistigen Sklaven gemacht«

Eva Herman geißelt Unwahrheit in den Medien und Anpasstheit der Masse

Die wegen ihrer vom Zeitgeist abweichenden Meinungen um Job und Reputation gebrachte Journalistin und ehemalige „Tageschau“-Sprecherin Eva Herman klagt in ihrem neuen Buch „Das Medienkartell. Wie wir täglich getäuscht werden“ die Medien an. Im Gespräch mit der PAZ prangert sie den Zwang zur politischen Korrektheit an. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: In Ihrem neuen Buch betonen Sie, dass Sie, seit Sie nicht mehr beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen tätig sind, sich freier fühlen. Wie meinen Sie das?

Eva Herman: Nun, es ist doch spätestens nach dem „Fall Eva Herman“ klar, dass man bei einem öffentlich-rechtlichen Sender seine Meinung nur dann öffentlich vertreten kann, wenn diese systemkonform beziehungsweise politisch korrekt ist. Es ist keine Kunst, sich heutzutage für die Frauenquote, für Kinderkrippenbetreuung von Säuglingen und für die bevorzugte Erwerbstätigkeit der Frau auszusprechen: Das kann nämlich jeder. Und das tut auch so gut wie jeder! Denn dann kriegt er wenigstens keine Probleme. Wer jedoch ständig mit seiner tiefsten Überzeugung, dass die genannten oder auch andere Themen mehr als dis-

kussionswürdig sind, hinter dem Berg halten muss, damit er bloß nicht aneckt und die große Masse in ihrer grenzenlosen Einigkeit nicht stört, der ist unfrei im eigenen Land.

Unsere Geschichte beweist auffallend, dass es zu jeder Zeit diesen trägen Mainstream gab, der kaum selbst zu denken und zu diskutieren wagte und der sich den Vorgaben der Herrschenden stets willig beugt, um ungehindert leben zu können. Wer aber gegenteilige Überzeugungen vertritt, wird meist schnell zum Verfolgten und mundtot gemacht. Und damit wird er zum geistigen Sklaven. Im Nachhinein, wenn die Geschichtsbücher geschrieben werden, ja, dann waren plötzlich alle im Untergrund tätig und sowieso auf der richtigen Seite. Oder sie haben natürlich von nichts gewusst. Jedes Mal ist dies ein gleichermaßen jämmerliches wie ehrloses Spiel.

PAZ: Früher waren Sie einer der Lieblinge von „Bunte“ und „Gala“ und schienen das zu genießen. Wie lebt es sich nun abseits des Blitzlichtgewitters?

Herman: Ich vermisse nichts. Das liegt zum Einen daran, dass mein „erstes Leben“ voll mit Blitzlichtgewitter war, und auch Kaviar irgendwann nicht mehr schmeckt,

wenn man ihn täglich vorgesetzt bekommt. Zum Anderen hat sich mein Blick auf die Partygesellschaft, zu der ich selbst einst gehörte, verändert. Mir ist bei einem Blick in die Welt, vor allem jedoch bei der Betrachtung der immensen Missstände in Deutschland, ganz und gar nicht mehr nach Ober-



Eva Herman

Bild: Koop

flächlichkeit und Tralala zumute. Was ich dazu zu sagen habe, das ist gesagt. Ich muss nicht mehr kämpfen, sondern man kann nur noch abwarten. Heute finde ich meine Seelenruhe vor allem in der wunderbaren Natur, natürlich im Kreise meiner Lieben und in guten Büchern und bei klassischer Musik.

PAZ: Sie haben erlebt, wie sich Menschen von Ihnen wegen medialer Hetze abwenden. Haben

MELDUNGEN

Einreise leicht gemacht

Berlin – FDP-Außenminister Westerwelle und die CSU streiten sich via „Spiegel“, ob die EU die Türkei von der Visumpflicht befreien soll. Unerwähnt bleibt dabei, dass es Bestimmungen gibt, die eine Einreise nach Deutschland erleichtern. Seit Inkrafttreten der EG-Verordnung Nr. 810/2009 („Über einen Visakodex der Gemeinschaft“) am 5. April 2010 ist es den EU-Mitgliedsstaaten unter anderen möglich, ein Visum für mehrere Ein- und Ausreisen und mit einer Gültigkeit von bis zu fünf Jahren auszustellen. Dafür muss der Antragsteller beweisen, dass er aus beruflichen oder familiären Gründen öfter einreisen muss. Für türkische Staatsbürger nutzt Deutschland diese Möglichkeiten voll aus, wie das Innenministerium auf PAZ-Anfrage bestätigte. S.G.

Abgeordnete von Bürgern genervt

Berlin – Zahlreiche Bundestagsabgeordnete reagieren zunehmend „genervt“ auf Zuschriften wegen ihres Abstimmungsverhaltens zur Eurorettung, die sie über Protestplattformen erhalten. Peter Beyer, CDU-Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Mettmann II, fertigt entsprechende Anfragen mit einem Musterschreiben ab, in dem er erklärt, auf Massenmailings beziehungsweise Nachrichten über ein Massenmedium nicht zu reagieren. Bei seinem „Kollegen“ Michael Meister aus dem Wahlkreis Bergstraße hört sich das dann so an: „Vielen Dank für Ihre Frage. Ich nehme die Beantwortung von Bürgeranfragen aus meinem Wahlkreis Bergstraße sowie die Beantwortung von Fragen zu meinen Fachgebieten Finanzen, Haushalt und Kommunalpolitik sehr ernst. Bitte schicken Sie Ihre Anfrage dazu an mich persönlich, damit ich Ihnen direkt antworten kann.“ T.M.

Sie das Gefühl, dass wenn Sie jetzt neue Leute treffen, diese Sie wegen des alten Skandals meiden?

Herman: Es gibt solche und solche. Für viele ist der Vorfall kein Thema mehr, andere wiederum sind immer noch über die Vorgehensweise der öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF (Kerner-Sendung) derartig geschockt, dass sie mir das als erstes berichten. Und natürlich gibt es auch die politisch-korrekten Menschen, die lieber kein Risiko eingehen und sich deswegen fernhalten: Man weiß ja nie. Es fühlt sich immer wieder ähnlich an, wie es in der DDR gewesen sein muss. Nun, auch dieses Überwachungssystem ist ja jetzt zunächst einmal weg.

PAZ: Sie beklagen die gezielte Desinformation der Bevölkerung. Bei welchem aktuellen Thema regt Sie die einseitige Darstellung derzeit besonders auf?

Herman: Um ehrlich zu sein: Die Zeit des Aufregens ist vorbei. „Das Medienkartell“, das ich vor ein paar Monaten schrieb, hat mein Innerstes noch einmal tief aufgewühlt. Die Erkenntnis, dass wir tatsächlich von vielen Medien die Unwahrheit hören, lesen und sehen, hätte ich in dieser Klarheit nicht vermutet.

MELDUNGEN

Lukaschenko für immer?

Minsk – Der Nachfolger des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko könnte eines Tages sein unehelicher Sohn werden. Während eines Treffens mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez bei einer Lateinamerikareise stellte Lukaschenko seinen Sohn mit den Worten vor: „Das ist mein Sohn Nikolaj und das spricht dafür, dass es jemanden gibt, der den Stafelstab in 20 bis 25 Jahren übernehmen wird.“ Die möglicherweise spontane Äußerung kam für Beobachter nicht überraschend: Allgemein wird angenommen, dass der seit 1994 amtierende Lukaschenko bis an sein Lebensende die Macht verteidigen will. Der 2004 geborene Nikolaj zieht seit 2008 die Aufmerksamkeit auf sich, da sein Vater ihn bei öffentlichen Terminen meist dabei hat, so auch jüngst bei der Militärparade anlässlich des weißrussischen Unabhängigkeitstages am 3. Juli. Unterdessen sah sich der autokratisch regierende Machthaber offenbar zu einer Korrektur genötigt: „Eine Übergabe der Macht als Erbfolge wird es nicht geben“, zitierte die staatliche Nachrichtengentur „BelTA“ aus einer Rede Lukaschenkos am Vorabend des Feiertages. *CR*

Polnische Zweifel an Russen

Warschau – Der Flugzeugabsturz von Smolensk 2010 bewegt Polen noch immer. Nach der Exhumierung der sterblichen Überreste von drei Politikern soll nun der Leichnam von Anna Walentynowicz einer erneuten Untersuchung unterzogen werden. Die Angehörigen plagten Zweifel wegen fehlerhafter Feststellungen der russischen Gerichtsmedizin, welche die Leiche zuerst seziierten. Walentynowicz, die neben Lech Walesa als Legende der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ galt, war bei der Tragödie im April 2010 ums Leben gekommen. *CR*

Als vor einigen Wochen die junge Elsässerin Delphine Wespiser aus Niedermagstatt [Mäschgetz, Magstatt-le-Bas] im Sundgau zur „Miss France 2012“ gewählt wurde, war die Überraschung groß, als sich diese hübsche Frau nicht scheute, sich durch Verwendung ihrer elsässischen Muttersprache im französischen Fernsehen zu ihrer Heimat zu bekennen. Bislang hing den Verfechtern der zweisprachigen Kultur im Elsass das Image an, rückständig, veraltet und provinziell zu sein.

Elsässerdeutsch ist in den letzten Jahrzehnten vor allem unter der Jugend zurückgegangen. Nur noch etwa ein Drittel der 1,8 Millionen Einwohner des Gebietes zwischen Rhein und Vogesen beherrschen aktiv ihren Dialekt, ein weiteres Drittel versteht ihn zumindest noch. 1946 dagegen bezeichneten sich noch 90,8 Prozent der Elsässer als Dialektsprecher.

Nach dem Ersten Weltkrieg betrieb Frankreich eine sprachliche und kulturelle Assimilationspolitik ohne jede Rücksicht auf elsässische Eigenheiten. Französisch wurde als offizielle und einzig erlaubte Sprache einer zu 90 Prozent dialektsprachigen Bevölkerung aufgezwungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutsch als „Sprache des Erbfeindes“ vollständig von den Schulen verbannt. Erst 1972 wurde Deutsch als „Fremdsprache“ vereinzelt wieder an den Schulen eingeführt. Gleichzeitig wurde der Bevölkerung eingeredet, dass es „chic“ sei, Französisch zu sprechen. Elsässisch wurde als Bauern-Dialekt ohne Zukunft hingestellt.

Erst in den 1970er Jahren wurde den Elsässern bewusst, dass sie mit der eigenen Sprache auch ihre kulturelle und regionale Identität verlieren würden. Es bildeten sich die ersten Vereinigungen zur Pflege des Elsässischen. Viele Künstler begannen, auf Elsäs-

sisch zu schreiben und zu singen, viele Theater öffneten ihre Tore für Elsässisch und Moselfränkisch.

Erst 46 Jahre nach Kriegsende, im Jahre 1991, ließ der französische Staat in den Privatschulen des Eltern-Vereins ABCM eine zweisprachige Vorschulerziehung zu. In den folgenden zwei Jahrzehnten konnte der Verein zehn Schulen mit bilinguaem Unterricht auf Deutsch und Französisch eröffnen. Derzeit gibt es im Elsass 23 000 Schüler, die zweisprachige Klassen besuchen, in denen auf der Basis der Sprachenparität zu gleichen Anteilen auf Deutsch und Französisch unterrichtet wird. Angesichts der 40 Prozent beziehungsweise 50 Prozent der Schüler, die auf Korsika beziehungsweise im französischen Teil des Baskenlandes in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, sind die Bemühungen der französischen Schulbehörden im Elsass, wo die Regionalsprache noch wesentlich lebendiger ist als im Baskenland oder auf Korsika,

eher bescheiden. Allein der nicht nachlassende Druck der Eltern auf die staatlichen Institutionen hat die französische Schulpolitik im Elsass verändert. Die elsässischen Lokalpolitiker waren dazu nicht in der Lage.

Frankreich ist neben Italien und Russland das einzige Mitglied des Europarates, das die „Europäische

Als »Sprache des Erbfeindes« gemieden

Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ von 1992 noch immer nicht ratifiziert hat. Obwohl die Sprachenfrage im Elsass in den letzten Jahren entideologisiert worden ist und ein breiter Konsens für den Erhalt des Dialekts wie auch für intensiven Deutschunterricht besteht, haben es die elsässischen Politiker, anders als ihre Kollegen aus Korsika, dem Baskenland und der Bretagne, kaum verstan-

den, einen entsprechenden Druck in Paris aufzubauen.

Die Elsässer galten in ihrem Wahlverhalten immer als sehr staatskonform. Man wählte die Partei, die in Paris an der Macht war, bis in den 1990er Jahren das Elsass eine Bastion der Front National (FN) wurde. Im Gefolge der Erfolge des FN entstanden im Elsass ab 1990 auch wieder Regional-Parteien. So wurde „Alsace d’Abord“ (Elsass zuerst) gegründet, am linken Rand entstand die linksautonomistische Partei „Unser Land“, die sich außer für Autonomie auch für Zweisprachigkeit einsetzt. Sie hatte bei den Generalratswahlen 2011 ihren bislang größten Erfolg. In Sarre-Union, am äußersten nordwestlichen Rand des Elsass, sorgte ihr Kandidat David Heckel mit seinem Wahlsieg für eine kleine Sensation. Er errang einen der insgesamt 44 Sitze im Generalrat des Unterelssass. Die Partei „Unser Land“ trat auch zu den französischen Parlamentswahlen in diesem Jahr an

und erreichte im Wahlbezirk Zabern mit ihrem Kandidaten Denis Lieb auf Anhieb zehn Prozent der Stimmen. Lieb hat in ganz Frankreich einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt, weil er seit 2008 aus Protest gegen eine Gesetzesänderung über die Regionalsprache im französischen Senat als Regionalrat nur noch Elsässisch spricht. Lieb und Heckel führten auch den Protestzug an, der am 31. März unter dem Motto „Unsri Sproch ist unser Schatz“ mit fast 1000 Menschen in Straßburg für die Verteidigung des elsässischen Dialekts demonstrierte. An diesem Tag hatten in ganz Frankreich, unter anderem auch in Metz, Vertreter der Regionalsprachen für die Ratifizierung der Europäischen „Charta der Minderheitensprachen“ durch das französische Parlament demonstriert. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen hatte man die Kandidaten nach ihrer Meinung zu dieser Charta gefragt. Fünf Kandidaten waren gegen eine Ratifizierung, unter anderem Nicolas Sarkozy (UMP) und Marine le Pen (FN). Vier Kandidaten sprachen sich für die Ratifizierung aus: hier auch François Hollande, der neue Präsident Frankreichs. Jetzt darf man gespannt sein, ob der Sozialist zu seinem Wahlversprechen steht und die Europäische Charta zur Anerkennung der Regionalsprachen ratifiziert.

Am selben Tag, als in Straßburg 1000 Menschen für die Anerkennung des Elsässischen als Regionalsprache demonstrierten, erschien die letzte deutschsprachige Ausgabe der größten elsässischen Zeitung „Dernières Nouvelles d’Alsace“. Die deutschsprachige Ausgabe der 1877 von Heinrich Ludwig Kayser als „Strassburger Neueste Nachrichten“ gegründeten Zeitung hatte am Ende nur noch 7500 deutschsprachige Abonnenten und war deshalb unrentabel. Nun gibt es sie nur noch im Internet. *Bodo Bost*



Gegen den Trend: „Miss France 2012“ spricht Elsässerdeutsch und ist auch noch stolz darauf Bild: ddp images / Sipa

Mursi ein schwacher Sieger

Der Machtkampf in Ägypten geht auf allen Ebenen weiter

Das nach der Stichwahl um Ägyptens Präsidentschaft die Bekanntgabe des Ergebnisses mehrmals verschoben wurde, hatte Spekulationen aller Art beflügelt. Als dann der Kandidat der Muslim-Bruderschaft, Mohammed Mursi, zum knappen Sieger vor dem Ex-General Ahmed Schafik erklärt wurde, tauchten aber neue Gerüchte auf: In Wahrheit habe Schafik vorn gelegen, doch die USA hätten zugunsten Mursis Druck auf die Militärjunta ausgeübt. Das klingt zunächst absurd, könnte allerdings gar nicht so weit hergeholt sein. Denn im April hatte die „Washington Times“ tatsächlich über Kontakte des Weißen Hauses mit führenden Muslim-Brüdern berichtet. Dass die Attacken der Bruderschaft auf die Junta schlagartig aufhörten, deutet auf Absprachen mit der Junta hin, die ja die Befugnisse Mursis „präventiv“ gleich nach der Wahl stark beschnitten hatte.

Die erste kritische Frage voller Symbolkraft war, wo Mursi den Amtseid ablegen würde. Im Parlament ging es nicht, denn das ist aufgelöst. Vor dem Parlamentsgebäude, quasi als Protest, wurde es untersagt. Also fanden Vereidigung und formelle „Machtübergabe“ dann doch vor den Verfassungsrichtern statt. Aber der „Präsident für alle Ägypter“, wie er

sich selbst bezeichnet, ist eben ein Muslim-Bruder und konnte es nicht lassen: Er zelebrierte schon tags zuvor am Tahrir-Platz seine Eidesleistung „vor Allah und dem Volk“, sprich, vor seinen Anhängern.

Mursi überschlug sich bisher geradezu in positiven Äußerungen, so als hätte er das während seines mehrjährigen Studiums in den USA Fernsehpredigern abge-

Kleinkrieg um Positionen auch unter den Islamisten

schauf. Aber wenn man alles positiv darstellt und mit Ausdrücken wie nationale Einheit, Freiheit, Demokratie, Brüderlichkeit und Frieden um sich wirft, kommt es zwangsläufig zu Widersprüchen, „Mißverständnissen“ und Dementis. Beispiel Iran: Hat er nun oder hat er sich nicht für eine Verbesserung der Beziehungen ausgesprochen? Im Wahlkampf hatte dieses übrigens auch Schafik getan, ohne dass sich jemand aufgeregt hätte. Vor allem versucht Mursi, Volksnähe zu demonstrieren. Bei seinem Tahrir-Auftritt etwa durchsangsrichtern statt. Aber der „Präsident für alle Ägypter“, wie er kei-

ne Sicherheitsweste unter dem Anzug trug. Und bei Fahrten im Auto sollen auch nicht wie bisher die Straßen für den Präsidenten-Konvoi abgeriegelt sein. „Ich fürchte niemanden außer Allah“ ist eine übliche muslimische Redewendung. Nun mag Mursi ein ehrenwerter Mann sein. Aber er ist nur der Ersatzmann für den von der Wahl ausgeschlossenen Kheirat Al-Shater, unter dessen Ägide er sich in der Bruderschaft hochgedient hatte. Er steht unter dem Druck der Islamisten und will zugleich die Sekulären in seine Regierung aufnehmen. Mursi verspricht die „Rückkehr zu den gewählten Institutionen“ und muss prompt zurückrudern und der Junta überschwänglich für alles danken – was wieder andere vor den Kopf stößt.

Ein aufreibender Kleinkrieg um Positionen steht also bevor. Mursi sieht wohl den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan als Vorbild, der es in der Türkei schrittweise schafft, die Generäle – und damit auch die sekulären Kräfte auszubooten. Aber Erdogan kann wenigstens mit Wirtschaftserfolgen punkten, während in Ägypten solche nicht absehbar sind. Auch wenn das Wahlergebnis kurioserweise die Kairoer Börsenkurse steigen ließ.

R. G. Kerschhofer

Erdogans stumpfes Schwert

Türkisches Militär allein zu schwach für einen Krieg gegen Syrien

Nach dem Abschuss eines türkischen Kampfflugzeuges durch die syrischen Streitkräfte hat die türkische Armee damit begonnen, starke Einheiten, vor allem Luftabwehr- und Panzerverbände, entlang der Grenze zu Syrien zu verlegen. Ankara will nun zeigen, dass es entschlossen ist, notfalls auch mit Gewalt, das Assad-Regime in Syrien zu beseitigen. Die türkische Bevölkerung dagegen lehnt eine militärische Intervention ihres Landes im Nachbarland Syrien mit großer Mehrheit ab.

Die Moral der türkischen Streitkräfte ist durch einen jahrzehntelangen verlustreichen Abnutzungskrieg gegen die PKK, ohne Aussicht auf eine militärische Lösung, bereits angegriffen. Dazu kommt, dass derzeit 86 Generale und 15 Prozent des Offizierkorps aus politischen Gründen inhaftiert sind und es deshalb auch innerhalb der unteren Dienstgrade kräftig gärt. Das Militär ist nach seinem Selbstverständnis seit Ausrufung der Republik im Jahr 1923 auch Wächter der damals eingeführten laizistischen Staatsordnung. In den Jahren 1960, 1971 und 1980 putschten die türkischen Generale gegen die jeweilige Regierung und veranlassten 1981 die Ausar-

beitung einer bis heute gültigen Verfassung, die ihnen bei zentralen Fragen ein Letztentscheidungsrecht zusichert. Seit 2003 regiert jedoch mit der AKP von Recep Tayyip Erdogan eine gegen das Militär eingestellte islamische Regierung. Im Jahre 2008 kam die türkische Regierung mit der Verhaftung einer großen Anzahl von Offizieren und Journalisten angeblich einem versuchten

Mehrheit der Türken lehnt Intervention in Syrien ab

Staatsstreich zuvor. Immer mehr Offiziere wurden in den folgenden Jahren verhaftet, ohne dass jedoch eine schlüssige Beweisführung gegen sie vorgelegt oder gar ein Gerichtsverfahren abgeschlossen wurde. Das Verfahren gleicht immer mehr einem Schauprozess, der politisch die Machtfrage in der Türkei zwischen Militär und religiösem Establishment klären soll.

Im Juli 2011 trat die gesamte Armeeführung aus Protest gegen die langjährige Inhaftierung von 250 Offizieren wegen angeblicher Verschwörung gegen die Regierung Erdogan zurück. An-

fang dieses Jahres ging der jahrelange Machtkampf zwischen den islamisch geprägten Regierungen der AKP und dem traditionell laizistisch eingestellten Militär mit der Neubesetzung der militärischen Spitzenstellen in eine neue Runde. Er scheint immer mehr zu Gunsten der islamistischen Staatsführung entschieden zu sein, ein Putsch der Armeeführung gegen eine zivile Regierung scheint nicht mehr möglich.

Die einst zweitgrößte Armee der Nato ist durch die Verhaftungswelle mittlerweile so geschwächt, dass sie einen Krieg gegen die zahlenmäßig schwächere syrische Armee, die allerdings wesentlich kampferfahrener ist, ohne Nato-Unterstützung kaum durchstehen könnte. Das zeigt allein die dilettantische Verletzung des syrischen Luftraums durch die türkische Luftwaffe und der Abschuss der türkischen Maschine durch die syrische Flugabwehr, deren Funktionsfähigkeit die Türkei eigentlich nur hatte testen wollen. Ein Einsatz der Nato zugunsten der Türkei scheint nach dem Libyen-Einsatz, dessen unabwägbare Folgen erst jetzt offenbar werden, und nach der Weigerung der Türkei, die USA bei deren Irak-Einsatz auch nur logistisch zu unterstützen, wenig wahrscheinlich. *B.B.*

Italien auf Anti-Euro-Kurs

Ministerpräsident Mario Monti könnte innenpolitisch über seinen Erfolg beim Währungs-Gipfel stolpern

Mithilfe einer unverblünten Erpressung hat Italiens Ministerpräsident Mario Monti beim letzten EU-Gipfel einen Sieg über die deutsche Bundeskanzlerin davongetragen. Trotz dieses Erfolges ist in Italien das Rennen um seine Nachfolge entbrannt. Doch Angela Merkel dürfte das keine wahre Genugtuung verschaffen.

Die potenziellen Nachfolger werden Merkel noch weitaus mehr Probleme bescheren als Monti. Spätestens der EU-Gipfel am 29. Juni dürfte ihr klar gemacht haben, wie die Euro-Rettungspolitik funktioniert – nicht diejenigen, welche die Rettungsgelder aufbringen, bestimmen die Regeln. Das Sagen haben diejenigen mit den größten Schuldenbergen. Sie drohen einfach, alle anderen mit in den Abgrund zu ziehen. Merkel hätte freilich gewarnt sein können: Bereits vor dem Gipfeltreffen geisterte durch die italienische Presse die Meldung, Monti habe damit gedroht, zurückzutreten, falls sich Deutschland weiter Euro-Bonds, also der Schulden-Vergemeinschaftung, verweigert. So absurd die Rücktrittsdrohung des Italieners aus Sicht der meisten deutschen Steuerzahler auch klingt, für Euro-Befürworter war es tatsächlich eine handfeste Drohung: Monti steht in Italien zunehmend mit dem Rücken zur Wand.

Beste Chancen, seine Nachfolge anzutreten, haben Politiker, die den Euro ablehnen. Wieder bemerkbar macht sich etwa Silvio Berlusconi. Schien es zunächst, der 75-Jährige habe sich für den Ruhestand entschieden, wird er nun wieder aktiv. In Interviews ist von ihm zu hören, ein Austritt Italiens aus dem Euro wäre keine Blasphemie, alternativ solle doch Deutschland die

Euro-Zone verlassen. Aus der Sicht politischer Beobachter sind das typische Testballons Berlusconis, der sich anschaut, wie derartige Aussagen bei den Wählern ankommen. Frischen Aufwind könnte seine Partei, die Popolo della Libertà (PdL), tatsächlich gebrauchen. Die Unterstützung für den parteilosen Monti im Parlament hat die PdL viel an potenziellen Wählerstimmen gekostet. Es ist nicht einmal wahrscheinlich, dass Berlusconi die Nachfolge Montis antreten will. Aus den Reihen seiner Partei ist inzwischen folgendes Gedankenspiel für die Nach-Monti-Ära bekannt geworden: Die PdL stützt einen linken Kandidaten, damit dieser Premierminister werden kann, im Gegenzug erhält Berlusconi das Amt des Staatspräsidenten. Über die Tolerierung im Parlament könnte Berlusconi indirekt auf die Regierungsarbeit Einfluss nehmen. Der Plan hätte noch einen

Nebeneffekt: juristische Immunität für Berlusconi, gegen den wieder einmal Verfahren laufen. Noch gefährlicher als Berlusconi könnte für Monti allerdings ein anderer Politiker werden, den außerhalb

In keinem anderen Land stößt der Euro auf so viel Ablehnung

Italiens bisher kaum jemand kennt, Beppe Grillo. Seine Partei „Movimento 5 Stelle“ (Bewegung fünf Sterne) ist erst seit drei Jahren aktiv, war bei den Kommunalwahlen im Frühjahr allerdings der Überraschungssieger – ohne Werbung und Medienunterstützung.

Bei aktuellen Umfragen sind die „Grillini“ mittlerweile auf dem Sprung, zur stärksten Partei zu werden. Grillo selbst war bis in die

80er Jahre ein Fernsehstar, bevor er aus politischen Gründen vom Bildschirm verschwand. Gespeist wird Grillos Bewegung durch die Unzufriedenheit vieler Italiener mit Monti. Statt Reformen voranzubringen, hat der sich mittlerweile mehr auf das rabiate Eintreiben von Steuern verlegt. Der Versuch, die traditionelle Laxheit in Steuerangelegenheiten abzustellen, verwandelt Italien immer mehr in einen Überwachungsstaat. Ähnlich wie Berlusconi hat auch Grillo ein bisheriges Tabu auf die Tagesordnung der italienischen Politik gesetzt: Italiens Austritt aus dem Euro, zusätzlich noch die Annullierung aller Schulden. Ein großes Risiko gehen die beiden mit ihrem Anti-Euro-Kurs nicht ein. In keinem anderen Land ist die Zustimmung zur Gemeinschaftswährung so gering wie in Italien. Bei einer Umfrage des PEW Research Instituts gaben nur 30 Prozent der

befragten Italiener an, der Euro habe für sie Positives gebracht. Ähnlich sieht es bei der italienischen Industrie aus, die seit der Euro-Einführung massiv an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat. „Wir stehen am Abgrund“ war erst unlängst vom Unternehmerverband Confindustria zu hören.

Zumindest die Ausgangsbedingungen für einen Neustart mit einer neuen Lira wären für Italien nicht einmal ungünstig: Mit 2450 Tonnen besitzt Italien die drittgrößten nationalen Goldreserven der Welt. Den italienischen Staatsschulden in Höhe von rund zwei Billionen Euro stehen Beteiligungen und Immobilienbesitz des Staates im geschätzten Wert von 1,815 Billionen Euro gegenüber.

Dass ein finnischer Vorschlag nach Einführung von Anleihen, die mit Staatsbesitz als Pfand unterlegt sind, schnell wieder in der Versenkung verschwand, ist angesichts der geschickten Verhandlungsführung Montis kaum verwunderlich. Sein Rüstzeug dürfte der italienische Regierungschef während seiner Zeit bei Goldman Sachs und als EU-Kommissar erhalten haben. Welches Erpressungspotenzial sich zukünftig mit einer Drohung zum Austritt Italiens aus dem Euro ergibt, wenn Merkel am Dogma einer Euro-Rettung um jeden Preis festhält, ist noch gar nicht abzusehen. Ein italienischer Anti-Euro-Kurs nach einer Rückkehr Berlusconis auf die politische Bühne oder einem Wahlsieg Grillos bei den Parlamentswahlen dürfte allerdings auch die Koordinaten im deutschen Wahlkampf gehörig durcheinanderbringen. Regelmäßig sind die italienischen Parlamentswahlen für das Frühjahr 2013 angesetzt – nur ein halbes Jahr vor den Bundestagswahlen.



Überraschungssieger bei Kommunalwahlen: Komiker Beppe Grillo von der „Bewegung Fünf Sterne“

Bild: laif

Hermann Müller

Oligarchie statt Kibbuz

Israels Wirtschaft wird von wenigen Familien beherrscht

Hunderttausende Israelis sind innerhalb der letzten Wochen wegen hoher Lebenshaltungskosten auf die Straßen gegangen. Die Proteste der israelischen Mittelschicht haben den Blick auf einen tiefgreifenden Wandel in der israelischen Gesellschaft gelenkt. Lange Zeit gab es innerhalb des Zionismus eine starke Strömung, die soziale Gleichheit propagiert hat und die in den Anfangsjahren Israels prägend war. Eine Abkehr davon leiteten die großen Privatisierungen ein, mit denen in den 1980er Jahren begonnen wurde. Statt zu mehr Wettbewerb ist es im Laufe von nur drei Jahrzehnten zu einer enormen wirtschaftlichen Machtzusammenballung gekommen. Nach Meinung des Nationalbankgouverneurs Stanley Fischer ist sie sogar die höchste unter allen Industrieländern.

Bereits im Jahr 2010 hatte die Bank of Israel eine Studie veröffentlicht, nach der lediglich 22 große Unternehmensgruppen die Hälfte des israelischen Finanzmarktes sowie 70 Prozent des Handels und des Dienstleistungsbereichs kontrollieren. Noch deutlicher wurde der Nationalbankgouverneur bei der Vorlage des jüngsten Jahresberichts: Die Oligarchen seien mittler-

weile sogar ein Systemrisiko, weil sie Wettbewerb und Wachstum behinderten. Selbst für die OECD ist die Konzentration wirtschaftlicher Macht in Israel mittlerweile ein Thema. „Pyramidenähnliche Strukturen und Firmengeflechte“ in der Wirtschaft ermöglichen es nach Ansicht der OECD, dass eine große Zahl von Unternehmen letztendlich

OECD warnt vor zunehmender Machtkonzentration

von nur wenigen Personen oder Familien kontrolliert würde. Konkret sind dies lediglich etwa 20 Familien, die große Teile der israelischen Wirtschaft beherrschen, die inzwischen aber auch ihren Einfluss auf die Politik immer weiter ausbauen. „Reichtum kontrolliert immer mehr das Urteilsvermögen der Leute, welche von der Öffentlichkeit gewählt wurden, um die Interessen Israels zu vertreten“, warnte im vergangenen Jahr etwa der Parlamentssprecher Reuben Rivlin in einem Interview. Wie das konkret aussieht, lässt sich anhand der IDB Holding des einflussrei-

chen Nochi Dankner beobachten. Neben Supermärkten, Reisebüros, Israels größter Mobilfunkfirma und der meistgelesenen Zeitung des Landes kontrolliert Dankner auch über 90 Prozent des Zementmarktes. Der Versuch israelischer Importeure, preiswerteren Zement aus der Türkei einzuführen, führte nicht etwa zu sinkenden Preisen, sondern zur unverzüglichen Verhängung eines massiven Importzolls durch den damaligen Handelsminister Ehud Olmert. Die Folge: Der Markt ist durch die Zölle so weitgehend abgeschottet, das sich am Qasi-Monopol Dankners auf dem Zementmarkt nichts geändert hat.

Mittlerweile haben sich allerdings die Zustände in der israelischen Wirtschaft insgesamt so weit zugespitzt, dass sogar Regierungschef Benjamin Netanjahu angekündigt hat, die „Konzentration der Macht“ beschränken zu wollen. Bisher war er eher als vorbehaltloser Anhänger von Liberalisierung und Privatisierung bekannt gewesen. Zunächst hatte er die Protestbewegung als „populistische Welle“ abgetan. Erst als er damit selbst im eigenen Lager und bei der israelischen Mittelschicht angeekelt war, ruderte der Premier zurück.

Norman Hanert

Mehr Öl als Verstand

Eingleisige Wirtschaft und Kapitalflucht stürzen Russland in die Krise

Seit Anfang des Monats können die Russen nicht mehr per Kreditkarte US-Dollars oder Euros aus Bankautomaten ziehen. Auch an Bankschaltern sind Valutaauszahlungen häufig rationiert, nachdem die Russen allein im März für 55 Milliarden Rubel Euro kauften. Davor begehrten sie Dollars, von denen sie seit Januar 2011 über 120 Milliarden außer Landes schafften. „Patriotische“ Zeitungen grollen bereits: „Die Leute kaufen die Valuta potenzieller Feinde“.

Russland steht vor einer neuen Krise seiner eingleisigen Wirtschaft, die allein auf Gas und Öl fußt und damit „in hohem Maße von den Weltrohstoffmärkten abhängt“, wie Staatspräsident Wladimir Putin jüngst klagte. Die russische Finanzplanung zielte auf einen Ölpreis von 115 Dollar pro Barrel, aber schon im Mai lag dieser bei 90 Dollar, was in Zusammenwirken mit steigenden Budgetausgaben und sinkendem Vertrauen ausländischer Investoren die russische Angst auslöste. „Die Banken im Westen räumen uns keine Kredite mehr ein“, klagte Ex-Finanzminister Aleksej Kudrin, während sein aktueller Nachfolger Anton Siluanow 500

Milliarden Rubel für „Antikrisenmaßnahmen“ bereitstellte, obwohl nur ein – indes illusorischer – Barrelpreis von 160 US-Dollar hilfreich wäre.

Weitere Mängel nannten Ende Juni beim „Petersburger Wirtschaftsforum“ acht neue Minister ganz offen. Energieminister Aleksandr Nowak berichtete: „Unsere

Korruption verursacht Schäden in Billionenhöhe

Ölförderung ist um ein Drittel von 500 Millionen Tonnen auf 370 Millionen zurückgegangen“. Wirtschaftsminister Andrej Belousow dagegen beklagte eine monatliche Kapitalflucht von zehn Milliarden Dollar und Bildungsminister Dmitrij Liwanow stellte resigniert fest, Russland habe „in den letzten 20 Jahren jede Konkurrenzfähigkeit in der Wissenschaft verloren“. Härter urteilen Wirtschaftsexperten, allen voran der unabhängige Wladislaw Shukowski: Russlands einseitige Orientierung auf Öl und Gas habe zu einer „Entindustrialisierung“

KURZ NOTIERT

EZB senkt Anforderungen für Kreditsicherheiten weiter ab: Erneut will die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Anforderungen an Sicherheiten, die Banken im Gegenzug für Kredite der Notenbank hinterlegen müssen, lockern. Künftig sollen auch verbrieft Hypothekenkredite mit geringer Bonitätseinstufung als Sicherheit für Zentralbankkredite akzeptiert werden. Von der neuen Regelung werden vor allem die spanischen Banken profitieren, die eine Vielzahl derartiger Kredite in den Büchen haben. *N.H.*

Reeder in Not: Die Commerzbank und die HSH Nordbank haben den Ausstieg aus dem Geschäft mit Schiffsfinanzierungen angekündigt. Damit fehlen der Schifffahrtsbranche zukünftig die beiden wichtigsten Kreditgeber. Im vergangenen Jahr hat die Branche weltweit einen Verlust von 5,2 Milliarden US-Dollar eingefahren. Zuletzt reichten die Erlöse im Containergeschäft nicht einmal mehr aus, den Treibstoff zu bezahlen. Die Betreiber von Containerschiffen können sich nur durch ein Geflecht von Krediten über Wasser halten. Das ist nun durch den Rückzug der beiden Schiffsfinanzierer gefährdet, so dass die Reeder auf staatliche Unterstützung hoffen. *J.H.*

Russische Ingenieure schlagen Alarm: Die Zahl der Wohnhäuser in Russland, die sich in baufälligem oder gar stark einsturzgefährdetem Zustand befinden, ist rapide gestiegen. Laut Informationen des Russischen Ingenieursvereins in den vergangenen 20 Jahren sogar um 31 Prozent jährlich. Etwa 40 Prozent der maroden Gebäude stammen aus der Sowjetzeit. Besonders schlimm ist die Lage in Städten des Ural und Sibiriens, aber auch in Dagestan und in der Wolgaregion geht von zahlreichen Wohnhäusern Gefahr aus. Die russische Regierung hat für dieses Jahr umgerechnet 85 Milliarden Euro für grundlegende Sanierungen veranschlagt. Fachleute gehen jedoch davon aus, dass 146 Milliarden vonnöten wären, um auch die Infrastruktur in den betroffenen Orten wieder herzustellen. *MRK*

geführt, die seit 2005 3,9 Millionen Arbeitsplätze gekostet habe. Undenkenbar, meint Andrej Illarion, Ex-Berater von Präsident Putin. Russland, so Illarion, stecke in einer umfassenden Rezession, seine aktuelle Krise werde „weniger tief als die letzte sein, aber länger dauern“.

Einig sind sich Experten und Politiker hinsichtlich der verheerenden Rolle der Korruption, deren Schäden nur in Rubel-Billionen zu messen sind und 43 Prozent aller Staatsaufträge belasten. Hinzu kommt die Schwarzarbeit in Höhe von 15 Billionen Rubel oder 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Doch schlimmer geht's immer. Jurij Magarschak, Physiker aus St. Petersburg, der seit 1988 in den USA lebt, rügt, dass Russland seine (noch) hohen Öl- und Gasprofite sinnlos an Oligarchen vergeude, somit innerlich und auswärtig destabilisierend wirke und sich den Finanziers des islamischen Terrors annähere. Das hat westliche Industrieländer auf alternative Energien gestoßen, beispielsweise den nunmehr rentablen Ölschiefer. Wird Russland die „Ölschieferrevolution“ verlieren, kann es inserieren: „Biete Öl, suche Verstand!“ *Wolf Oschlies*

Verirrung

Von Manuel Ruoff

Das für uns alles, was mit Krieg zu tun hat, negativ besetzt ist, ist im Angesicht der verlorenen Weltkriege ebenso verständlich, wie es notwendig ist zu respektieren, dass andere Nationen ihre Kriegssiege feiern. Was nun aber aus Anlass des Beginns – nicht etwa des siegreichen Endes – des sogenannten Vaterländischen Krieges (Napoleons Russlandfeldzug von 1812) im Königsberger Gebiet stattfand, ist schlichtweg eine Geschmacksverirrung und der Russen nicht würdig. Russlands Sieg über Frankreich brachte die Kriegswende in den napoleonischen Kriegen und damit uns Deutschen die Befrei-

ung vom napoleonischen Joch. Aber bevor es dazu kam, erlebten die Russen, nachdem die Grande Armée die Memel überschritten hatte, erst einmal Monate größten Leides und wüstester Zerstörung eigenen Landes. So sollten die Russen schon aus reiner Selbstachtung und Respekt vor ihren eigenen Opfern darauf verzichten, den Beginn des französischen Überfalls auf das Zarenreich zum Anlass für eine große Show im US-Stil zu nehmen. Im Gegensatz zu Uncle Sam, der es gewohnt ist, Kriege anderswo zu führen, sollte dem Iwan eigentlich noch bewusst sein, was ein Krieg im eigenen Land bedeutet.

Na endlich!

Von Andreas Clemens

Na endlich, möchte man erleichtert ausrufen! Das erlahmte Wiederaufbauprojekt der Potsdamer Garnisonkirche erhält neuen Schwung! Eine jüngst überwiesene Großspende gibt den Initiatoren der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche (FWG) das nötige materielle Rüstzeug, vor allem aber lässt die neugewählte Spitze des Vereins einen hoffnungsfroh nach der Maurerkelle greifen.

Auf den farblosen bisherigen Vorsitzenden der FWG folgt mit Oberst Burkhard Franck einer, der der Richtige ist. Und man fragt sich, warum er nicht längst schon den Leitungsposten übernommen hat. Wahrscheinlich war der langjährige Schriftführer der FWG einfach zu bescheiden. Dabei ist der zurückhaltende Franck ein Mann der ersten Stunde, einer, der schon die Vision eines Wiederaufbaus entwickelte, als

Deutschland noch durch Mauer und Stacheldraht geteilt war. Menschen, die ihn kennen, werden den früheren Standortältesten der Bundeswehr in Potsdam vor allem als eines beschreiben: als integer. Franck ist einer, der nicht wegen Prestige und Karriere sich an eine Sache hängt, sondern die Garnisonkirche im Herzen trägt. Zudem ist er nicht dadurch aufgefallen, die neue Zivilreligion der politischen Korrektheit zu bekennen. Nach seiner Wahl sprach er sich für eine möglichst originalgetreue Rekonstruktion des preußischsten aller Gotteshäuser aus – was war nicht alles schon an Verunstaltungen im Gespräch! –, erteilte einer Umdeutung in ein internationales Versöhnungszentrum eine Absage – „spielt längst keine Rolle mehr“ – und plädierte für die „Versöhnung mit der eigenen deutschen Geschichte“. Sehr richtig. Die PAZ wünscht gutes Gelingen!

Unterlassene Hilfeleistung

Von Rebecca Bellano

War es nur ein kurzes Aufflammen oder werden sich immer mehr Medien bewusst, dass sie als sogenannte Vierte Gewalt eine wichtige Funktion in der Demokratie haben und zudem auch von ihr profitieren? So äußerten sich kurz vor der Abstimmung über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Bundestag und Bundesrat hatten sich längst für ihr Ja zum ESM entschieden, allenfalls bezüglich des daran geknüpften Fiskalpakts gab es politisch

gehoben, dass sich der ESM nicht gut mit unserem Verständnis von Demokratie vertrage. Doch all diese Warnungen kamen zu spät. Die meisten Mitglieder im Bundestag und Bundesrat hatten sich längst für ihr Ja zum ESM entschieden, allenfalls bezüglich des daran geknüpften Fiskalpakts gab es politisch

gehoben, dass sich der ESM nicht gut mit unserem Verständnis von Demokratie vertrage. Doch all diese Warnungen kamen zu spät. Die meisten Mitglieder im Bundestag und Bundesrat hatten sich längst für ihr Ja zum ESM entschieden, allenfalls bezüglich des daran geknüpften Fiskalpakts gab es politisch

tisch legitimiert sei und dass einer der vorderen Artikel im ESM-Vertrag zwar eine begrenzte Haftung für Deutschland zusage, rund 20 Artikel später allerdings dies wieder aufgehoben werde. Das Wissen also war da. Warum aber die Zurückhaltung? Wollten die Medien den politischen Abstimmungsprozess nicht erschweren? Doch warum sollten sie dies tun? Sie sollen doch die Politik kontrollieren, nicht stützen.

Im Grunde sehen sich wohl unterbewusst viele Medienvertreter selber als Teil des politischen Establishments und wollen es sich mit den Herrschenden nicht verderben. Kritisiert wird allenfalls auf dem Niveau, wie es eine Oppositionspartei macht, doch das große Ganze wird nicht infrage gestellt. Vielleicht mag manche Journalisten aber auch die Angst be-

wegen, als unseriös zu gelten, wenn sie zu drastisch die Folgen des ESM benennen. Doch ist es schon „Bild“-Niveau einen Verfassungsbruch an hervorgehobener Stelle auch als Verfassungsbruch zu bezeichnen? Allerdings ist es auch nicht politisch korrekt den ESM, der Teil der Euro-Rettung ist, als Gefahr zu bezeichnen. Schließlich bedeute der Euro doch Frieden und wer sich gegen den Euro stelle, der wolle eben Krieg, so das von der Politik vorgegebene Dogma, das nicht infrage gestellt werden soll. Wer das doch tut, ist eben ein Rechtspopulist, so die veröffentlichte Meinung.

Daher ist es unwahrscheinlich, dass die Medien, wenn es zu einer Volksabstimmung wegen des ESM kommt, für die Demokratie und somit gegen den ESM zu Felde ziehen. Dies wiederum dürfte durchaus Folgen auf das Ergebnis des Entscheides haben, denn es sind die Medien, über die sich die Bürger informieren.

Medien verraten die Demokratie



Wichtige Aufgabe: In der Schule lernen Kinder, dass Medien in einer Demokratie auch die Herrschenden kontrollieren sollen. Bezüglich des ESM haben die meisten zwar die Fakten und die Gefahren für die Demokratie benannt, doch in den Kommentaren wurden die Folgen stets als hineinbar bezeichnet, schließlich ginge es ja um den Euro.

Bild: pa

Kaum ist Angela Merkel, auf wundersame Weise unverletzt und unausgeschlafen, aus Paris und Brüssel zurück im Bundestag, setzen sich die politischen Schaumacher in Bewegung. War der Auftritt der Kanzlerin eine Niederlage? Kommt jetzt die Lösung der Krise? Kommen der Fiskalpakt, die Bankenunion? Die Euro-Bonds? Wurde die Kanzlerin über den Tisch gezogen? Was sagt der meistens ungefragt redende SPD-Genosse Martin Schulz vom Europa-Parlament? Was sagen Barroso und Juncker, was die spanischen und italienischen Ministerpräsidenten, haben sie über die Kanzlerin triumphiert? Wenn das am Montag abend von dem ewig grundlos gut gelaunten Frank Plasberg in „Hart aber fair“ noch nicht genügend diskutiert wurde, wird es garantiert am Dienstag bei Markus Lanz und am Mittwoch bei Anne Will vertieft. Ich schreibe diese Kolumne vorher, aber der Ablauf steht so fest wie die Absicht der Talkmaster, das Publikum auf keinen Fall zu informieren. Eher auf sanfte Weise dumm und dämlich zu quasseln, bis niemand mehr irgendetwas durchschaut. Also: Wie gut ist der ESM für den Euro und Europa? Nicht: Wer wird das bezahlen? Und: Ist der Euro nun gerettet? und nicht: War der Euro überhaupt eine gute Idee? Werden sich „die Märkte“ beruhigen? Und nicht: Wer sind die „Märkte“? Sitzen sie in einem Haus mit Telefonen? Haben sie Farbe, Geruch und eine Adresse? Wann kommen die Euro-Bonds? Und nicht: Wie kann man die Euro-Bonds verhindern?

Um den Anschein zu erwecken, dass man eine ausgewogene, pluralistische Sendung anbietet, die alle Seiten ausreichend zu Worte kommen läßt, läßt man die Gäste ein – zwei kraus, zwei glatt, zwei links, zwei rechts und noch einen

Moment mal!



skurril gekleideten Spinner oder Schriftsteller oder Lebenskünstler dazu. Alles sehr ausgewogen. Würde man denken, wenn man vom Mond käme. Ist aber auf der Erde in deutschen Talkshows anders. Wen also läßt man ein, sagen wir, zur Frage der Euro-Krise? Zunächst einen Hardliner von Grün-Rot, Minister oder Grünen-Vorsitzenden, gut erholt, gesund, dynamisch, redegewandt, man könnte auch sagen, demagogisch. Typ Trittin oder Gabriel. Dann ein Gegenspieler von rechts, ja – woher nehmen? Am Ende läuft es dann auf Wolfgang Bosbach hinaus, wenn der absagt, läßt man eben Arnulf Baring ein, der von Mal zu Mal resignierter lächelt, so oft hat er Selbstverständlichkeiten geduldig vor tauben Ohren schon wiederholt. Einen Typen, der jung, gut erholt, redegewandt, notfalls auch mal demagogisch wäre wie von Guttenberg, hat

man in der CDU und der FDP nicht mehr zu bieten. Sie sind in der Koalition längst ausgeschaltet worden. Dann kommen die sogenannten Experten. Ein Finanz-Experte, der bei näherem Hinsehen eher links oder grün gestimmt ist, aber einen ausgewogenen, geradezu wissenschaftlichen Ton anschlägt und eine sympathische, vertrauenerweckende Miene aufgesetzt hat. Als Gegenspieler ein Vertreter der Banken oder der „Märkte“, der schon äu-

ßerlich einen ungünstigen Eindruck macht (so einen findet man leicht) und, ein bißchen hart angefaßt, sich provozieren läßt („Lassen Sie mich doch bitte ausreden!“) und schnell beim Publikum durchfällt. Und nun kommt der fünfte Diskussionsteilnehmer. Wetten – es ist eine Frau, jung, aufgekratzt und gut drauf, mit Bubikopf-Frisur aus den 20er Jahren, flotter Feger, meistens von der Linkspartei oder der „Grünen Jugend“ oder den Piraten. Die Talkshow ist gelaufen. Und die nächste dieser Art kommt bestimmt. Von Plasberg, Anne Will, Günter Jauch oder Maybrit Illner.

Junge Grüne hin und flotte Piratinnen her! Aber das ständige, absurd disproportionierte Auftreten von Vertretern der Linkspartei ist so auffällig, als wenn es System hätte. Ist nicht die dreimal umbenannte SED – mit dem Vermögen, den Mitgliedern, der Infrastruktur und meistens auch mit der Ideologie der SED – auch unter ihrem vorläufig letzten Namen eine verfassungsfeindliche, nicht umsonst in mehreren Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtete Partei? Mehr und mehr wird die Bekämpfung des Extremismus an allen Ecken und Kanten unserer Republik gefordert, oft und gerade von den ganz Jungen mit glühendem Eifer und glaubhaftem Zorn. Aber nur von wenigen Politikern, meist aus Bayern, wird mehr oder weniger zaghaft hinzugefügt, dass man den Extremismus von rechts und links gleichermaßen bekämpfen

müsse. Gegen die Gewalt, mit den Autonomen? Haut die Glatzen, bis sie platzen! und Autos abfackeln und Kampf gegen den Patriotismus durch Abknicken und Verbrennen der Deutschlandfahnen? Mit Honeckers Erben und Stalins Verehrern gegen die Rechtsextremen? Mit dem Bock als Gärtner? Kampf gegen den Extremismus – mit der Antifa? Seit Hannah Ahrend sollten wir wissen, dass der Kampf gegen den Totalitarismus unteilbar ist.

Entweder – oder. Sagen wir das unseren jungen, glühenden, zornigen Kämpfern für die Menschenrechte und die Demokratie. Der Kampf gegen die Gewalt und für die Menschenrechte ist unteilbar. Stalin und Hitler sind keine Vorbilder. Sie sind Geschichte, schlimm genug, das muss auch Sahra Wagenknecht lernen, bevor sie in der nächsten Talkshow laut als Loblied auf den Sozialismus singt und ihre große Wertschätzung für Stalin still verschweigt. Ein offenes Wort wäre erforderlich und auch nützlich für die umbenannte SED. Findet sicher auch ihr Lebensabschnittsgefährte Oskar, der nie was mit Stalin am Hut hatte. Thema für die nächste Sendung?

Unsere politischen Talkshows werden allmählich gefährlich. Langweilig waren sie schon immer. Aber durch die wunder-

same Vervielfachung seit einem Jahr läuft die ganze Woche – sogar am Sonntag – jeden Abend zur besten Sendezeit eine politisch einseitige Propaganda-Sendung. Das ist frech, denn es gibt ja auch einen öffentlichen Auftrag der Anstalten zur Information – und den bezahlen wir mit unseren Gebühren. Dieser Auftrag kann nicht nur durch flächendeckende Fußballreportagen und Berichte über Naturereignisse erfüllt werden, er schließt grundsätzlich auch politische Information ein. Information, nicht Desinformation. Linksdrehende Propaganda und Ablenkung durch Nonsense (wie „Alle Deutschen sind Antisemiten“ oder „Dem Sozialismus gehört die Zukunft“) oder Verbreitung von offenkundigem Unfug („Deutschland muss die Schulden der Welt zahlen, weil wir Hitler gewählt haben“) sind das Gegenteil von Information – Desinformation. Trotz heftiger Bemühungen

besonders der Neukommer wie Günter Jauch oder Frank Plasberg, sich und ihrer Talkshow ein besonderes Profil zu verleihen, ist, wenn man ehrlich ist, ein Unterschied zwischen den Sendungen im schnellen Ablauf der Wochentage kaum auszumachen. Alle Talkshows haben sich heute zu einer gewissen Gleichförmigkeit abgeschliffen. Gestartet als politischer Klönschnack mit Unterhaltungswert und viel gutem Willen zur Demokratie, ist heute der Unterhaltungswert dieser Sendungen null und der gute Wille purer Eigenpropaganda gewichen. Die Macher selbst mögen sich sogar einbilden, kolossal unterschiedlich und einmalig zu sein. Geschenkt. Einmalig sind wir alle. Nur ahnen sie kaum, dass wir – und das ist die Mehrheit der Deutschen – sie einmalig satt haben. Wie satt, das steht in keiner Quoten-Meldung. Es gibt auch zähneknirschende Zuschauer.

Ausgewogen und für zu leicht befunden

Von KLAUS RAINER RÖHL

Linksdrehende Propaganda und Nonsense statt seriöser Information

Es wird dumm und dämlich gequasselt, bis niemand mehr etwas versteht

Schlossherren verzweifelt gesucht

Vor allem das Land Mecklenburg-Vorpommern wirbt aktiv um Investoren, um so den Verfall der Herrenhäuser aufzuhalten

Zwar haben im Norden der ehemaligen DDR viele herrschaftliche Bauten den Vernichtungsfeldzug der SED überdauert, doch nun verfallen viele trotzdem. Selbst bereits verkaufte Schlösser werden zu Ruinen, da sich ihre Käufer verschätzt haben und die Region nicht noch weitere Schlosshotels benötigt.

„Wer hat von uns nicht schon einmal davon geträumt, in seinem eigenen Schloss fürstlich zu residieren, als Gutsbesitzer über Ländereien zu verfügen und diese ganz nach seinem Willen zu nutzen. Jetzt haben Sie die Gelegenheit“, warb 2010 der damalige Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern, Jürgen Seidel, in dem Investorenkatalog „Nicht nur ein Traum – sondern die Verwirklichung Ihrer Träume“. Und wenn es heißt „Werden Sie Teil der Geschichte. Verwandeln Sie historische Häuser in Projekte mit Zukunft“ oder „Zahlreiche geschichtsträchtige Schlösser und

Sowjets wollten Tradition auslöschen

Gutshäuser ... warten darauf, von neuem Leben erfüllt zu werden. Von Ihren Visionen, von Ihren Ideen, von Ihren Plänen, von Ihnen!“, dann kann so mancher an historischer Architektur Interessierte schnell schwach werden. Leider ist dies auch vielen passiert und so stehen so manche nach der „Wende“ verkaufte Schlösser und Gutshäuser bereits wieder zum Verkauf. Denn es ist keineswegs so, dass man als „Gutsbesitzer über Ländereien“ verfügen kann.

Bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges taten die Sowjets in dem von ihnen besetzten deutschen Landesteilen alles, um vorhandene Traditionen zu tilgen. So erließ die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mehrere Befehle, deren Ziel offiziell die Gewinnung von Baumaterial war. In einem internen Vermerk zu Baubefehl 209, der bis Ende 1948 die Errichtung von 37 000 Neubauernhöfen vorsah, heißt es allerdings: „Die Umgestaltung des Dorfgesichtes durch den Baubefehl muss helfen, die alte Tradition und Unterwürfigkeit und die damit verbundene Ideologie des Gehorchens auch von außen her zu zerstören.



Gutshaus Pinnow: Das ungewöhnliche Herrenhaus von 1869 ist vom Verfall bedroht

Bilder: www.schloss-kaufen.com, www.gutsdorf.de

Darum müssen die Herrenhäuser und Gutshöfe fallen.“ Offenbar war es aber mit dem Gehorchen gar nicht so weit her, denn von vielen Seiten kam Widerspruch. So hieß es unter anderem, die Gewinnung von Baumaterial aus derart alten Gebäuden sei nicht effizient, da das Material bei Entnahme oft zu Staub zerfalle. Aus den Steinen aller Herrenhäuser auf dem Gebiet der SMAD seien höchstens 1614 Neubauernhöfe zu errichten, so eine Berechnung. Zudem sei nicht geklärt, wo die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ostdeutschland, die in den herrschaftlichen Häusern Zuflucht gefunden hätten, bei Abriss untergebracht werden sollten.

Während sich im kleinbäuerlich geprägten Sachsen der Widerstand in Grenzen hielt, verhinderten die Mecklenburger und Vorpommern die Zerstörung ihres Landschaftsbildes relativ erfolgreich. So stehen auch heute noch in dem Bundesland zwischen 1800 und 2100 Gutshäuser und Schlösser. Doch ein großer Teil ist

vom Verfall bedroht, daher der Versuch der Politik, Investoren anzulocken.

Nur diese können eben die Gutshäuser nicht mehr im herkömmlichen Sinne als Sitz eines landwirtschaftlichen Betriebes nutzen, da politisch motivierte Kampagnen in der DDR wie „Junkerland in Bauernhand“ und die

spätere Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) die Immobilien von der landwirtschaftlichen Fläche getrennt haben. Die Häuser wurden als Waisenhäuser, Schulen, Kinderheime, Krankenhäuser oder anderweitig genutzt, der Grund und Boden ging erst an die Neubauern, später an die LPGs.



Käufer gesucht: Das Herrenhaus von Fincken im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte war zu DDR-Zeiten ein Erholungsheim des Halleschen Baukombinats. Nach der „Wende“ zog für kurze Zeit ein Hotelbetrieb ein, dann ein Altersheim. Nun steht es seit mehr als zehn Jahren leer

Mit seinen Büchern verbrannte auch seine Karriere

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten versuchte der Schriftsteller Karl Jakob Hirsch vergeblich in den USA einen Neuanfang

Der am 13. November 1892 in Hannover als Sohn eines jüdischen Arztes geborene Karl Jakob Hirsch hatte sich schon früh in der Berliner Kunstszene als expressionistischer Zeichner und Grafiker sowie als Bühnenbildner an der „Volksbühne“ einen Namen gemacht. Dennoch war er Mitte der 20er Jahre zu dem Entschluss gekommen, künftig „in Worten produktiv sein zu wollen und nicht mehr in Farben“, da er hierin seine eigentliche Begabung sah.

Fortan publizierte Hirsch verstärkt Kurzgeschichten sowie kunst- und kulturkritische Aufsätze. 1931 schließlich gelang ihm mit seinem im renommierten S. Fischer Verlag herausgegebenen Erstlingswerk „Kaiserwetter“ sein literarischer Durchbruch als Romanautor.



Karl Jakob Hirsch

Bild: Archiv

Das Werk erinnert an Döblins kurz zuvor erschienenen Roman „Berlin Alexanderplatz“, mit dem es auf eine Stufe gestellt wurde. Wie dieser ist auch Hirschs „Kaiserwetter“ ein gesellschaftskritischer Großstadtroman. Allerdings

spielt sich das Romangeschehen nicht in der Zeit der Weimarer Republik ab, sondern umfasst die letzten zwei Jahrzehnte der Vorkriegszeit, als Deutschland unter Wilhelm II. noch Kaiserreich war. Auch ist als Schauplatz der Handlung nicht die deutsche Metropole, sondern die preußische Provinzhauptstadt Hannover gewählt. Hirsch wollte deutlich machen, dass sich bereits im Wilhelminischen Reich – aller Selbstgefälligkeit und allem naiven Fortschrittsglauben weiter Bevölkerungskreise zum Trotz – moralische und politische-gesellschaftliche Auflösungsprozesse abspielten.

Kaum waren die Nationalsozialisten an der Macht, wurde im Rahmen einer im Mai 1933 im Berliner Lustgarten inszenierten Bücherverbrennung unliebsamer Autoren auch Hirschs „Kaiserwetter“ pathetisch „den Flammen

übergeben“. Noch im gleichen Jahr untersagte ihm die Reichsschrifttumskammer als nicht „reinblütigen Deutschen“ jede weitere Tätigkeit als Schriftsteller und Journalist. Damit war, kaum dass Hirsch angefangen hatte, sich in Deutschland als Dichter zu etablieren, bereits das Ende seiner schriftstellerischen Laufbahn eingeläutet: „Meine Wünsche und meine Sehnsucht wurden eingengt, sie starben, bevor ich aus ihnen das machen konnte, was mir Leben bedeutete: meine Kunst ... Ich hatte in Deutschland nichts mehr verloren.“

Ende Juni 1936 setzte sich Hirsch mit der Familie zunächst in die Schweiz ab, um dann im folgenden Jahr in die USA zu emigrieren. Wie so viele andere deutsche Emigranten tat sich auch Hirsch schwer, in Amerika Fuß zu fassen. Seine wirtschaftlichen

Verhältnisse besserten sich erst, als er 1942 eine Stelle bei einer Kriegsbehörde antreten konnte, nachdem er im Jahr zuvor die US-Staatsbürgerschaft erhalten hatte. Seine Ehe allerdings brach im Exil auseinander.

Im Exil fand der Atheist zu Gott

Die bittere Erkenntnis, dass er sich als Schriftsteller in der Emigration nicht entfalten kann, all die Mühsale des Gelderwerbs in einem Land, in dem der Wert eines Menschen vor allem nach seinem Einkommen taxiert wird, schließlich Zerwürfnis und Scheitern seiner Ehe sowie eine ihn erfassende lebensgefährliche Erkrankung – dies alles trieb Hirsch in eine tiefe Lebens- und Identitätskrise. Sie

die Sanierung dürften allerdings zwischen zwei und drei Millionen Euro betragen, je nach geplanter Nutzung, so Cornelia Stoll.

In den 90er Jahren war die Nutzung als Schlosshotel der Renner. Doch irgendwann gab es in einigen Regionen eine Überversorgung beziehungsweise manche waren auch zu einsam gelegen, sodass die ersten wieder Pleite gingen. Manchen Neu-Eigentümern ging sogar schon gleich nach dem Erwerb das Geld aus, die Sanierung blieb aus, die Gebäude verfielen und die Gemeinden und Denkmalschutzbehörden hatten kaum Zugriffsmöglichkeiten. Zu viele Kommunen hätten sich aber auch von den Erwerbern und ihren Versprechen auf Arbeitsplätze blenden lassen, ohne die Bonität zu prüfen, so Andreas Handy, Leiter der Europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern gegenüber der PAZ. Seit 13 Jahren veranstaltet er jährlich eine Seminarreihe zur Erhaltung von Gutsanlagen,

»Junker«-Erben haben es besonders schwer

zu der immer um die 150 Interessierte kommen.

Peter von Oertzen gehört einer Minderheit von Käufern an, vor der manche ehemalige SED-Kader noch immer Angst haben. Nach der „Wende“ kam er gleich, um sich in Roggow das Herrenhaus anzuschauen, das einst seiner Familie gehörte und wo seine Großeltern nach Drangsalierungen durch die sowjetische Besatzungsmacht Selbstmord begingen. 1990 stand das Gebäude gerade leer, die zwölf Mietparteien und der „Konsum“-Supermarkt waren ausgezogen, weil hier ein Kindererholungsheim dreier LPGs entstehen sollte. Doch dann kam die „Wende“ – und von Oertzen, der sein Erbe teilweise zurückkaufte. „Die Landwirtschaft nicht, das war politisch auch nicht gewollt. Die Treuhand wollte keines der angebotenen Nutzungskonzepte annehmen“, so der Grundbesitzer gegenüber der PAZ. Nach aufwendiger Renovierung nutzt von Oertzen einen kleinen Teil des Herrenhauses selber, ein Teil beherbergt Ferien-, ein anderer Mietwohnungen, hinzu kommt ein Festsaal. Und so führt von Oertzen nach einem persönlichen Kraftakt eine 800 Jahre alte Tradition fort und verwaltet seine Familienbesitz wieder. *Rebecca Bellano*

führte dazu, dass er, ein bis dahin überzeugter Atheist, sich dem Christentum zuwandte und sich Karfreitag 1945 in einer presbyterianischen Gemeinde taufen ließ. Bereits ein Jahr später erschien sein Bekenntnisbuch „Heimkehr zu Gott“, in dem er „in Briefen an meinen Sohn“ seine Lebensgeschichte und seinen Weg zum Christentum beschreibt.

Nach dem Krieg kehrte Hirsch wieder nach Deutschland zurück. Hier musste er erfahren, dass er als Schriftsteller im Nachkriegsdeutschland nicht mehr gefragt war. Auch sagte ihm, der politisch stets links ausgerichtet war, die politische und gesellschaftliche Entwicklung der sich etablierenden Bundesrepublik nicht zu. Verbittert verstarb er am 8. Juli 1952 im Alter von noch nicht einmal 60 Jahren in München.

Matthias Hilbert

»Ein großer Mann, den man Katharina nennt«

Die Zarin aus Deutschland wollte Russland nach Voltaires Idealen der Aufklärung regieren – Adel stand der Realisierung im Wege

Katharina II. ist als einzige Herrscherin mit dem Zusatz „die Große“ in die Geschichte eingegangen. Sie gilt als die bedeutendste Persönlichkeit auf dem russischen Zarenthron. Sie wurde als Aufklärerin und Reformerin gefeiert, doch stießen ihr Egoismus sowie ihr Hang zu Luxus und Verschwendung auch auf Ablehnung. Vor 250 Jahren, am 9. Juli 1762, übernahm Katharina II. per Staatsstreich die Regierung.

Ähnlich wie dem Reformers Michail Gorbatschow mit seiner Perestroika Mitte der 1980er Jahre erging es vor 250 Jahren auch der russischen Zarin Katharina II., deren Ziel es war, einen aufgeklärten Absolutismus in Russland einzuführen: Beide scheiterten an der russischen Wirklichkeit.

Katharina regierte vom ersten Tag an nach festen politischen Prinzipien und Zielen, die den Idealen Voltaires, des Vordenkers der Aufklärung, mit dem sie einen regen Briefwechsel pflegte, entsprachen. Als Großfürstin, die sie durch die Eheschließung mit Peter III. geworden war, hatte sie in den 17 einsamen Jahren des Wartens während der unglücklichen Ehe mit dem Thronfolger die politiktheoretischen Werke von Montesquieu und Voltaire gelesen. Katharina galt als ungewöhnlich belesen und gebildet. Der belgische Diplomat und Schriftsteller Charles de Ligné nannte sie „einen großen Mann, den man Katharina nennt“.

In einem Land, in dem patriarchalische Autokratie zu den Grundelementen des traditionellen Herrschaftsverständnisses gehörte, musste die junge Frau sich – zudem als Ausländerin – erst durchsetzen. Das gelang ihr mit Bravour. Als Deutsche, die im protestantischen Elternhaus des preußischen Generals Christian August von Anhalt-Zerbst aufgewachsen war, gelang es ihr, die Herzen der Russen

zu gewinnen. Sie war als Prinzessin Sophie Friederike von Anhalt-Zerbst am 2. Mai 1729 im pomerschen Stettin zur Welt gekommen und galt als willensstark, lebhaft, intelligent und selbstbewusst.

zu einer preußenfreundlichen Politik zu animieren, schien aufzugehen. Sophie hatte den Ehrgeiz, russische Kaiserin zu werden. Deshalb nahm sie die Unzulänglichkeiten ihres künftigen Gatten, der nie

Gefahr. Katharina musste sich Demütigungen anhören und wurde der Spionage für Preußen beschuldigt. Die Kaiserin ließ die Eheleute überwachen. Peter und Katharina, die nie die Ehe miteinander vollzo-

te und den sie zu sich nahm. Saltykow soll der Vater sein. Katharinas Tochter Anna soll aus der Liaison mit Stanislaus Poniatowski, den Katharina als Stanislaus II. auf den polnischen Königsthron hob, hervorgegangen sein.

Demütigungen und Hofintrigen hatten die Großfürstin selbstbewusst gemacht. Sie gab sich als russische Patriotin und entwickelte sich zur zielstrebigen und gefürchteten Hofintrigantin. Sie, die ihrem Ehemann Peter in jeder Hinsicht überlegen war, wollte die Alleinherrschaft. Peters Unbeliebtheit als Preußenfreund spielte ihr in die Hände. Katharina suchte die Bekanntschaft der bei der Garde dienenden Brüder Orlow.

Als Elisabeth am Heiligabend 1761 starb, wurde Peter III. russischer Zar, doch schon im Juni 1762 begannen Vorbereitungen für seinen Sturz. Mithilfe der Garde gelang Katharina der Staatsstreich gegen Peter III., der am 6. Juli ermordet wurde. Ob Katharina am Mord beteiligt war, wurde nie geklärt. Am 9. Juli 1762 übernahm sie die Regierungsgeschäfte. Die neue Zarin wollte die moralischen Prinzipien der Aufklärer auf Russland übertragen. Sie war gegen die Leibeigenschaft, konnte sie aber aus Rücksicht auf den sie unterstützen den Adel nicht umsetzen. Zu gut

wusste sie, dass der nur durch Privilegien, Land und „Seelen“ (Leibeigene) zufriedenzustellen war. Dennoch bewirkte Katharina innenpolitische Änderungen im sozialen Bereich: Sie führte Schulen sowie Ämter mit sozialen Aufgaben ein und ließ eigene Ständegerichte für Adel, Städter und nicht leibeigene Bauern eröffnen. Ihre als liberales Gesetzesregelwerk angelegte „Große Instruktion“ scheiterte jedoch an den adeligen Mitarbeitern.

Um Abwanderungsbewegungen im Westen entgegenzuwirken, warb Katharina 1762/63 deutsche Kolonisten an, die in der Wolgaregion angesiedelt wurden. Während ihre Regentschaft außenpolitisch vom Sieg gegen die Türken auf der Krim und einer erfolgreichen Kolonialpolitik gekrönt war, kam es im Innern immer wieder zu Bauernaufständen. Es brauchte lange, bis Jemeljan Pugatschow, der als wiedergekehrter Peter III. einen großen Bauernaufstand anzettelte und behauptete, Peter habe die Leibeigenschaft abschaffen wollen, dingfest gemacht wurde.

Katharina sah sich in der Tradition Peters des Großen. Wie er scheute sie keine Strapazen, sich selbst ein Bild von Russland zu machen. Sie bereiste das Land. Obwohl sie schließlich vor den praktischen Problemen kapitulieren musste, rechtfertigte sie sich vor Kritikern, weil sie ihr Image als Voltaire Russlands im Westen retten wollte: „Das russische Kaiserreich ist so weitläufig, dass außer einem Selbstherrscher jede andere Regierungsform ihm schädlich wäre, denn alle anderen sind langsamer in der Ausführung und haben zahllose verschiedenartige Parteilichkeiten in sich, die zur Zerstückelung der Macht und der Kraft treiben, während der eine Herrscher, der das allgemeine Wohl als sein eigenes ansieht, alle Mittel zur Ausrottung aller Schäden hat.“

Manuela Rosenthal-Kappi



Sommerresidenz in Zarskoje Selo: Wie schon Zarin Elisabeth I. vor ihr, hielt sich auch Katharina II. am liebsten in dem barocken Landsitz der Romanows auf

Bilder (2): MRK, Archiv (rechts)

Weil Zarin Elisabeth I. selbst keinen Erben hatte, holte sie ihren Neffen Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp, den späteren Peter III., ins Land und bestimmte ihn zu ihrem Nachfolger. Peter war ein Freund Friedrichs II. von Preußen. Er machte keinen Hehl aus seiner Vorliebe für alles Preußische und seiner Verachtung gegenüber allem Russischen. Der Plan, Sophie mit Peter zu verheiraten, um Russland

ganz erwachsen wurde, in Kauf. Sophie lernte schnell die Sprache, trat 1745 aus innerer Überzeugung zum orthodoxen Glauben über. Damit erfreute sie die Kaiserin und verdiente sich die Anerkennung des Hofes. Die Hochzeit mit Peter wurde auf den 21. August 1745 festgelegt. Als sich auch nach sieben Ehejahren noch kein Kindersegen eingestellt hatte, wurde Elisabeth ungemütlich, sah die Thronfolge in

gen hatten, waren beide außerehe-lich aktiv. Peter erwies sich als zeugungsunfähig. Elisabeth beauftragte ihren Kanzler Alexej Bestuschew damit, Katharina zu bespitzeln. Die Großfürstin gewann den anfänglichen Feind bald als Verbündeten. Katharina war in den Kammerherrn Sergej Saltykow verliebt. Am 20. September 1754 gebar sie den ersehnten Thronfolger, den Elisabeth als legitimen Erben anerkannte.

gelang Katharina der Staatsstreich gegen Peter III., der am 6. Juli ermordet wurde. Ob Katharina am Mord beteiligt war, wurde nie geklärt. Am 9. Juli 1762 übernahm sie die Regierungsgeschäfte. Die neue Zarin wollte die moralischen Prinzipien der Aufklärer auf Russland übertragen. Sie war gegen die Leibeigenschaft, konnte sie aber aus Rücksicht auf den sie unterstützen den Adel nicht umsetzen. Zu gut

Victoria machte ihn zur Herrscherresidenz

Mit dem Umzug nach Buckingham Palace begründete die Queen eine bis heute anhaltende Tradition

Das britische Staatsoberhaupt, zur Zeit Queen Elisabeth II., residiert im Buckingham-Palast. Das ist so, seit Victoria (1819–1901) nach ihrer Thronbesteigung am 20. Juni 1837 am 13. des Folgemonats vom Kensington- zum Buckingham-Palast umzog. Vorher hatten bereits diverse andere Schlösser beziehungsweise Burgen den Herrschern Englands als Residenz gedient.

Nachdem William the Conqueror (1027/28–1087) England erobert hatte, ließ er sich in London den Tower als Residenz errichten. Der letzte englische König, der im Tower of London übernachtet hat, war Heinrich VIII. (1491–1547). Während des

späten Mittelalters war der Westminster-Palast die Hauptresidenz der englischen Könige. 1529 zerstörte ein Feuer einen Teil des Gebäudes, woraufhin Heinrich beschloss, aus dem Palast auszuziehen.

Ein Jahr darauf erwarb er vom Erzbischof von York, Kardinal Thomas Wolsey (1475–1530), den benachbarten York-Palast und baute ihn unter dem neuen Na-

men Whitehall-Palast zu seiner Residenz aus.

1698 brannte Whitehall bis auf die Grundmauern nieder, woraufhin der Hofstaat in den St. James's Palace umzog. Bis heute ist das von 1532 bis 1540 durch Heinrich VIII. errichtete Gebäude protokollarisch bedeutungsvoll. Nach wie vor werden dort die ausländischen Botschafter akkreditiert

Buckingham und Normanby, dem Staatsmann und Dichter John Sheffield (1648–1721), als großes Stadthaus erbaut. 1761 erwarb König Georg III. (1738–1820) Buckingham Palace als private Residenz. Nun in königlichem Besitz wurde der Bau in den folgenden Jahrzehnten vor allem durch die Architekten John Nash (1752–1835) und Edward Blore (1787–

Standort in der Nähe von Speakers' Corner im Hyde Park am westlichen Ende der Oxford Street versetzt. Damit wurde Platz geschaffen für den unter Victoria nach Plänen des Architekten Edward Blore errichteten vierten Flügel, mit dem der Innenhof gen Osten zur Mall abgeschlossen wurde. Gebaut wurde der Flügel 1847 bis 1850, nachdem die Köni-

Zehn Jahre nach Victorias Tod wurde vor dem Schloss, das sie zum Hauptwohnsitz der britischen Monarchen erkoren hatte, und vor der Hauptfassade, die sie hatte errichten lassen, das Victoria Memorial enthüllt. Der Entwurf zu diesem vom Bildhauer Thomas Brock (1847–1922) ausgeführten 26 Meter hohen und aus etwa 2300 Tonnen Marmor bestehenden Monument stammte von Aston Webb (1849–1930). So wurde denn auch der spätere Präsident der Royal Academy of Arts mit der Aufgabe betraut, die Hauptfassade als Hintergrund für das neue Nationaldenkmal neu zu verkleiden. 1913 fand diese Umgestaltung statt, die denn auch die letzte erwähnenswerte ist.

Weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg verursachte nennenswerte oder gar irreparable Schäden. Und die traditionsbewussten Briten, von denen es heißt, dass sie nichts hätten außer einer Geschichte (im Gegensatz zu den Deutschen, die alles hätten außer einer Geschichte), tun gut daran, nichts an dem zu verändern, was aus für sie besseren Zeiten stammt und sie daran erinnert.

Manuel Ruoff



Im Auftrage Königin Victorias 1847 bis 1850 von Edward Blore errichtet: Hauptfassade des Buckingham-Palastes Bild: Mario modesto

und die neuen Monarchen proklamiert. Seit mittlerweile 175 Jahren haben die englischen Könige und Königinnen jedoch ihren Hauptwohnsitz im ebenfalls am St. James's Park liegenden Buckingham-Palast. Und ein nächster Umzug ist nicht in Sicht.

Als sich die junge Victoria für den Buckingham-Palast entschied, war dieser bereits 134 Jahre alt. 1703 wurde er vom 1. Herzog von

1879) erweitert. Bis zu Victorias Einzug war der Palast zu einem dreiflügeligen Bau mit Innenhof ausgebaut worden. Der Zugang erfolgte über die offene Ostseite durch den Marble Arch (Marmorbogen). Dabei handelt es sich um einen 1828 von John Nash nach dem Vorbild des Konstantinbogens in Rom entworfenen Torbogen aus weißem Carrara-Marmor. 1851 wurde er zu seinem jetzigen

gin 1839 Albert von Sachsen-Coburg und Gotha geheiratet und anschließend eine Familie gegründet hatte. Die Behausung einer Jungesellin wurde zum Familiendomizil mit heute 775 Räumen. Dieser repräsentative neue Ostflügel enthält auch den Balkon, auf dem sich die königliche Familie bei festlichen Anlässen wie beispielsweise Hochzeiten ihrem Volke zeigt und diesem zuwinkt.

Ein Leben für E- wie U-Musik

Wenn die US-Amerikaner etwas können, dann ist es Showbusiness. Wer von den etwas Älteren erinnert sich nicht an die Olympischen Spiele von 1984 in Los Angeles, als bei der farbenprächtigen und ereignisreichen Eröffnungsfeier auf 84 Flügeln die „Rhapsody in Blue“ gespielt wurde. Ihr Komponist, George Gershwin, brach vor 75 Jahren, am Morgen des 11. Juli 1937, an einem Flügel tödlich zusammen, Ursache: Gehirntumor. Damit endete nach nicht einmal 39 Jahren ein Leben, das sowohl der Unterhaltungs- als auch der ernsten Musik gewidmet war.

Der am 26. September 1898 in Brooklyn geborene Spross russisch-jüdischer Immigranten, der eigentlich Jacob Gershowitz hieß, erlernte im Elternhaus das Klavierspiel. Er wurde Pianist, spielte erst Fremdkompositionen, fing dann aber auch an, selber zu komponieren. Sein erstes veröffentlichtes Lied „When You Want 'Em You Can't Get 'Em“ machte 1916 den Broadway auf ihn aufmerksam. Die Folge waren diverse Musicals, die mit seinen Melodien berühmt wurden, aber eben auch die 1924 in New York uraufgeführte „Rhapsody in Blue“, ein Klassiker irgendwo zwischen Jazz und Klassik.

M.R.



Gershwin

Wie Lovis Corinth Friedrich den Großen sah

Der ostpreußische Künstler widmete dem Preußenkönig einen ganzen lithografischen Zyklus

Von je her waren Gegner wie auch Verehrer fasziniert von dem preußischen König Friedrich II., der schon zu Lebzeiten „der Große“ genannt wurde. Bedeutende Künstler schufen bis ins 20. Jahrhundert hinein Bilder des Ausnahmemonarchen. Einer von ihnen war Lovis Corinth, dessen Geburt und Tod sich diesen Monat zum 154. beziehungsweise 87. Mal jähren.

Der Maler Lovis Corinth sagte einmal von sich: „Ich fühle mich als Preuße und kaiserlicher Deutscher“. 1908 zeichnete er die Totenmaske des Königs. Ein Abguss hing später in seinem Atelier. Und 1915 schuf er ein Gemälde der Totenmaske. Eine Zeit lang hat er sich sehr intensiv mit dem Leben des Preußenkönigs beschäftigt. In einem im November 1920 geführ-

Corinth ging anders zu Werke als Adolph Menzel

ten Gespräch mit dem Herstellungs- und Redaktionsleiter des Kunstverlages Fritz Gurlitt in Berlin, Paul Eipper, erinnerte sich der Künstler an eine entscheidende Begegnung: „Ich bin ins Zeughaus gegangen, zum ersten Mal in meinem Leben. Hören Sie, das war großartig! Denken Sie, da komm ich in einen Saal, steht da eine blaue Uniform, ein Dreispitz, ein Krückstock, ich seh das so von weitem, undeutlich, denke gleich, das ist doch Friedrich der Große, wahrhaftig, als ich näherkam, stand's da: Das sind seine Kleider. Ich war ordentlich erschrocken vor Ehrfurcht ... Wie gut, dass das Museum keine Wachsköpfe hat machen lassen. So war's ja viel echter! Das war mir ein großer Genuss, meinen Sie nicht, ich sollte dort mal einen Rundgang machen?“

Wie sehr der Ostpreuße von dieser „Begegnung“ beeindruckt war, zeigt nicht zuletzt auch die Tatsache, dass er des Königs Uniform in seinen lithografischen Zyklus „Fridericus Rex“ aufgenommen hat. Paul Eipper war es, der dem Künstler vorschlug, einen solchen Zyklus zu schaffen, die Reihe fortzusetzen, die Corinth mit Götz von Berlichingen und Martin Luther begonnen hatte. Nach kurzem Zögern – er wolle sich nicht neben Adolph Menzel, die Autorität in Sachen Preußen, stellen – ging Corinth auf den Vorschlag ein. Im Laufe eines halben Jahres entstanden 45 Lithographien. Corinth an Gurlitt: „.... ohne Übertreibung kann ich es wohl ein Kolossal-Werk nennen.“

Corinth ist indessen ganz anders als Menzel zu Werke gegangen. Während Menzel historische Studien betrieb, las Corinth über den großen König etwa die sechsbändige Geschichte Friedrichs II. von Thomas Carlyle, die von 1916 bis 1918 in einer zweiten deutschen Ausgabe erschienen war. Auf rund 3500 Seiten erzählte Carlyle vom Leben des Königs. Zu Paul Eipper sagte Corinth: „Ein gutes Buch, aber manchmal scheußlich langweilig. Jetzt habe ich den ganzen Zimt in Kopf, und dann aufs Papier damit.“ Corinth machte sich so das Thema zu eigen und

drückte in den Bildern seine Sicht der Welt aus. „Corinth erreicht in der Mappe ‚Fridericus Rex‘ eine Unmittelbarkeit, indem er den

Blickpunkt auf der Ebene der Darstellung wählt und die Hauptakteure an den vorderen Bildrand rückt“, so Alexander Dückers in



Der alte König: Farblithographie von Lovis Corinth aus seinem Zyklus „Fridericus Rex“, Mappe 2

Bild: Archiv

Die Hanse selbst entdecken

Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg erweitert seinen Schwerpunkt

Portugiesische Hohenzollerin

Eine Hohenzollernprinzessin hat es bis zur Königin von Portugal gebracht, und zwar Stephanie Josepha Friederike Wilhelmine Antonia aus der in Süddeutschland und katholisch geliebten Nebenlinie Sigmaringen. Die Tochter des letzten regierenden Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen Karl Anton und dessen Ehefrau Josephine von Baden war nicht nur irgendeine portugiesische Königin, sondern genoss in der Heimat ihres Mannes Peter V. ein ähnliches Ansehen wie Königin Luise in Preußen. Der „Engel der Armen“ setzte sein bereits in Deutschland begonnenes karitatives Engagement in Portugal fort. Wie Luise verschied auch diese Königin früh, von Volk und Ehemann tief betrauert. Die am 15. Juli 1837 in Krauchenwies bei Sigmaringen geborene Schwester des rumänischen Königs Karl I. starb, gerade einmal 22 Lebensjahre alt, am 17. Juli 1859 in der Hauptstadt ihrer zweiten Heimat an Diphtherie. Anders als Luise war sie nur Landesmutter: Aus der nur ein Jahr währenden Ehe mit ihrem Ehemann sind keine Kinder hervorgegangen.

Manuel Ruoff



Stephanie

Sechs Jahrhunderte, nachdem der Hansetag erstmals in der Stadt stattgefunden hatte, richtete Lüneburg vom 28. Juni bis 1. Juli den 32. „Internationalen Hansetag der Neuzeit“ aus. Das hat das dortige Ostpreußische Landesmuseum zum Anlass genommen, um sich in einer Ausstellung mit dem Titel „Vertraute Ferne“ der „Kommunikation und Mobilität im Hanseraum“ zu widmen. Das erklärte Ziel der Ausstellungsmacher ist dabei weniger eine historische Überblicksdarstellung der „deutschen hanse“ als vielmehr herauszuarbeiten, wie die für einen mittelalterlichen Reisenden gewaltigen Entfernungen zusammenschumpften angesichts einer uns Heutigen überraschenden Dimension an Mobilität, Kommunikation und Kulturtransfer.

Hierzu wurden einmalige mittelalterliche Zeugnisse von über 40 Museen und Archiven aus sieben europäischen Ländern zusammengetragen, die erklären, wie die historischen Hansekaufleute trotz wochen-, teils monatelanger Reisen, ohne Internet und Telefon, reisen, handeln und kommunizieren konnten. Die mit rund 700 Jahren älteste erhaltene deutsche Elle, das wichtigste Längenmaß der Hanse, das allerdings nahezu in jeder Stadt unterschiedlich lang war, ist ebenso zu sehen wie die erste schriftliche Fixierung des Dortmunder Stadtrechts von 1250, als

unter Beteiligung von Dortmunder Bürgern die Stadt Memel gegründet wurde und ein Stadtrecht benötigte. Das für den Lüneburger Rat angefertigte Prunkkissen aus dem Jahr 1576 wird ebenso gezeigt wie der Schwurblock, auf dem Lüneburger Neu-Bürger ihren Bürgereid schwören mussten. Von dem Versuch, in Lüneburg schon im Mittelalter eine Universität zu gründen, zeugen die beiden für eine solche Gründung erteilten prachtvollen Genehmigungen von Papst und Kaiser aus den Jahren 1479 beziehungsweise 1471. Fast ein halbes Jahrhundert vor der Übersetzung durch Martin Luther existierte bereits eine wunderschöne Bibel in niederdeutscher Sprache. Sie ist ebenfalls im Ostpreußischen Landesmuseum ausgestellt. Mit Hilfe eines Exemplars eines Seebuchs und eines prachtvollen sogenannten Itinerars, einer Beschreibungen für Reisen über Land, werden die Gäste darüber aufgeklärt, wie damals ohne Kompass und GPS navigiert wurde. Für den ostpreußischen Museumsbesucher von be-

sonderem Interesse sind zwei Urkunden des Deutschen Ordens von 1475/77 aus dem Besitz des Lübecker Staatsarchivs, mit denen der Lübecker Rat die Zahlungen hoher Summen für Rohbernstein versichert, eine 1525 gedruckte Predigt, die der samländische Bischof Georg von Polenz Weihnachten 1524 im Königsberger

zum 31. August im Landesmuseum zu sehen sein wird, während die Ausstellung noch bis zum 14. Oktober läuft.

In sechs Themenbereichen wird beleuchtet, wie die hansischen Kaufleute bei oft wochenlangen Reise- und Transportzeiten ein funktionierendes Handels- und Kommunikationsnetz knüpfen konnten. Viele geografisch weit entfernte Hansestädte standen dem mittelalterlichen Reisenden durch die gemeinsame niederdeutsche Sprache, die Architektur der Backsteingotik oder durch die Verehrung derselben Heiligen kulturell näher als benachbarte Städte etwa im weiter südlich liegenden deutschsprachigen Raum. Bewusst werden aber auch gängige Klischees über die Hansezeit aufgegriffen und hinterfragt.

Der Rundgang führt ein in die räumliche Ferne der Hanse, ihre kulturelle Nähe, sie thematisiert den Transport der Handelsgüter und stellt Orte der Kommunikation wie auch die Mobilität der Menschen im hansischen Raum



Moderne Museumsmethoden: Fühlstation

Bild: OL

Die zusammengepressten Lippen zeigen die Entschlusskraft, die ihm dennoch innewohnt.

Im November 1921 war das Werk vollendet – Mappe 1 „Aus dem Leben Friedrichs des Großen“ erschien, es folgte Mappe 2 „König Friedrich und sein Kreis“ (1921/22). Auf der großen Corinth-Gedächtnisausstellung 1926 wurde auch der Zyklus in farbigen Lithografien ausgestellt. 60 Jahre später dann wurde der Zyklus nur in seinem ersten Zustand (einfarbig schwarz) gezeigt, da viele Blätter verlorengegangen waren. Dem Sammler und Kunsthändler Hans Georg Schultz ist es schließlich gelungen, aus dem Nachlass des Verlegers Wolfgang Gurlitt (Sammlung Paul Eipper) eine komplette Fassung mit 45 Farblithografien, also die dritte und endgültig zur Auflage genehmigte

»Ohne Übertreibung wohl ein Kolossal-Werk«

Fassung, zu erwerben. Bei einem Besuch in New York, wo Wilhelmine Corinth, die Tochter des Künstlers, bis zu ihrem Tod lebte, entstand die Idee, dieses bedeutende Spätwerk des Ostpreußen einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Eine limitierte Faksimile-Ausgabe des Zyklus, der die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft nur überstehen konnte, weil er eingemauert war, wurde 2001 herausgegeben. Zum 150. Geburtstag des Malers aus dem ostpreußischen Tapiau veröffentlichte die Deutsche Stiftung Denkmalschutz 2008 dann alle ursprünglich 47 Einzelblätter des Zyklus, die überwiegend aus dem Nachlass ihres Förderers Knut Köhler stammen. Heute befinden sie sich als Dauerleihgabe in der Lyonel-Feiniger-Galerie in Quedlinburg.

Silke Osman

gegenüber. Im Ausklang wird angesprochen, wie vielfältig die Hanse bis heute ein Nachleben führen konnte.

Hierzu werden neben den bereits genannten noch diverse andere einzigartige Originale des Mittelalters und der Frühen Neuzeit präsentiert. Urkunden, Briefe und Bücher aus den Archiven zahlreicher Hansestädte verzaubern ebenso wie die vielen archäologischen Funde, die Auskunft geben über die Alltagskultur vom belgischen Brügge bis ins estnische Reval [Tallinn]. Wertvolle Kunstwerke, aber auch Mitmach- und modernste Multimedienstationen versprechen neben kulturhistorischen Höhepunkten Spaß für die ganze Familie.

Gezielt nutzt das Ostpreußische Landesmuseum diese Ausstellung zum Thema Hanse, um die geplante Schwerpunkterweiterung über Ostpreußen hinaus zu kommunizieren, wird sie doch nach der geplanten Erweiterung um eine deutschbaltische Abteilung nahezu den gesamten nordöstlichen Ostseeraum abdecken – so wie in deren besten Tagen die Hanse.

PAZ

Nähere Informationen erteilt das Ostpreußische Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599512, Fax (04131) 7599511, E-Mail: info@ol-
lg.de

Putin-Gesetz zerstört evangelische Gemeinden

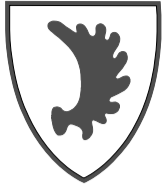
Regine Mentz-Weiss,
Edeweicht

Bild: P. Roggenthien/dapd

Horst Mauer
Hofheim am Taunus

Doch Schuld der Türken und nicht der Griechen

**Hannelore Huck,
Porta Westfalica**



MELDUNGEN

Museumsviertel in Tilsit

Tilsit – Mit einem interessanten Projekt kam der Tilsiter Oberbürgermeister Nikolaj Wojtschew zur diesjährigen Kieler Woche. Ein Stück „Altes Tilsit“ soll auf einer Freiluftfläche am Hohen Tor in Tilsit entstehen. In unmittelbarer Nachbarschaft der bronzenen Elchstatue werden Straßenlaternen, Wegweiser und eine Straßenbahnhaltestelle mit deutschen Aufschriften an das Tilsit der Vorkriegszeit erinnern. Ein inmitten von originalem Kopfsteinpflaster aufgestellter historischer Straßenbahnwagen wird Touristen und Einheimische zu einer Tasse Kaffee einladen und ein interessantes Fotomotiv darstellen. Im Kieler Hotel „Consul“ erläuterte das Stadtoberhaupt in Begleitung von Museumsdirektorin Angelika Spiljowa sein Vorhaben auf einer Arbeitsberatung, an welcher der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, Hans Dzieran, und der Kieler Ratsherr Bernd Jenning teilnahmen. Kiel ist mit Tilsit durch eine Städtepartnerschaft verbunden, die in diesem Jahr auf ein 20-jähriges Bestehen zurückblicken kann. *H.Dz.*

Auf- und Abstiege

Allenstein/Elbing/Graudenz – Nach Jahren eines erbärmlichen Abstiegs in die 2. Fußballliga steht dem OKS (Allensteiner Sportverein) bald eine Spielsaison in der 1. Liga bevor. Zwar bedeutet es noch nicht die erhsehnte Rückkehr in die Extraklasse, wo er in den Jahren 1994 bis 2002 spielte, aber doch einen beachtenswerten Trend nach oben. Damit besteht die Hoffnung, dass die Allensteiner Mannschaft wieder einen ernst zu nehmenden Sponsor findet. Der ortsansässige Reifenhersteller hatte sich kurz nach dessen Privatisierung Mitte der 90er Jahre wegen strenger Sparmaßnahmen und Desinteresses an einem traditionsreichen Sportklub wie dem OKS zurückgezogen. Abwärts geht es hingegen mit der Mannschaft des Elbinger Vereins „Olimpia“. Seine Kicker werden nach einer Reihe mieser Auftritte in die 2. Liga absteigen. Olimpias Namensschwester in Graudenz bleibt hingegen erstklassig. *G.S.*

Litauer begehcn 200. Jahrestag

Kaunas – Wie die Russen im Königsberger Gebiet haben auch die Litauer des Beginns des französischen Überfalls auf das Zarenreich vor 200 Jahren gedacht. Die litauischen Feierlichkeiten konzentrierten sich auf Kauen [Kaunas, Kowno], wo mit dem Überschreiten der Memel in der Nacht zum 24. Juni 1812, die als logistische Meisterleistung gilt, der Russlandfeldzug der „Grande Armée“ begann. Vom 22. bis 24. Juni wurde der Beginn des französischen Einmarsches ins zaristische Russland auf einem militärhistorischen Festival nachgestellt. *PAZ*

Die Feiersaison ist eröffnet

Im Königsberger Gebiet gedachte man als erstes Napoleons Russlandfeldzug

Die Rekonstruktion historischer Schlachten erfreut sich in Russland großer Beliebtheit. In detailgetreuer Kleidung der jeweiligen Epoche soll mit Informationsveranstaltungen und Feierlichkeiten an das jeweilige Ereignis erinnert werden. In diesem Jahr finden russlandweit Feiern zum 200. Jahrestag des Siegs über Napoleon statt. Das Königsberger Gebiet machte hier den Anfang.

1812 war das Schicksalsjahr, in dem der Stern des französischen Kaisers zu sinken begann. Sein Einmarsch in Russland beendete vor 200 Jahren den Siegeszug des Imperators. Seine Armee erlitt eine vernichtende Niederlage. Zählte die napoleonische „Grande Armée“ beim Einmarsch in Russland noch 600 000 Mann, so blieben davon nur noch Reste übrig. Der französische Kaiser sah sich gezwungen, sie in Russland zurückzulassen und nach Paris zu eilen, um seinen Thron zu retten. In den vorausgegangenen zehn Jahren hatte Bonaparte fast die gesamte Westhälfte Europas erobert oder unter seine Kontrolle gebracht.

In Moskau wurde eigens ein Gesellschaftsrat zur Vorbereitung der Feiern zum 200. Jahrestag des Sieges über den kleinen Korsen eingerichtet, da im Laufe dieses Jahres überall in Russland das Ereignis gefeiert wird. Die Feiern enden am 7. Januar 2013, am 200. Jahrestag der Herausgabe des „Manifests über die Vertreibung des Feindes aus Russland“.

Auch im Königsberger Gebiet wurde ein Organisationskomitee für die Vorbereitung der Feiern eingerichtet. Das Programm sieht verschiedene Veranstaltungen vor, darunter Konzerte, Ausstellungen, Wettbewerbe, Konferenzen und Reisen zu den Schlachtfeldern des Russlandfeldzuges. Es soll die Besucher darüber hinaus mit der russischen Kultur des 19. Jahrhunderts vertraut machen. Neue Zeichen der Erinnerung sollen in der Stadt angebracht und vorhandene Monumente restauriert werden.



Farbenprächtig im besten US-Stil: Spektakel aus Anlass des 200. Jahrestags des französischen Überfalls auf das Zarenreich

Preußisch Eylau war eine der ersten Städte, in denen eine Feier zum 200. Jubiläum des russischen Sieges im sogenannten Vaterländischen Krieg stattgefunden hat. Auch wurde beispielsweise die 10. wissenschaftliche Konferenz „Eylau im Jahre 1807: Ostpreußen in der Epoche der napoleonischen Kriege“ durchgeführt. Königsberger Historiker und Heimatforscher erörterten die Persönlichkeit der Heerführer von 1812 und diskutierten über deren Angriffs- und Verteidigungstaktik.

Am 11. Juni wurde das Zentrum der Feiern nach Königsberg in die Hauptstadt der russischen Exkla-

Den Gästen wurde viel geboten

ve verlegt. Dort gab es eine große Theateraufführung mit dem Titel „Nicht umsonst erinnert sich ganz Russland ...“ Das Orchester des Moskauer Theaters Neue Oper führte unter Leitung des Dirigenten Jewgenij Samojlow die Ouvertüre von Peter Tschaikowskij's Oper „Mazeppa“ auf. Während der Aufführung erklang Glockengeläut von der Christi-Erlöser-Kathedrale, das den ganzen Hansaplatz erfüllte. Beim Finale sangen das Orchester und der Chor unter Kanonensalven das in Russland bekannte Lied „Slavsja“ aus der Oper „Ein Leben für den Zaren“ von Michail Glinka. An diesem als Höhepunkt des Abends gedachten Schlussbild beteiligten sich alle Musiker, die im Konzert eingesetzt waren, also über 500 Menschen.

Weitere Aufführungen des Klubs der militärhistorischen Rekonstruktion, des Ensembles der Trommler, des Chores des Gebiets-Musikkollegs, der Königsberger Philharmonie und vieler anderer konnten die Besucher an diesem Tag noch sehen. Die Vorstellungen vom 11. Juni fanden im Rahmen des Musikprojekts „Notturmo“ statt. Das Projekt setzte Maßstäbe, bekamen die Königsberger Zuschauer doch Aufführungen zu sehen, die bis dahin noch nicht gezeigt worden waren. *Jurij Tschernyschew*

Was hat die Europameisterschaft gebracht?

Im südlichen Ostpreußen genoss man die Sportveranstaltung, aber andere Regionen Polens haben mehr profitiert

Was hat die Fußball-Europameisterschaft der Woiwodschaft Ermland und Masuren gebracht? Bei einer Nachbetrachtung der letzten Sonntag zu Ende gegangenen Fußball-Europameisterschaft lässt sich resümieren, dass die Einstellung der Bewohner des südlichen Ostpreußen im Allgemeinen und die der Woiwodschaftshauptstadt Allenstein im Besonderen von zwiespältigen Gefühlen geprägt ist. Einerseits waren sie selbstverständlich Feuer und Flamme für diese große Sportveranstaltung. Andererseits fühlten sie sich benachteiligt, weil man ihnen die volle Freude an diesem Sportfest zum Teil verwehrt hatte. In der gesamten Region waren nämlich weniger sichtbare Anzeichen als in Warschau, Danzig, Posen und Breslau, also den Hauptausstrahlungsorten der Spiele, anzutreffen.

Mit tiefer Enttäuschung musste die Stadt Osterode die Entscheidung hinnehmen, dass keine der an der EM teilnehmenden Nationalmannschaften die dort neu errichteten topmodernen Sporteinrichtungen als Vorbereitungs- und Trainingszentrum wählte. Die Osteroder Kommune, die darauf spekulierte, von dieser mit viel Aufwand fertiggestellten Sportanlage zu profitieren, hat sich verrechnet.

Die Städte des südlichen Ostpreußen wurden bei der Modernisierung der bestehenden Verkehrsverbindungen übergegangen, eine Ausbesserung der teilweise am Rande Ostpreußens verlaufen-

den Schnellstrecke zwischen Danzig und Warschau sowie die Sanierung der Bahnhöfe in Elbing und Deutsch-Eylau ausgenommen.



In Schwarz-Rot-Gold gefüllt: Deutschordensritter

Die Zollbeamten an der polnisch-russischen Grenze, denen eine Abfertigung der Besucher

und Fußballfans aus dem Königsberger Gebiet und den baltischen Staaten oblag, bekamen Verstärkung. Die jeweiligen Grenzübergangsstellen erhielten für die Dauer der Europa-Meisterschaft Unterstützung von deutschen Kollegen. Danach gefragt, wie die Beamten sprachlich zurechtkämen, sagten sie gegenüber einem Lokalsender, sie würden sich im Dienst zwecks Abstimmung gemeinsamer Ziele des Englischen und gelegentlich auch des Deutschen bedienen.

In den meisten Städten, vornehmlich in Allenstein und Elbing, wurden den Fußballfans sogenannten „Fan-Zonen“

zur Verfügung gestellt, wo man den Verlauf der Wettkämpfe in einer nahezu familiären Stimmung beobachten und feiern konnte. Direkt vor dem Allensteiner Rathaus wurden die vom Vorjahr schon allgemein vertrauten „prußischen Baben“ aufgestellt. Diesmal sind sie in den Nationalfarben der an der EM beteiligten Mannschaften angemalt. Gleich am Eingang fällt die Figur eines Ritters auf, dessen schwarz-rot-goldener Mantel schon von ferne prunkt. Sein weißes Schild mit dem schwarzen Kreuz weist ihn als Deutschordensritter aus, womit der Bogen vom Deutschen Orden zur Bundesrepublik geschlagen wäre. Die Kirchenoberhäupter Polens, die sich bislang für derartige Veranstaltungen weder eingesetzt noch öffentlich dazu Stellung bezogen hatten, riefen zu einem fröhlichen Sportfest in einträchtiger Atmosphäre auf. *Grzegorz Supady*



ZUM 104. GEBURTSTAG

Bieber, Betty, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 9. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

Janz, Herta, geb. **Böttcher,** aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 10. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schorsch, Marianne, geb. **Fengler,** aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hollack, Lieselotte, geb. **Preuß,** aus Lyck, am 10. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Echtner, Hedwig, geb. **Treziak,** aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Gelberg, Gisela, geb. **Meyhöfer,** aus Wehlau, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Hornke, Ida, geb. **Schlicht,** verw. **Möhrke,** aus Walden, Kreis Lyck, am 13. Juli
Nendza, Gertrud, geb. **Samsel,** aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 9. Juli
Roweck, Johanna, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Behrendt, Hedwig, geb. **Zich,** aus Wehlau, Ripkeimer Straße, Kreis Wehlau, am 10. Juli

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreismgemeinschaften zu wenden.

Ihre PAZ

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Grego, Helene, geb. **Gallmeister,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 9. Juli
Hochmann, Charlotte, geb. **Teschner,** aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, am 11. Juli
Hoffmann, Susi, geb. **Demant,** aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Kikel, Hildegard, geb. **Fahle,** aus Heiligenbeil, Rotgerberstraße 9, am 8. Juli
Kilanowski, Erika, geb. **Brunn,** aus Lyck, am 10. Juli
Krewald, Gertrud, geb. **Kalinowski,** aus Langsee, Kreis Lyck, am 11. Juli
Otto, Erna, geb. **Pitzer,** aus Ebenrode, am 11. Juli
Pech, Lieselotte, geb. **Unger,** verw. **Slopianka,** aus Rastenburg, Hindenburgstraße 10, am 14. Juli
Pfeiffer, Hildegard, geb. **Koszinowski,** aus Lorenzhall, Kreis Lötzen, am 10. Juli
Podchull, Lothar, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Juli
Posanski, Olga, geb. **Schantowski,** aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Püschel, Elfriede, geb. **Tolusch,** aus Inse, Kreis Elchniederung, am 10. Juli
Priefert, Ursula, geb. **Liebenau,** aus Groß Blumenau, Kreis Samland, am 10. Juli
Risch, Helene, geb. **Stiebel,** aus Auersberg, Kreis Lyck, am 11. Juli
Schmidt, Renate, geb. **Joschek,** aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 14. Juli
Vorberg, Ruth, geb. **Klein,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Weiß, Heinz, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 11. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bernicke, Ingeborg, geb. **Jopp,** aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 9. Juli
Dowidat, Gerda, aus Ebenrode, am 10. Juli
Dyga, Walter, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 14. Juli
Friese-Dellin, Gretel, geb. **Dellin,** aus Stolzenberg, Kreis Heiligenbeil, am 11. Juli
Johnston, Eva-Magret, geb. **Krause,** aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 12. Juli
Kopka, Horst, aus Ortelsburg, am 10. Juli
Korthals, Horst, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 9A, am 14. Juli
Moderegger, Fritz, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Müller, Gertrud, geb. **Anspreiksch,** aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Pohl, Friedrich, aus Ortelsburg, am 11. Juli
Stolz, Edtih, geb. **Woelk,** aus Ebenrode, am 14. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Benzin, Hildegard, geb. **Kubat,** aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Blank, Erich, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Bluschke, Roswita, geb. **Fischer,** aus Gumbinnen, am 10. Juli
Braese, Heinz, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 11. Juli
Delkus, Erna, geb. **Froese,** aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Febra, Christel, aus Lötzen, am 10. Juli
Gelbke, Ruth, geb. **Leyk,** aus Ortelsburg, am 12. Juli
Hundsörfer, Helmut, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Hynek, Waltraud, geb. **Galonska,** aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli

Janz, Erwin, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Jordan, Charlotte, geb. **Reuter,** aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Krieger, Ursula, geb. **Sindakowski,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Juli
Kuczinski, Heinz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Juli
Lyhs, Prof. Dr. Lothar, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 10. Juli
Paetsch, Werner, aus Lindicken, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. Juli
Piechottka, Hiltrud, geb. **Reh,** Heiligenbeil, Feldstraße 2, am 11. Juli
Scholz, Ingerta, geb. **Fast,** aus Lötzen, am 9. Juli
Seidler, Fritz, aus Damerau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Sonntag, Dora, geb. **Thimm,** aus Lönhöfen, Kreis Heiligenbeil, am 9. Juli
Stolz, Edith, geb. **Borawski,** aus Johannisburg, am 12. Juli
Witte, Christel, geb. **Gerkau,** aus Oschke/Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 10. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Abmann, Irmgard, geb. **Olsfelder,** aus Paterswalde, Paterswalde Nord, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Bärmann, Georg, aus Deutsch Thierau, Kreis Heiligenbeil, am 10. Juli
Banack, Heinz, aus Königsberg, Königsberg-Juditten, am 9. Juli
Bartsch, Erika, geb. **Quaschick,** aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 13. Juli
Birkefeld, Ursula, geb. **Grunwald,** aus Gerswalde, Kreis Mohrun-gen, am 12. Juli
Blumenscheit, Helga, geb. **Raabe,** aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 9. Juli
Clausen, Waltraut, geb. **Scheller,** aus Altenfließ, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Dannappel, Heinz, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 9. Juli
Drubba, Willi, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 12. Juli
Engel, Ursula, geb. **Meitz,** aus Thierenberg, Kreis Samland, am 12. Juli
Erben, Irmgard, aus Treuburg, Ostpreußen, am 1. Juli
Ewert, Ruth, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 9. Juli
Fengler, Bodo, aus Barby. Kreis Schönbeck, am 12. Juli
Fiebach, Waltraut, geb. **Meitz,** aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 10. Juli
Forstreuter, Walter, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 9. Juli
Gerung, Edith, geb. **Chrzan,** aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 15. Juli
Gottschling, Burkhard, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 13. Juli
Gramm, Dr. Gottfried, aus Obrotten, Kreis Samland, am 11. Juli
Hartmann, Margarete, geb. **Götz,** aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Hinz, Helmuth, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 14. Juli
Holland-Moritz, Hildegard, geb. **Nadolny,** aus Gorlau, Kreis Lyck, am 9. Juli
Hübner, Erika, geb. **Loeper,** aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Killat, Artur, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Lange, Waltraud, geb. **Laggies,** aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Mager, Gertraud, geb. **Sallowsky,** aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 10. Juli
Mallunat, Ruth, geb. **Mlodoch,** aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 14. Juli

Monzien, Maria-Daner, geb. **Bernal-Arango,** aus Parnehenen, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Murschel, Brunhilde, geb. **Theweleit,** aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 15. Juli
Pietzarka, Paul, aus Angerburg, am 9. Juli
Quednau, Helmut, aus Lyck, Yorkplatz, am 14. Juli
Rowlin, Agnes, geb. **Koschorek,** aus Sentken, Kreis Lyck, am 19. Juli
Sauer, Dora, geb. **Wilhelm,** aus Heiligenbeil, Lindenweg 10, am 5. Juli
Schwidrowski, Kurt, aus Bieberswalde, Hassenhügel Kolonie, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Serowiak, Walter, aus Wilhelms-thal, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Spiridiniene, Käte, geb. **Loleit,** aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Tyburnski, Marion, geb. **Parschat,** aus Palmnicken, Kreis Samland, am 15. Juli
Ulrich, Lothar, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 15. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

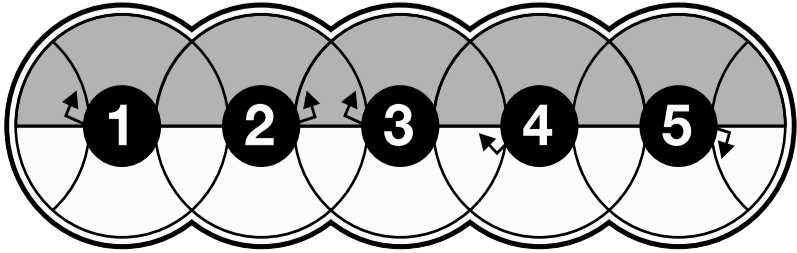
Behning, Dr. Brigitte, geb. **Bachor,** aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 12. Juli
Böhm, Helga, aus Klein-Seedorf, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Deutscher, Gertraud, geb. **Struwe,** aus Heiligenbeil, Lindenweg 7, am 2. Juli
Dickert, Rudolf, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 11. Juli
Düsterhoff, Ursula, geb. **Düsterhoff,** aus Jürkendorf/Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 13. Juli
Hertis, Ruth, geb. **Burdyna,** aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, am 10. Juli
Johnen, Dorit, geb. **Gerlach,** aus Deutsch Thierau, Kreis Heiligenbeil, am 14. Juli

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 7. Juli, 15.30 Uhr, ARD: Inkognito-Jagd auf die Ausweiskfälscher.
SONNABEND, 7. Juli, 18.30 Uhr, HR: Die Leica-Geschichte.
SONNABEND, 7. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: Bismarck-Kanzler und Dämon. Vom Landjunker zum Reichsgründer.
SONNTAG, 8. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 8. Juli, 15 Uhr, Arte: Joseph Haydn – Das verkannte Genie.
SONNTAG, 8. Juli, 14.15 Uhr, ZDF-Info: Stauffenberg – Die wahre Geschichte.
SONNTAG, 8. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: Leonardo – das Universal-genie. Porträt.
MONTAG, 9. Juli, 22.30 Uhr, BR: Im Bann des ewigen Eises. Der Polarforscher Erich von Drygalski.
MONTAG, 9. Juli, 18.30 Uhr, ARD: Westware aus dem Ostknast.
DIENSTAG, 10. Juli, 20.15 Uhr, ZDF-Kultur: Die Kinder vom Friedrichshof. Die Kommune von Otto Mühl. Dokumentation.
DIENSTAG, 10. Juli, 21 Uhr, RBB: Zwischen Haff und Ostsee – Die Kurische Nehrung.
DIENSTAG, 10. Juli, 22.45 Uhr ARD: Allah im Ehrenfeld – Der Bau

der Kölner Moschee. Dokumentation.
MITTWOCH, 11. Juli, 19 Uhr, BR: Stationen. Im Reich der Armen. Dokumentation.
MITTWOCH, 11. Juli, 20.15 Uhr, BR-Alpha: Töchter des Hindu-kusch. Auslandsdokumentation.
MITTWOCH, 11. Juli, 0.45 Uhr, ZDF: Die Spur des Bösen. Norwegen und der Breivik-Prozess.
DONNERSTAG, 12. Juli, 22.15 Uhr, RBB: Damals nach der DDR. Aufbruch und Chaos. Dokumentation.
DONNERSTAG, 12. Juli, 23 Uhr, RBB: Das braune Erbe. Der Antifaschismus der DDR. Dokumentation.
DONNERSTAG, 12. Juli, 23.45 Uhr, RBB: Wendekinder. Generation des Umbruchs. Dokumentation.
FREITAG, 13. Juli, 14.50 Uhr, 3sat: Wien, da will ich hin. Reisereportage.
FREITAG, 13. Juli, 16.30 Uhr, Arte: Sieben Stätten der muslimischen Welt. Dokumentation
FREITAG, 13. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Kampf dem Zucker. Raus aus der Diabetesfalle. Reportage.
FREITAG, 13. Juli, 21.45 Uhr, ZDF-Info: Gefangen in Peking – Aufstand der Boxer.



Kultureller Brückenbau

Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf begeht 20-jähriges Jubiläum seit Namensänderung

Infolge der politischen Umbrüche zu Beginn der 1990er Jahre und der Öffnung Ostmittel- und Osteuropas erfuhr die Zusammenarbeit der vom Land Nordrhein-Westfalen getragenen Stiftung unter dem damaligen Namen „Haus des deutschen Ostens“ mit den Partnern aus diesen Regionen eine verstärkte Akzentuierung. In Anbetracht dessen erfolgte im November 1992 mit Billigung der von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) geführten Landesregierung die Umbenennung in „Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus – Deutsch-ost-europäisches Forum“. Die Namensgebung nach dem in Schlesien geborenen Literaturnobelpreisträger Gerhart Hauptmann (1862 bis 1946) trägt dem Gedanken des kulturellen Brückenbaus zu den europäischen Nachbarn Rechnung.

Das Haus an der Bismarckstraße setzt sich nach wie vor für die Erhaltung, Darstellung und Weiterentwicklung der Kultur der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa in Nord-rhein-Westfalen und in den Herkunftsgebieten der ver-

Erhaltung des kulturellen Erbes

triebenen Ostdeutschen ein. Die entscheidende Rechtsgrundlage der Arbeit der Stiftung besteht in Paragraph 96 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) vom 19. Mai 1953 in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993, zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 6 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (Bundesgesetzblatt I, Seite 122). Im Zeichen der Osterweiterung der Europäischen Union ist die Aufgabe der Bewahrung und Pflege des gemeinsamen historischen und kulturellen Erbes aktueller denn je. Die Stiftung „Gerhart-Hauptmann-Haus – Deutsch-ost-europäisches Forum“ trägt zum völkerverbindenden Dialog im neuen Europa bei. Im Fokus stehen die Behandlung deutscher Vertriebenen- und Aussiedlerprobleme in Wissenschaft und For-

schung, die Erhaltung und Stärkung der kulturellen Identität der deutschen Volksgruppen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf der Grundlage der Völkerverständigung, die kulturelle und gesellschaftliche Eingliederung Deutscher, die aus Ost- und Südosteuropa kommen, die Darstellung und Förderung der Wechselbeziehungen der deutschen Kultur mit den Kulturen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie die Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Völker.

Der Münsteraner Philosoph Josef Pieper (1904 bis 1997) hat sich in Sachen Überlieferung wie folgt geäußert: „Tradition ist als der Vorgang lebendiger Übermittlung eine höchst dynamische Sache.“ Das heißt – so die Überlegungen des Philosophen weiter –, dass wirkliches Traditionsbewusstsein nur wenig mit „Konservatorismus“ zu tun habe. Falsch sei auch, dass mit dem Begriff „Tradition“ die Vorstellung des Statischen, der Beharrung oder Stagnation verbunden werde. Wer etwas überliefern will, der muss dafür sorgen, dass die Inhalte durch eine lebendige Sprache, durch schöpferische Verjüngung oder gar durch eine „Häutung“ präsent gehalten werden. „Eine Teilaufgabe in der Bewahrung der historischen Tradition von uns Deutschen insgesamt stellt sich dem Gerhart-Hauptmann-Haus, das vor 20 Jahren



Ehemaliges „Haus des deutschen Ostens“ in Düsseldorf: Von außen unscheinbar, ist es doch ein wichtiges Begegnungszentrum für Vertriebene

Bild: D.G.

nicht das traditum, wohl aber den Namen gewechselt hat, sich ‚gehäutet‘ hat – um der Gegenwartigkeit willen“, schreibt Dr. Winfrid Halder, Direktor des Hauses an der Bismarckstraße, in der jüngsten Ausgabe des „West-Ost-Journals“.

Auch heute leitet sich die Aufgabe des Gerhart-Hauptmann-Hauses aus dem Paragraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes ab. Entscheidend für die Arbeit der Einrichtung ist nach wie vor, dass die verschiedenen Zielgruppen in einer für sie verständlichen Art und Weise angesprochen werden. Nur so ist es möglich, die vom Ge-

setzgeber geforderte Überlieferung zu realisieren. „Maßgabe müssen bei der Zukunftsorientierung der Aufgabenerfüllung des Hauses insbesondere das Zahlenverhältnis zwischen den Zielgruppen und ihre generationsbedingt naturgemäß unterschiedlichen Wahrnehmungsgewohnheiten sein“, betonte Dr. Halder.

In diesem Sinne werden die Vortrags-, Tagungen- und Ausstellungsprogramme im Gerhart-Hauptmann-Haus entsprechend ausgerichtet werden. Und wie Dr. Halder schreibt: „Ein lebendiges Herz schlägt immer in der Gegenwart.“

Dieter Göllner

Sommerstille

Erster Besuch im Elternhaus des Vaters

Ich sitze in der kühlen, dämmrigen Küche und zupfe Petersilie. Hühnersuppe will Halina heute auf den Tisch bringen. Während sie im Topf rührt und Tochter Ewa schon mal den Tisch deckt, Sorge ich für frisches Kräuteraroma. Meine Blicke schweifen durchs Zimmer, halten sich fest am Geschirrschrank. Anrührend, ja, tröstlich wirkt er auf mich mit seinem hie und da abblätternden zartgrünen Anstrich und den altmodisch gerundeten Kanten.

Es ist der Schrank meiner Großmutter. Das einzige Möbelstück, das noch an sie erinnert. Sie selbst kenne ich nur von Fotos her, weiß aber, dass sie eine sehr kleine, zierliche Person gewesen ist. Und so versuche ich mir vorzustellen, wie meine Großmutter sich jedes Mal auf die Zehenspitzen gestellt haben muss, um die oberen Glas-türen öffnen zu können.

Ein eigenartiges Gefühl beschleicht mich. Es ist nicht mein erster Besuch im ehemaligen Elternhaus meines Vaters. Vieles ist mir mittlerweile vertraut. Ich kenne die Geschichte der jetzigen Besitzer, komme eigentlich mit allen Familienmitgliedern gut aus, und doch fange ich plötzlich an zu fremdeln. Ich höre Halinas Schimpfen, als ihr heiße Suppe auf den Arm spritzt, höre das leise Klappern von Tellern und Besteck. Ich weiß, ich bin nicht allein. Trotzdem fühle ich mich einsam, ausgegrenzt.

Liegt es an der Mittagsstille im Hause, dieser trägen Stille, die Gedanken und Gefühle keimen lässt, die die Geschäftigkeit des Tages sonst gut zu unterdrücken weiß? Vielleicht liegt es aber auch an den Fenstern, die nach Norden hinausgehen und so nur ein kühles, spärliches Licht hereinlassen? Irgendwas muss ihn ja hervorgerufen haben: den Schatten auf meiner Seele. „Noch halbe Stunde, dann gibt Essen!“ Halinas Stimme schafft Wirklichkeit. Ihre fröhlichen Haselnussaugen strahlen mich an: „Als Nachttisch gibt Obst, selbst eingemacht!“

Ich ringe nach Luft, spüre, dass ich in diesem Moment nicht so reagieren kann, wie Halina es von mir erwartet. Und so flüchte ich mich mit einer gemurmelten Ent-

schuldigung hinaus ins Freie. Wärme und Helligkeit empfangen mich. Aufatmend setze ich mich auf die ausgetretenen Treppenstufen vorm Haus und schlinge die Arme um meine Knie.

Eine weite, lichtdurchflutete Landschaft bietet sich meinen Augen dar. Sonnenbeglänzt und von Stille getragen, wellt sie sich im sanften Auf und Ab der Kuppen und Senken dem Horizont entgegen. Mein Herz weitet sich. Schatten schwinden.

Ich will nur noch schauen. Das Haus steht auf einer Anhöhe, und so habe ich eine herrliche Rund-sicht. Ich schwelge im satten Grün der Wiesen, berausche mich am endlosen Himmelsblau. Und spüre die tiefe Verbundenheit mit eben diesem Landstrich, der sich schon bei meinem allerersten Besuch meine uneingeschränkte Liebe erwarb. Ein leiser Wind trägt den

Duft von Heu und frischen Kräutern heran. Er liebkost mein Gesicht, will mit mir spielen. Ich springe auf. Ja,

ich will es spüren: das sonnenwar-me Gras unter meinen Füßen, den Wind, der mir durchs Haar fährt. Ich streife mir die Sandalen ab und laufe los. Über den ungepflasterten Hof, vorbei an Weidezäunen und Buschwerk, hinaus in diese grüne Sommerherrlichkeit! Es ist kein Gedanke in mir, nur die Lust am kitzelnden Gras unter den Fußsohlen, die Seligkeit, sich frei wie ein Kind zu fühlen. Irgendwann werde ich langsamer, lasse mich ins weiche Wiesenbett fallen, stumpfsinnig beäugt von den wenigen Kühen, die hier grasen.

Nirgendwo sonst hätte ich einen solch wilden Lauf gewagt. Der Gedanke, sich lächerlich zu machen, wäre dagewesen; auch die Sorge, auf eine tierische „Hinterlassenschaft“ oder eine Scherbe zu treten. Aber hier, auf dieser Weidefläche, über die schon mein Vater barfuß gelaufen ist, hier bin ich über meinen Schatten gesprungen.

Später, als ich heiter und gelöst vor meinem Teller Hühnersuppe sitze, lasse ich meinen Blick minutenlang auf dem großmütterlichen Schrank ruhen. Ich horche in mich hinein – und finde Frieden. Das Wissen um Vergangenes – es birgt in sich keine Schermerut mehr.

Renate Dopatka

Ein Lauf über Wiesen vertrieb die Schatten

Bestellen Sie ganz einfach per E-Mail
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 108 € (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
☐ Preußenprämie oder die ☐ Friedrichprämie.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Konto: _____ BLZ: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preußische Allgemeine Zeitung - Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen Sie die PAZ im Jahresabonnement und sichern Sie sich damit eine unserer neuen Prämien!

Neue Preußenprämien im Jubiläumsjahr

Friedrich des Großen

Friedrichprämie: Gedenkmünze & Buch

Zum 300. Geburtstag von Friedrich II. schenken wir Ihnen beim Abschluss eines Jahresabos eine Biografie des berühmten Preußenkönigs und dazu eine Gedenkmünze

Preußenprämie

Christopher Clarks neues Buch über Preußen ist eine hervorragende Darstellung über Aufstieg und Niedergang Preußens zwischen 1600 und 1947.

Ein fesselndes Werk, welches detailreich und lebendig die Historie des früheren Kurfürstentums und späteren Königreiches vorurteilslos erzählt. Ein Muss für jeden Preußenliebhaber.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Die Chance, Teil der Gesellschaft zu sein

Behindertenwerkstätten arbeiten oft eng mit der Wirtschaft zusammen und stützten sogar den »Standort Deutschland«

Es sind keineswegs nur bemalte Postkarten oder bunte Kerzen, die in Behindertenwerkstätten geschaffen werden. Oft arbeiten die Betriebe der besonderen Art auch Unternehmen aus der freien Wirtschaft zu.

„Und, und weißt du, was das hier heißt“, ein wenig atemlos vor Aufregung wirbelt der 23-jährige Gabriel mit seinen Händen durch die Luft, macht verschiedene Bewegungen mit Armen und Händen und grinst danach breit. „Das heißt ‚Hooochzeit maachen‘“, beantwortet er selbst die von ihm gestellte Frage. Seit der bei seiner Geburt mit zu wenig Sauerstoff versorgte und seitdem geistig behinderte Gabriel einen gehörlosen Kollegen bei sich in der Behindertenwerkstatt hat, freut er sich jeden Tag darauf, neue Zeichen aus der Gebärdensprache zu lernen. Der sehr kontaktfreudige junge Mann lebt noch bei seinen Eltern daheim, geht aber ganz regulär jeden Tag zur Arbeit. Was er genau macht, ist ihm nicht so wichtig, er ist einfach nur froh, soziale Kontakte und einen festen Tagesablauf zu haben. Andere seiner Kollegen hingegen gehen voll in ihrer Arbeit auf. Da die Elbe Werkstätten GmbH in Hamburg zahlreiche Arbeitsbereiche anbietet, können die Behinderten nach Interessenlage und Fähigkeiten aus vielen Möglichkeiten wählen. Von der Verpackung von Waren und dem Bau von Möbeln in der Tischlerei über die Bearbeitung von Metall und Elektroarbeiten bis zu Näherei, Druckerei, Buchbinderei, Digitalisierung, eigenem Supermarkt, Fahrradwerkstatt, mehreren Cafés, Gartenbau und Töpferei ist alles dabei. Etwa 3000 Werkstattplätze bietet die Elbe Werkstätten GmbH.

Werkstätten
arbeiten deutlich
günstiger



Engagiert bei der Arbeit: Behinderte Mitarbeiterinnen der Großwäscherei in den Werkstätten der Arbeiterwohlfahrt in Dortmund sortieren gereinigte Wäsche

Bild: T. Silz / dapd

Allerdings sind die unter dem Dach der 1975 gegründeten „Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen“ zusammengefassten Betriebe, die deutschlandweit fast 300 000 Menschen mit Behinderung beschäftigen, keine normalen Unternehmen, auch wenn sie sich als solche präsentieren. Nicht das wirtschaftliche Ergebnis, sondern berufliche und persönlichkeitsbildende Förderung sowie Integration der Behinderten stehen im Vordergrund. Das sieht man auch daran,

dass Behindertenwerkstätten, die mindestens 70 Prozent der erwirtschafteten Einnahmen an ihre Mitarbeiter auszahlen müssen, diesen 2010 im Durchschnitt nur 179,38 Euro pro Monat überweisen konnten. Die Kosten für die Räumlichkeiten, die den Menschen mit Behinderung angepassten Werkzeuge und Maschinen sowie die Betreuer, die offiziell „Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung“ genannt werden und die Mitarbeiter ausbilden und fördern, übernimmt der Staat. Zudem haben die Werkstattbeschäftigten einen vollkommenen Kündigungsschutz, ihre Beschäftigung hängt nicht von ihrer Leistungsfähigkeit ab.

Für jeden behinderten Werkstattmitarbeiter eine Aufgabe zu finden ist nicht immer einfach. Denn so vielfältig wie die Tätigkeitsfelder, auf denen die Werkstätten aktiv sind, so vielfältig sind auch die Handycaps der Beschäftigten. In Hamburg haben 58 Prozent der Mitarbeiter eine geistige Behinderung, 15 Prozent eine Lernbehinderung, vier Prozent eine Sinnesbehinderung, sieben Prozent eine Körperbehinderung, 16 Prozent eine psychische Behinderung und 23 Prozent gelten als mehrfach behindert. Doch das sind nur Zahlen, die nicht erfassen, dass es allein bei den geistig Behinderten eine riesige Bandbreite der Schweregrade gibt. Und

es ist nicht auszuschließen, dass zum Beispiel so mancher geistig absolut fitte Gehbehinderte im Rollstuhl manchmal die geistig behinderten Kollegen als Bremser es ist nicht auszuschließen, dass zum Beispiel so mancher geistig absolut fitte Gehbehinderte im Rollstuhl manchmal die geistig behinderten Kollegen als Bremser

Kinderräder von Puky
werden hier
zusammengebaut

pertal zwischen nichtbehinderten Arbeitern und Produktionsrobotern. Wie bunt und vielfältig die Angebotspalette deutscher Behindertenwerkstätten ist, darüber können sich Verbraucher, aber auch Betriebe jedes Jahr in Nürnberg auf der Werkstätten-Messe informieren. Die nächste ist vom 14. bis 17. Juni 2013. Rebecca Bellano

Schon mit ein paar Cent Gutes tun

Die werbewirksame Großaktion »Deutschland rundet auf« etabliert Kleinstspenden

Jeder Cent bewirkt Gutes“, lautet das Motto der Aktion „Deutschland rundet auf“. Mit Cent-Beträgen von der Supermarktkasse fördert sie soziale Projekte. Mit einem saloppen „Aufrunden bitte“ können Verbraucher an der Kasse teilnehmender Geschäfte bis zum nächsten Zehn-Cent-Betrag erhöhen und diese Kleinstsummen spenden. Aus 1,99 Euro werden beispielsweise zwei Euro. Im März startete die Aktion mit 30 000 angeschlossenen Kassen in 15 Handelsunternehmen. Inzwischen ist deren Zahl auf 18 gewachsen. Kaum ein Fernsehabend verstreicht, an dem nicht zur besten und damit teuersten Sendezeit die Werbebotschaft der Initiative aus Berlin versendet wird. Die zusammengetragenen Kleckerbeträge gingen an soziale Projekte in ganz Deutschland, in die das Spendenvolumen auch 100-prozentig einfließt, versprechen die Macher der Initiative. Die begannen ihren Feldzug für kleine gute Taten im täglichen Kauf-Einerlei ausgehend von einer genauen Analyse des Spendenmarktes Deutschland: 2,9 Milliarden Euro geben die Deutschen derzeit jährlich. Jedoch spenden 61 Prozent der Deutschen nicht. Mehr als die Hälfte der landesweiten Geldspenden kommt allgemein von Menschen über 60 Jahren und gerade kleine Spenden spielten bisher auch wegen des

hohen Verwaltungsaufwandes kaum eine Rolle. In diese Marktlücke springt jetzt „Deutschland rundet auf“. Nach dem Start im März dauerte die Ermittlung erster Spendensummen aus den Kassen der einzelnen Geschäfte. Ein erster Überblick über die mögliche Wirkung ließ daher auf sich warten – frustrierend für manche Nutznießer und Spender. Doch Ende Juni wurde das erste Mal ein konkretes Projekt gefördert: 93 Tage nach dem Start „kann mit vielen kleinen Cents erstmals Großes bewirkt werden“, gab die Kampagne der Presse bekannt. 245 000 Euro gingen an die „Eltern AG“. Die Einrichtung unterstützt Mütter und Väter in ihrer Elternrolle. Von den dank Aufrunden bezahlten 75 neuen Eltern AGs würden 1500 Kinder profitieren, versprach der Empfänger. Symbolträchtig überreichte „Deutschland rundet auf“-Gründer Christian Vater einen Scheck. Vater ist Geschäftsführer der gemeinnützigen Stiftungs-GmbH. Nach seiner Lehre zum Bankkaufmann machte er einen Bachelor-

Abschluss in Management. Danach arbeitete er als Manager in der Musikindustrie in verschiedenen nationalen und internationalen Positionen, so bei der medial einflussreichen Bertelsmann Music Group (BMG), bei EMI Music, DEAG und im Management von Popsänger Robbie Williams. Doch das Geld für die sozialen Wohltaten kommt nicht nur von Kleinspendern. Auch die 2010 gegründete Social Venture Management GmbH überließ „Deutschland rundet auf“ 500 000 Euro und ist dort im Kuratorium vertreten. Netzwerken ist das Motto auch dieser Gesellschaft mit dem selbsterklärten Ziel, „mit unternehmerischer Energie und

einem erfolgsorientierten Investmentansatz positiven gesellschaftlichen Wandel zu ermöglichen“. Dank aggressiver Werbung erhöhten seit dem Start im Handel bisher knapp sechs Millionen Mal Kunden freiwillig die Preise, um anderen bei „Deutschland rundet auf“ zu helfen. Die Maßnahme wächst sich somit zu einem riesigen Testfeld aus: Für welchen Zweck gibt der durchschnittliche Verbraucher wie viel freiwillig her, wenn es keinen Aufwand macht. Gekoppelt mit der Werbung für einzelne spendenempfangende Organisationen lässt sich diesen auch leicht eine Rückmeldung geben. Vor allem aber wird Wohlfahrt mit Werbung und Konsum eng verknüpft. Die Botschaft

lautet: Ich kaufe, also tue ich Gutes. Denn erst wenn ein vorher festgelegter Empfänger seinen zuvor ermittelten Bedarf über die Centbeträge zusammen hat, kommt ein neuer infrage. Das aktuell nächste Förderprojekt ist „Klasse 2000“, ein Projekt zur Stärkung des Gesundheitsbewusstseins von Grundschulkindern. Vor den Erfolgsmeldungen stand indes auch Kritik an „zweifelhaften Mitspielern“ unter den Teilnehmern der Aufrundungskampagne. So bemängelten Blogger im Internet, dass einige beteiligte Unternehmen ihre Kassen und Geschäftspraktiken bekanntermaßen sonst sozialen Zielen eher verschließen würden. In der Kritik stehen dabei Markendiscouter, die ihren eigenen Angestellten geringste Löhne zahlen oder Textilunternehmen, die in Bangladesch Näherinnen für gerade einmal 30 Euro im Monat beschäftigen. Die zahlreichen Partner, die Vater bisher überzeugte teilzunehmen, sind jedoch eine bunte Mischung. Dazu gehören Marc O’Pollo, Bonprix, Douglas, Görtz, KiK, Netto, Penny und die Toom-Baumärkte. Sie verkaufen in gut 12 000 Filialen, in denen jährlich 1,5 Milliarden Bezahlvorgänge anfallen, so „Deutschland rundet auf“. Wer also spenden will, ist in guter Gesellschaft, sollte sich aber zuvor über die geplanten Empfänger informieren. S. Gutschmidt

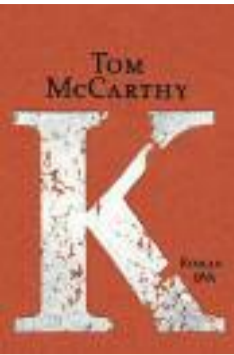


Spenden ohne Aufwand: Einfach beim Einkauf nebenher

Bild: Dra

Wein statt Billig-Elektronik

Der Hongkonger Ex-Banker Johnny Chan hat eine neue Leidenschaft entdeckt: chinesischen Wein. Er wittert das ganz große Geschäft. Importierte die Volksrepublik noch bis vor kurzem besonders aus Frankreich Wein und investierte sogar in dortige Güter, so treibt sie nun den eigenen Weinbau mit Vehemenz voran. Denn die Söhne aus dem Reich der Mitte sind auf dem besten Weg, ein Volk von Weingenießern zu werden. Vor allem bei der jüngeren Generation gilt Wein als modern. Nach der Statistik von Vinexpo, dem größten, alljährlich in Bordeaux abgehaltenen Salon für den vergorenen Rebsaft (zuletzt 2400 Aussteller aus 44 Ländern), hat sich China mit 157 Millionen Kisten bereits auf Platz 6 in der Weltrangliste der weinanbauenden Länder vorgearbeitet, noch vor Deutschland mit 108 Millionen Kisten. Nach wie vor führt Frankreich (524), vor Italien (469), Spanien (433), den USA (359) und Argentinien (171). Der international angesehene Experte James Suckling, sonst zuhause in Bordeaux und Porto, veranstaltet derzeit Weinverkostungen in der Metropole Peking. Er registrierte auf seinen Reisen, dass in der Volksrepublik in den vergangenen zehn Jahren Hunderte neuer Weingüter entstanden sind. Für 2014 erwartet er, dass die Chinesen in ernsthafte Konkurrenz zu Frankreich, Italien und Spanien treten. J. Feyerabend



Kafka lässt grüßen

Bildungsroman aus England

„Dr. Le-armont, frisch zugelassener Arzt für die Bezirke West Masedown und New Eliry, schwankt und schaukelt auf dem Vordersitz eines Einspanners, der über den sanft abfallenden Weg auf das Haus Versoie zurollt.“ Auf dem süde

sen Informationsübertragung teil.

Man kann diese ungewöhnliche und zunehmend unheimliche Geschichte mit Gruseffekten als einen Bildungsroman aus dem beginnenden Technologiezeitalter auffassen, dessen Fachwissen aber nur den Hintergrund für ein Verwirrspiel bildet, in dem Serge Karrefax vermutlich steckt und das für ihn im Alter von nur 24 Jahren einen tödlichen Ausgang nimmt. Ebenfalls spielt der Autor mit der Neugier seiner Leser, die unweigerlich so etwas wie eine geheime Botschaft hinter dem Handlungsablauf vermuten. Durch den Buchstaben K werden Hinweise gestreut, um ein Rätselraten zu provozieren. Mit der Zeit erweist sich das jedoch als ein Ballast der Lektüre.

Eines ist sicher: Serge, dessen Gefühle und Gedanken der Autor verborgen hält – das gilt übrigens für alle Romanfiguren –, wird geplagt von einer zunehmend negativen, morbiden Ge-

Missglückt, da überfrachtet

Notizbuch, nachdem er „Binda“ ausgestrichen hat. Im Fieberwahn hat er die Vorstellung, sich in ein Insekt zu verwandeln, das ihn kurz vorher in einer ägyptischen Grabkammer durch einen Stich tödlich infiziert hat; „Die Verwandlung“ von Franz Kafka lässt grüßen. Ist die Assoziation von „K“ mit Franz Kafkas Landvermesser K. in dessen Roman „Das Schloss“ schon von vornherein unvermeidbar, so wird sie durch dergleichen Parallelen noch gestärkt, und auch, weil Serge Karrefax 1922 stirbt, im Jahr also, in dem der Roman „Das Schloss“ entstand. Das ist ein bisschen viel, man könnte es auch eine Überfrachtung nennen. Schade um viele wirklich faszinierende Ideen und ihre ansonsten gelungene Umsetzung.

Dagmar Jestrzemska

Tom McCarthy: „K“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2012, geb., 473 Seiten, 24,99 Euro



„Ich möchte nicht sterben, aber ich bin so müde, ich möchte sterben. Ich möchte ja nicht sterben, aber ich habe so einen Hunger!“ Bis heute verfolgen diese Worte, die ihr jüngerer Bruder Rudi während der Flucht 1945 immer wiederholt hat, die 1933 in Königsberg geborene Eva Briskorn. Ihr fünfjähriger Bruder Siegfried war zuvor von einem Lkw der Roten Armee überrollt worden, auch Manfred verhungerte, während die Mutter immer wieder von Soldaten der Roten Armee vergewaltigt wurde und verzweifelte, weil sie hilflos mit ansehen musste, wie ein Kind nach dem nächsten starb. Am Ende wird Eva auch noch von ihrer Mutter und einzig noch lebenden Schwester getrennt und muss sich alleine durchschlagen. Kinder wie Eva, die nach Verlust, Tod oder Deportation der Mutter, die Väter waren meist im Krieg, sich alleine durchschlagen mussten, nennt man Wolsfkinder.

Geschichten wie diese gibt es in „Wir sind die Wolsfkinder. Verlassen in Ostpreußen“ von Sonya Winterberg in erschreckender Fülle. Die Autorin hat sich mehrere Jahre mit dem Thema beschäftigt, aber auch zum Teil in Begleitung



In ihrem Buch „Gold und Stein“ entführt Heidi Rehn den Leser in das preußische Wehlau des 15. Jahrhunderts. Sie erzählt die Geschichte von drei starken Frauen, die als Bierbräuerinnen ihr Schicksal meistern. Es ist keine einfache Zeit, denn Wehlau und seine Nachbarstädte wie Königsberg geraten immer wieder in kriegerische Auseinandersetzungen mit den Deutschordensrittern. Während dieser sogenannten „preußischen Städtekriege“ kämpfen auch Agnes, ihre Mutter Gunda und die Großmutter Lore um ihr Überleben und um die Liebe. Alle drei betreiben nach dem Tod von Gundas Ehemann das Gast-

Der Familie beraubt

Umfassende Dokumentation des Schicksals der Wolsfkinder

der Fotografin Claudia Heiner-mann inzwischen alt gewordene Wolsfkinder besucht. Winterberg, die schon zusammen mit ihrem Mann Yuri das Buch „Kriegskinder. Erinnerungen einer Generation“ veröffentlicht hat, ist zu bewundern, da sie angesichts so vieler grausamer Schicksale nicht verzweifelt ist. Wer aber ein ähnliches Schicksal erlitten hat, sollte sich genau überlegen, ob er sich „Wir sind die Wolsfkinder“ auch wirklich zumuten möchte, denn im Grunde ist jedes der vielen geschilderten Schicksale schon allein für sich genommen schwer zu verkraften.

Winterberg erzählt die Geschichte der Wolsfkinder chronologisch in Etappen: erst das Kriegsende, dann der Kampf ums Überleben mit und später ohne Erwachsene, die Suche nach Nahrung in Litauen, da das zerstörte Ostpreußen ausgeplündert ist, das Betteln bei Litauern, die Aufnahme als Magd oder Hütejunge, manchmal sogar als Familienmitglied, das Erwachsenwerden mit Familiengründung und die Suche nach der deutschen Identität im Alter und nach dem Ende des Kalten Krieges. Diese Aufteilung bietet den Vorteil, dass der Leser jede Etappe vertieft präsentiert bekommt, aber sie hat auch den Nachteil, dass die Schicksale der

verlassenen Kinder immer wieder unterbrochen werden. Und da es mehrere Evas, Christels und Kurts gibt, weiß man manchmal nicht mehr, welches zuvor angerissene Schicksal zu wem gehört.

Die in der Mitte des Buches abgedruckten Bilder einiger Wolsfkinder heute zeigen vom Leben stark gezeichnete Gesichter. Im Grunde blickt nur die 1940 in Schwesternhof geborene Luise Quitsch, Vorsitzende des Vereins „Edelweiß“ der Wolsfkinder in Litauen, frisch und entspannt in die Kamera. Sie hatte das Glück, von einer gebildungs-bewussten litauischen Mittelschichtsfamilie adoptiert zu werden. Fortan ist sie Litauerin, bekommt eine gute Ausbildung und eine gute Arbeitsstelle. Erst viele Jahre später erinnert ein Hampelmann in einem Schaufenster Luise, die schon lange Alfreda Kazukauskienė heißt, an ihre deutsche Kindheit. Sie nimmt Kontakt zu anderen Wolsfkindern auf und erfährt, wie diese verlaust und hungernd sich von einem Hof zum anderen durchgeschlagen haben, oft geschlagen wurden, in Ställen hausten und keinerlei Bildung erhielten, so dass sie Analphabeten und Hilfsarbeiter blieben. Auch nimmt sie Kontakt zu ihren Geschwistern in Deutschland auf,

Nur das nackte Leben gerettet

Dunkles Geheimnis der Mutter

Spannender Frauenroman, der im Ostpreußen des 15. Jahrhunderts spielt

haus „Zum Silbernen Hirschen“. Dort trifft die junge Agnes auf den Baumeister Laurenz. Der schöne Fremde übt nicht nur eine starke Anziehungskraft auf die 17-Jährige aus, er kennt auch das Geheimnis ihrer Familiengeschichte. Angeblich, so behauptet er, gebar ihre Mutter nicht nur sie, sondern auch noch einen Sohn. Ist es möglich, dass ihre Mutter ihr die Existenz eines Zwillingbruders verheimlicht hat? Ist sie mit einer Lüge aufgewachsen oder täuscht sich der geheimnisvolle Fremde?

Agnes ist hin und her gerissen zwischen der Loyalität zu ihrer Mutter, dem Wunsch, die Wahrheit zu erfahren, und der aufkeimenden Liebe zu Laurenz. Als Gunda den Kontakt zu dem schönen Baumeister mit allen Mitteln unterbinden möchte, wird Agnes klar, dass

ihre Mutter ihre düstere Vergangenheit verbergen möchte. Schon will sie sich dem Wunsch von Gunda fügen und ihre Liebe vergessen, doch das Gefühl ist stärker. Die beiden Verliebten flüchten nach Königsberg, der Geburtsstadt von Agnes. Hier, das spürt die junge Frau, wird sie die Wahrheit über ihre Herkunft herausfinden.

„Gold und Stein“ ist ein lesenswerter Roman. Die Geschichte ist schlüssig und stellt die damaligen Lebensumstände gut dar. Es ist schön, von drei starken Frauen zu lesen, die trotz der widrigen Zeiten ihr Leben so gut allein meistern konnten, was allerdings nicht realistisch für das Preußen des 15. Jahrhunderts sein dürfte.

Der historische Hintergrund ist zwar gut recherchiert, aber manchmal ist es schwierig nachzu-

von denen sie während der Flucht getrennt wurde und die mit ansehen mussten, wie die Mutter von Soldaten der Roten Armee erschossen wurde.

Anrührend und traurig zugleich ist der Bericht über Christel Scheffler, die einst über das *Ostpreußenblatt* Kontakt zu ihrem Stiefbruder erhielt. Dieser platzte schier vor Glück, als er erfuhr, dass die süße, blonde Kitty von einst, die er längst für tot gehalten hatte, noch lebte. Die im Buch abgedruckten Briefe von ihm lassen einem das Herz aufgehen. Doch nicht jeder reagierte so. Andere Geschwister waren gar nicht froh, als sich nach der Wende 1990 die tot geglaubten Geschwister aus Litauen bei ihnen meldeten. Sie fürchteten, dass die armen Verwandten nur Geld von ihnen wollten und die längst verdrängte Vergangenheit wieder aufgerollt werden würde.

Winterberg dokumentiert die vielen Aspekte des Schicksals der Wolsfkinder ansprechend. Allerdings stört es, dass sie ihre Distanz zum *Ostpreußenblatt* hervorhebt, dabei hat gerade die Landsmannschaft Ostpreußen Spenden gesammelt und viel getan, damit Wolsfkinder Verwandte wiederfinden. *Rebecca Bellano*

Sonya Winterberg: „Wir sind die Wolsfkinder. Verlassen in Ostpreußen“, Piper, München 2012, gebunden, 334 Seiten, 19,99 Euro

Alle Bücher sind über den PMD, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Sieghard Rost, ein gebürtiger Pommer, Patriot, Pädagoge, Politiker und Publizist, hat zu seinem 90. Geburtstag ein außergewöhnliches Buch vorgelegt: „Wahrheitssuche in Geschichte und Politik“. Der Autor, Jahrgang 1921, promovierter Oberstudiendirektor, bayrischer Landtagsabgeordneter von 1970 bis 1990, hat beruflich wie außerberuflich zu einer breiten Themenpalette publiziert. Schon als junger Mann hat er in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts Schulbücher für Geschichte an Gymnasien erstellt.

Das hier vorgestellte Buch umfasst 358 Seiten und ist in sechs Abschnitte gegliedert. Die Abschnitte sind in sich abgeschlos-

sen. Der interessierte Leser braucht also nicht vor den 358 Seiten in DIN-A4-Format erschrecken. Jeder Abschnitt für sich alleine bringt Erkenntnisgewinn. Wer nicht die Zeit oder die Muße für das gesamte Werk hat, dem seien besonders die Abschnitte D „Vaterland Deutschland“, E „Pommern ein deutsches Schicksalsland“ und F „Wider den Zeitgeist“ empfohlen.

Orientierung an christlichen Werten

Der rote Faden des Buches ist die Reflektion über die Politik der Mächtigen. Wird sie als Macht ohne Moral oder aber als Macht, die sich an christlichem Sittengesetz orientiert, ausgeübt? Die Leser der

PAZ wissen, was der große Immanuel Kant dazu gesagt hat. Die Politik habe sich immer am Recht zu orientieren, niemals dürfe die Macht über das Recht dominieren.

Der Autor kommentiert die deutsche Nachkriegspolitik mit Schwerpunkt Vertriebenenpolitik und Politik der Wiedervereinigung. Exemplarisch zeigt er an interessanten Beispielen, wo falsche Weichenstellungen erfolgt sind. Die Deutschen im kommunistischen Machtbereich jenseits der Oder-Neiße-Linie hat er auch vor der Wende stets im Auge gehabt. Davon zeugt das publizistische Wirken des Autors als MdL zwischen 1970 und 1990.

Besonders empfehlenswert für die zur Geschichtslosigkeit herangebildete akademische junge Generation Deutschlands sind die Abschnitte des Buches über Pom-

mern (E) und über den Zeitgeist (F).

Flüssig, interessant und verständlich schildert der Autor die Geschichte Pommerns. Bedrückend sind die aufgeführten Beispiele, die aufzeigen, wie Polen in der kommunistischen Zeit lokale Ereignisse historisch verfälscht hat, um damit seine Agitation – Pommern, altes polnisches Land – zu untermauern.

Rost schreibt über die Diskussion zur Bedeutung des 8. Mai 1945: „Es müsste jedem Deutschen mit Scham und Empörung treffen, wenn politische und geistige Eliten den Siegern von 1945 eine moralische Befreiungsblick zulassen – ob aus historischem Unwissen oder despotischer Unterwürfigkeit – bleibt gleich. Wir sollten uns bewusst sein: Der Staat der Paradoxie, der

aus Erlösung und Vernichtung (Heuss) lediglich einer Befreiung das Wort redet, verschweigt die Vernichtungsziele der Alliierten

Befreiung nicht Ziel der Alliierten gewesen

mit Deutschland, blendet die Sklaverei der deutschen Kriegsgefangenen aus, verhöhnt die Leiden der Vertriebenen mit rund 2,5 Millionen Toten und vertuscht die Unterdrückung der Deutschen in der DDR nach 1949.“

Sieghard Rost hat ein mutiges Buch herausgebracht. Es kann als vorbildliche Lebensbilanz gewertet werden. Seine Diffamierung durch linke Zeitgeistfanatiker und die Antifa wird er gelassen ertra-

gen können, denn er wurde mit den höchsten Auszeichnungen Deutschlands in Bayern geehrt. Sieghard Rost ist einer Forderung Axel Springers gefolgt, die dieser in seiner Rede „Über den Staat und das Vaterland“ zur Verleihung der Jakob-Fugger-Medaille 1976 artikuliert: „Wir, die Sozialgestalter ... müssen die Fackel von Freiheit und Recht, Dienstbereitschaft und Pflichtbewusstsein, Wahrhaftigkeit, Humanität und Vaterlandsliebe ergreifen. Und wir müssen sie vorantragen.“

Wilhelm v. Gottberg

Sieghard Rost: „Wahrheitssuche in Geschichte und Politik“, europaforum-verlag, 358 Seiten, Bestellungen sind beim Autor möglich: Kieler Str. 8b, 90425 Nürnberg, Telefon (0911) 3070009, sieghard-rost@t-online.de

Beeindruckende Wahrheitssuche

Patriotischer Pommer über die Politik der Mächtigen – Keine Angst vor Diffamierung durch Antifa

MELDUNGEN

Inflation höher als angegeben

München – Ein Bericht des „Focus“ bestätigt den weitverbreiteten Verdacht, dass die wahre Inflation viel höher liege als die amtlich angegebene. So habe der Wirtschaftsinformationsdienst „Preiszeiger“ anhand eigener Untersuchungen ermittelt, dass die jährliche Preissteigerungsrate im Mai bei 3,5 Prozent gelegen habe. Laut Statistischem Bundesamt sind die Preise in Deutschland hingegen nur um 1,7 Prozent gestiegen. *H.H.*

Muslimische Friedhöfe in NRW

Düsseldorf – Muslimische Vereine sollen in Nordrhein-Westfalen von 2013 an eigene Friedhöfe betreiben dürfen. Die Kommunen sollen den Vereinen die entsprechenden Genehmigungen erteilen. Dafür will die rot-grüne Landesregierung das Bestattungsge- setz entsprechend ändern. Auf diese Weise will die zuständige Ministerin Barbara Steffens (Grüne) den Moslems eine nach deren Brauchtum ausgerichtete Bestat- tung erleichtern. *H.H.*

ZUR PERSON

BDI-Mann für den Mittelstand

Ende Juni gab der derzeitige Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel, auf einer Pressekonferenz in Berlin bekannt, nicht wieder für das Amt kandidieren zu wollen. Als Nachfolger schlug er seinen bisherigen Stellvertreter, den 52-jährigern Duisburger Familienunternehmer **Ulrich Grillo** vor. Seit 2004 ist der gelernte Bankkaufmann und stu- dierte Betriebswirt Vorstandsvor- sitzender der Duisburger Grillo- Werke, eines der weltweit größten Zinkverarbeitungsunternehmen mit 1600 Mitarbeitern und 600 Millionen Euro Umsatz. Grillo lei- tet die Firma in fünfter Genera- tion. Er gilt als bodenständig und unabhängig. Als Familienunter- nehmer und Firmeninhaber müs- se er auf Weniges Rücksicht neh- men, heißt es. Ob dies so bleibt, wenn er an die Spitze des BDI aufsteigt, bleibt abzuwarten. Zu- mindest setzen viele im Verband, die nach dem Ex-Konzernchef Keitel einen Mittelständler an der



Spitze sehen wollen, auf die- se Unabhängig- keit. „Grillo kennt die Sor- gen des Mittel- standes aus ei- gener Anschau- ung“, heißt es in Industriekreisen. Grillo soll gerne Klartext reden. Seine Bodenständigkeit könnte in der Kontroverse mit der Stiftung Familienunternehmen, die im Gegensatz zu BDI-Chef Keitel nicht für, sondern gegen den Eurorettungsschirm ESM Stellung bezogen hat, vermitteln. Die Fami- lienunternehmer sehen die Basis für den Erfolg der deutschen Wirtschaft weniger in der Ge- meinschaftswährung Euro als in harter Arbeit, wettbewerbsfähi- gen Produkten, niedrigen Lohn- stückkosten und hoher Produkti- vität. Grillo weiß, dass auch im kommenden Jahr die Ressourcen- politik und der Euro auf der Ta- gesordnung stehen werden. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Zeichnung: Mohr

Hand in Hand

Warum Zypern mit den Chinesen knuddelt, wofür Linke und Großfinanz gemeinsam kämpfen, und wieso Nazis für den Euro wichtig sind / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Manchmal verdichten sich große historische Ent- wicklungen auf einen einzigen kleinen Moment, ein winziges Detail, das alles sagt über das Ganze. Seit Sonntag hat Zypern die EU-Ratspräsident- schaft inne; eine große Ehre, denn für ein halbes Jahr ist der kleine Inselstaat nun sozusagen der Chef im großen Europa.

Der Clou: Zeitgleich mit seiner Thronbesteigung fordert Zypern zwölf Milliarden Euro Hilfen für seine Banken. Das hatten wir noch nie: Als erste Amtshandlung lässt der neue Häuptling den Hut rumgehen. Hier zeigt sich bei- spielhaft, wie „Macht“ und „Ver- antwortung“ in Euroland zuein- ander stehen: Macht haben die ei- nen, die Verantwortung fürs Zah- len tragen hingegen die anderen.

Dabei gehen die Zyprioten vor, als wären sie bei Mario Mafia- monti in Rom zur Schule gegan- gen. Ganz wie der italienische Mi- nisterpräsident garnieren sie ih- ren Antrag mit einer handfesten Erpressung: Wenn ihr uns nicht gebt, was wir wollen, holen wir die Chinesen und die Russen auf unser strategisch wichtiges Ei- land. Wie findet ihr das? Also: Her mit der Kohle!

Ob Zypern überhaupt die Be- dingungen für Hilfe erfüllt, fragt keiner mehr. Eigentlich müssten die dortige Krise und ein mög- licher Zusammenbruch der Ban- ken die gesamte Euro-Zone ge- fährden, also „systemisch“ sein, wie es dann heißt. Nur wenn eine solche Gesamtgefährdung von ei- nem Land ausgeht, darf Europa helfen. Davon kann bei dem Land, das kaum halb so viele Einwohner hat wie Hamburg und eine weit- aus kleinere Volkswirtschaft als Bremen, keine Rede sein. Gehol- fen wird natürlich trotzdem, schon wegen der Russen und der Chinesen. Und weil die Deut- schen ja dafür haften.

Schließlich ist das unsere „Ver- antwortung“. Wir haben nämlich das Denken in engen nationalen Kategorien längst abgestreift und sind Kosmopoliten geworden. So- gar unsere Fußball-„National- mannschaft“ ist kosmopolitisch. Die armen Jungs wussten daher gar nicht recht zu deuten, was für ein komisches Lied die bei der EM immer gespielt haben, bevor

Partien mit BRD-Beteiligung an- gepiffen wurden. Das sei unsere Nationalhymne, wurden sie von einigen Unionspolitikern aufge- klärt, die kein Verständnis dafür aufbringen, dass etliche Kicker nicht mitgesungen haben.

Unsere Politiker sind nämlich Meister im Mitsingen. Die trällern sogar mit, wenn man ihnen noch nicht mal den Text gegeben hat. Bei ihrer ersten Beratung zum „Europäischen Stabilitätsmecha- nismus“ ESM im März fehlte in den Unterlagen der gesamte Ab- schnitt über die Mitbestimmungs- rechte des Bundestages. Immer- hin das demokratische Kernstück des gigantischen Vertragswerks zur „Rettung“ der Länder, die in Euroland die Macht haben auf Kosten derer, die die Verant- wortung tragen.

Aber das brachte die Par- lamentarier von ein paar pein- lichen Ausnahmen abgesehen nicht für eine Sekunde aus dem Takt. Sie waren hungerissen vom ESM.

Ebenso, wie sie einen ganzen Text befürworten, obwohl sie nur den halben kennen, haben die deutschen Parlamentarier auch nichts dagegen, etwas abzu- nicken, was schon überholt ist. Der mit großem Getöse beschlos- sene ESM-Vertrag war am Tag vor dem nunmehrigen Bundestagsbe- schluss durch den jüngsten EU- Gipfel schon überholt. Doch was soll's, wir sind gute Europäer, die sich ihrer Verantwortung stellen, und unterschreiben dafür alles, was man uns vorlegt.

Nun wird gefeiert, was für ein Triumph! Und wer feiert? Jakob Augstein ist begeistert. Der Milli- onenerbe des großen „Spiegel“- Gründers und eingefleischte Lin- ke klärt uns in seiner „Spiegel“- Kolumne auf, wer die Sieger sind: „Sozialismus und Kapitalismus waren immer internationalisti- sche Ideologien. Beide zielen, aus verschiedenen Gründen, auf die Überwindung des Nationalstaats. Beide haben ein Interesse daran, in Europa einen neuen, suprana- tionalen Raum zu definieren.“ Und deshalb sei es großartig, dass

wir nun endlich die große euro- päische Transferunion bekämen, in der die Deutschen kräftig zah- len müssen.

Den Text sollte man massenhaft unter den „Kapitalismus-Kriti- kern“ verteilen, die als „Occupy“- Bewegung vor den Banken her- umkampieren: Da drinnen sitzen eure Genossen, deren Geschäft ihr gerade erledigt. Wer gestaunt hat, was Jürgen Trittin beim Klub der Großfinanz namens „Bilder- berger“ zu suchen hatte, der schlage nach bei Augstein. Hat al- les seine Ordnung.

Linke und internationale Groß- finanz haben sich also verbündet. Aber gegen wen? Na, beispiels-

weise diejeni- gen, die immer noch meinen, Demokratie, Rechtsstaat und nationale Selbst- bestimmung seien wichtiger als der „supra- nationale Groß- raum“. Oder diejenigen, die das „Eigentums- recht“ gegen die „Transferunion“ verteidigen wollen. Solche Leute wollen nämlich verhindern, dass das Geld der Bürger gewisserma- ßen verflüssigt wird, damit es die einen (die Linken) nach Gutdün- ken umverteilen und die anderen (Großfinanz) dann über die Schuldenmärkte zusammenraffen können.

Für gefährliche Typen benötigt man ein drastisches Etikett, damit sie jeder sofort erkennen und be- kämpfen kann. Welches Etikett glänzt giftiger als „Nazi“? In den 90er Jahren war es schon fast ge- lungen, die Euro-Kritiker als „D- Mark-Nazis“ zu entlarven. Leider hat es seitdem ein paar Rück- schläge gegeben. Aber nun wird wieder durchgeladen: Hubertus Heil von der SPD hat den FDP- Euro-Rebellen Frank Schäffler vor dem versammelten Bundestag des „Nationalismus“ überführt. Er ste- he am „rechten Rand“.

Na endlich! Um ungestört tun zu können, was zur Verflüssigung von Geld und Recht der Deut- schen noch zu erledigen ist, be- darf es einer zünftigen Kampagne „gegen rechts“. Die Medien blik- ken dann immer wie auf Knopf- druck in die gewünschte Richtung

und vergessen den Rest. Aller- dings wird es nicht reichen, aus den zwei Dutzend abtrünnigen Bundestagsabgeordneten Nazis zu machen. Die wirken nicht so rich- tig bedrohlich. Daneben müssen auch richtige Stiefelnazis her – für die Fotos in der Zeitung.

Allerdings sollte man bei der Fabrikation von Foto-Nazis etwas mehr Sorgfalt walten lassen, als dies offenkundig bisher gesche- hen ist. Die Politik ist außer sich vor Empörung über die „Pannen“ und die „Schlamperei“, die der Verfassungsschutz beim Nazima- chen an den Tag gelegt hat.

Nicht allein, dass die brandhei- ßen Akten, die Aufschluss geben könnten über die staatlich sub- ventionierten Staatsfeinde, viel zu spät vernichtet wurden: kurz nach der Erselbstmordung von Mund- los und Bönnhardt, so dass jeder Gimpel Verdacht schöpft! Nein, die Frage ist doch, warum zu der- lei delikaten Operationen über- haupt Akten vorhanden waren. Müssen die denn alles aufschrei- ben? Die Verfassungsschützer sollten doch aus dem traurigen Schicksal ihrer lieben Kollegen von der Stasi gelernt haben, was aus „Akten“ später alles werden kann!

Immerhin können sich die Schlapphüte auf die Loyalität der Politik verlassen. Vordergründig muss die jetzt natürlich „lücken- lose Aufklärung“ und „personelle Konsequenzen“ fordern. Die Wortwahl dabei lässt jedoch er- kennen, dass die Politiker wissen, was jetzt „hilfreich“ ist.

Vernichtet wurden die fünf Ordner zur Thüringer NS-Szene nur wenige Stunden, nachdem Verfassungsschutz-Chef Fromm seine Untergebenen aufgefordert hatte, ihre Unterlagen nach Spu- ren des „Zwickauer Trios“ zu durchforsten. Das haben die dann auch gemacht und die Ordner flugs verschwinden lassen. Wer da von „Panne“ spricht und so ab- sichtliches Handeln ausschließt, dem geht es um etwas anderes als „Aufklärung“. Schließlich wissen auch die Politiker, wie dringend wir die „rechte Gefahr“ benötigen, um im Rahmen einer sich weiter aufheizenden Euro-Kontroverse die Gefährlichkeit nationalisti- scher Abwege jedermann vor Au- gen zu führen.

MEINUNGEN

CSU-Innenexperte **Hans-Peter Uhl** ist empört, dass etliche Nationalspieler bei der **Fußball- EM** die **Nationalhymne** nicht mitgesungen haben:

„Es ist geradezu beschämend, dass nicht alle Spieler unsere Hymne mitsingen. Wer in der Nationalmannschaft spielt, muss die Nationalhymne singen, egal ob er einen Migrationshin- tergrund hat oder nicht.“

„Handelsblatt“-Chefredakteur **Gabor Steingart** meint zu den Vorschlägen der **EU-Spitze** und der **Südländer** zur **Vergemein- schaftung der Euro-Schulden** zulasten Deutschlands:

„Europa braucht eine Ärmel- hoch-Kultur und keine parasitä- re Philosophie, bei der jeder nach dem Reichtum des Nach- barn trachtet. Europa kann zu den Bedingungen Griechen- lands, Portugals und Spaniens nicht funktionieren. Das funk- tioniert ja schon in Griechen- land, Portugal und Spanien nicht.“

Die **Islamwissenschaftlerin Rita Breuer** beklagt im Inter- view mit der „Frankfurter Allge- meinen Sonntagszeitung“ (1. Ju- li) die **Ignoranz** der deutschen **Kirchen** gegenüber der **Unter- drückung von Christen** in mus- limischen Ländern:

„Mich haben schon vor 20 Jahren Christen in der muslimi- schen Welt fassungslos gefragt, wie es denn sein könne, dass die Kirchen sich sehr für die Rechte von Muslimen in Deutschland einsetzen, was ja auch nicht falsch ist, aber gleichzeitig kei- nen Sinn dafür haben, was mit den Christen in den muslimi- schen Ländern geschieht.“

Fußball-Nachlese

Wie sie wieder jubilierten und den Cup-Sieg zelebrierten! Ich vergonn' es ihnen sehr, herrscht ja dort im Land der Sonne sonst nicht grade eitel Wonne, und die Schulden drücken schwer.

Wenn ich aber aus der Nähe Resultate mir besehe, kommt mir alles spanisch vor, denn in heilen Fußballwelten dürfte wohl die Regel gelten: Je mehr Schulden, desto Tor!

Einzig Deutschland, ziemlich peinlich, pastete bisher augenscheinlich nicht in diese Liga rein – doch es ändert sich die Lage: Mit dem ESM-Vertrage wird das bald behoben sein.

Jedenfalls, bei Länderspielen, den inzwischen viel zu vielen, wär' es wert auch hinzusehn, wenn die Herren oder Damen, die da in die Auswahl kamen, stramm in einer Reihe stehn:

Sind denn alle die Athleten in den Dressen angetreten ihrer eignen Nation? Oder hat man nicht seit Jahren in beschleunigtem Verfahren viele umgebürgert schon?

Nun, dass anstandslos die Massen sich mit Spielen blenden lassen, ist bekannt seit altersher, und wenn fremde Federn schmücken, mindert's auch nicht das Entzücken – Untertan, was willst du mehr?